

BEIHEFTE
ZUM
JAHRBUCH DER ALBERTUS-UNIVERSITÄT
KÖNIGSBERG/PR.

XIII

**LITAUEN
UND SEINE DEUTSCHEN**



Jahrbuch der
Albertus-Universität
zu Königsberg/Pr.

Band I/1951

165 Seiten, DM 9,50

*

Band II/1952

343 Seiten, DM 9,50

*

Band III/1953

358 Seiten, DM 10,50

*

Band IV/1954

397 Seiten, DM 10,50

*

Band V/1955

473 Seiten, DM 14,00

HOLZNER-VERLAG
WÜRZBURG



AUS DEM GÖTTINGER ARBEITSKREIS

BEIHEFTE
ZUM
JAHRBUCH DER ALBERTUS-UNIVERSITÄT
KÖNIGSBERG/PR.

XIII

LITAUEN UND SEINE DEUTSCHEN



HOLZNER-VERLAG WÜRZBURG

LITAUEN UND SEINE DEUTSCHEN

BEITRÄGE ZUR LITAUISCHEN GESCHICHTE
SOWIE ÜBER DIE DEUTSCHE VOLKSGRUPPE
IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART



HOLZNER-VERLAG WÜRZBURG

1955

Sämtliche Beiträge sind Vorträge, die auf der ersten Kulturtagung der „Landsmannschaft der Litauendeutschen“ am 19. und 20. Februar 1955 in der Ostdeutschen Akademie, Lüneburg, gehalten wurden.

Copyright 1955 by Holzner-Verlag, Würzburg

Offset-Druck: A. Funke, Göttingen

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 136

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zum Geleit	VII
Einführung	IX
Westliche Wirtschaftsbeziehungen zu Litauen bis zum Ausgang der Deutschen Hanse Von Prof. Dr. V.Jungfer	1
Der polnisch-litauische Aufstand von 1863 sein Verlauf und die Verhandlungen der europäischen Grossmächte Von Dr. H.Schallhammer	25
Der Vielvölkerstaat und seine Probleme, er- läutert am Beispiel der Staatenbildungen in Osteuropa nach dem 1. Weltkrieg Von Dr. W.Markwardt	49
Gedanken zur Sowjetisierung der Wirtschaft Litauens Von Dr. Erik Boettchen	73
I. Die Wirtschaftsentwicklung in der Sicht einer europäischen Raumordnung	76
II. Individual- und Kollektivreformen	79
III. Konkrete Ergebnisse der Sowjetisierung	86
IV. Schlussbetrachtungen	92
Einschmelzung oder Eingliederung? Von Prof. Dr. Max Hildebert Boehm	101
Was können wir für unsere heimatvertriebene Jugend tun?	
I. Von Pfarrer Dr. W.Kostizen	116
II. Von Pastor Alfred Franzkeit	120



ZUM GELEIT

Die Beziehungen zwischen der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. und Litauen haben sich unmittelbar nach der Begründung dieser ostdeutschen hohen Schule im Jahre 1544 entwickelt. Denn schon Herzog Albrecht veranlasste persönlich die sorgfältige Beachtung litauischer Fragen. Früh kamen auch litauische Studenten ebenso wie aus den baltischen Ländern in die Pregelstadt. Von den fünf im 17. Jahrhundert an der Universität bestehenden „Sozietäten“ war die preussische die Gemeinschaft, der ausser den Landeskindern auch die Studenten aus Litauen, Kurland, Livland und Polen angehörten.

Die Albertina nahm sich in besonderem Masse der wissenschaftlichen Forschung an, die der Geschichte, Kultur und Sprache benachbarter Völker galt. So entstand schon im Jahre 1718 ein „Litauisches Seminar“. Nach Lysius, dem Gründer des Seminars, haben zahlreiche Gelehrte, über Rhesa bis hin zu Bezzenberger, dem bedeutendsten dieser langen Reihe, gerade auch litauischen Themen gedient.

Es entspricht somit einer alten wissenschaftlichen Tradition, wenn in den „Beiheften zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr.“ nunmehr auch eine Veröffentlichung erscheint, welche Aufsätze zur Geschichte des Deutschtums in Litauen und des litauischen Volkes sowie über das heutige Schicksal des Ostseelandes und seiner vertriebenen deutschen Bevölkerung zusammenfasst.

Göttingen, im Juli 1955

Dr. jur. Herbert Kraus
Professor der Rechte
als Vorsitzender des
Göttinger Arbeitskreises



EINFÜHRUNG

Der wunde Punkt im Dasein der deutschen Volksgruppe in Litauen war bekanntlich der Mangel an „Intellektuellen“. Vor dem 1. Weltkrieg hatte es keine deutschen Schulen im Lande gegeben, viele Volksgenossen, die russische höhere Lehranstalten und Hochschulen besuchten, waren dem Deutschtum verloren gegangen. Nach der Gründung eines unabhängigen litauischen Staates im Jahre 1918 trat ein bedeutsamer Wandel ein, es wurden deutsche Volksschulen eröffnet und im Jahre 1920 entstand in der provisorischen Hauptstadt Kaunas (Kowno) als erste und einzige deutsche höhere Lehranstalt die „Deutsche Oberrealschule“, die späterhin zum „Deutschen Gymnasium“ umgestaltet wurde. Die 22½ Jahre eines selbständigen Litauens waren indes eine zu kurze Zeitspanne gewesen, es hatte innerhalb der deutschen Volksgruppe noch keine breitere bodenständige Führungsschicht erwachsen können. Nur ein kleiner Teil der über 200 Personen starken Abiturientenschaft des Gymnasiums war in der Lage gewesen, eine Hochschule zu beziehen, daher bereitete z.B. die Frage des Lehrernachwuchses bis zur Umsiedlung im Jahre 1941 noch schwere Sorgen.

Der 2. Weltkrieg und die damit verknüpften Auswirkungen der „Umsiedlung“, „Rücksiedlung“ und endgültigen Flucht im Sommer 1944 führten zu einer Dezimierung der kaum herangewachsenen gebildeten Schicht und zu einer Zerstreung des Restes „in alle Winde“.

Erst im 10. Jahre der Vertreibung gelang es, die in der Bundesrepublik verbliebenen litauendeutschen Intellektuellen im Rahmen der Landsmannschaft zusammenzufassen, nachdem sich die deutschen evangelischen Geistlichen schon einige Jahre zuvor um das „Evangelische Hilfskomitee für die Deutschen aus Litauen“ geschart hatten. Die erste Kulturtagung der li-

tauendeutschen Landsmannschaft, die im Februar d.J. in der „Ostdeutschen Akademie Lüneburg“ stattfand, bildete den ersten Auftakt zu einer systematischen Besinnung auf die bevorstehenden Aufgaben und Ziele. Es ist ein weites Forschungs- und Betätigungsfeld, das dieser akademischen Kernzelle der Litauendeutschen offen steht.

Die Geschichte Litauens und die seiner deutschen Volksgruppe weisen - wie bekannt - eine grosse Ähnlichkeit insofern auf, als beide nach einer Periode des Aufstiegs und einer Blütezeit im Mittelalter im Laufe der folgenden Jahrhunderte „in Vergessenheit geraten“, zu einer Aschenbrödelrolle verdammt sind und erst im 20. Jahrhundert „wiederentdeckt“ werden. Von den Höhepunkten der litauischen Geschichte, den grossen Herrschern des 14. und 15. Jahrhunderts, Gediminas und Vytautas, deren Reich zeitweilig von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere reichte, sind auch heute noch im Westen bestenfalls die Namen bekannt, genau so wie in den Lehrbüchern die deutschen Hansekontore in Litauen in den Städten Kauen und Polozk höchstens bisweilen am Rande erwähnt werden, allein ohne Zusammenhang und Würdigung, innerhalb einer Geschichte Osteuropas. Von der Existenz einer etwa 50 000 Seelen starken deutschen Volksgruppe in Litauen ahnte man vor dem 1. Weltkrieg sogar im benachbarten Mutterlande nichts. Die deutschen Soldaten hatten bei ihrem Vormarsch diesen Volkssplitter im Osten „entdeckt“!

Heute hingegen besteht in weiten Kreisen ein immer steigendes Interesse für die Geschehnisse aller Volksgenossen im Osten, darum ist es nicht bloss eine dankbare Aufgabe, sondern auch eine Pflicht dem deutschen sowohl als dem ehemaligen Wirtsvolk der Litauer gegenüber, durch ein vertieftes Studium um ein besseres und breiteres Verständnis im Westen zu werben.

Nur ein paar Beispiele von historischen Themen seien hier genannt. Der *V i e l v ö l k e r s t a a t* des grossen Vytautas, des eigentlichen Siegers von Tannenberg im Jahre 1410, in dem Litauer, Weissrussen, Russen, Deutsche, Tataren und Juden friedlich nebeneinander lebten, kann geradezu als ein nachahmenswertes Vorbild gelten! Dass dieser Monarch sich durch eine eminent „humanistische“ Denkweise in innenpolitischen Fragen auszeichnete, hebt bereits im 16. Jahrhundert der französische Philosoph *M o n t a i g n e* in Hinblick auf das Problem des Vollzugs der Todesstrafe hervor*).

Ein weiteres beachtenswertes juristisches Thema wäre eine eingehende Untersuchung und Beurteilung des berühmten Gesetzbuches, des „Litauischen Statuts“, das durch seine systematische Bearbeitung in den drei Ausgaben von 1529, 1566 und 1588 die Gesetzbücher der Nachbarvölker seinerzeit weit überflügelte und bis in die russische Zeit (1840) seine Geltung bewahrte.

Die Schicksale der Deutschen in Litauen bieten auch eine Fülle von interessanten Fragen, angefangen von der Klärung des Ursprunges der vielen deutschen Einwanderungswellen bis zu den Salzburgern, die im 18. Jahrhundert an den Mittellauf der Memel kamen. Weitere Probleme wären die Gestaltung der Selbstverwaltungen auf Grund der grossfürstlichen Privile-

Anm. *) *M o n t a i g n e*: „Essays“ III 1 (übers. v. Bode), „Man sagt, dass Witthold, ein litauischer Fürst, bei seiner Nation die Gewohnheit einführte, dass ein zum Tode verurteilter Verbrecher sich mit seiner eigenen Hand abtun müsse, weil er es für unbillig hielt, dass ein Dritter, an dem Verbrechen Unschuldiger, sein Gewissen mit einem Menschenmorde belästigen sollte“.

gien, die Beteiligung der Deutschen an den Erhebungen von 1830 und 1863 usw. sowie die mannigfaltigen Fragen sozialer und volkswirtschaftlicher Natur.

Neben der Aufstellung eines objektiven Geschichtsbildes müsste aber auch gezeigt werden, wie eng der Kontakt zwischen dem litauischen Wirtsvolk und den im Laufe der Jahrhunderte in Litauen sesshaft gewordenen Deutschen gewesen ist. Die Litauendeutschen glauben heute auf Grund dieser langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zum Litauervolk dazu bestimmt und auch geeignet zu sein, für ein besseres Verständnis der litauischen Denk- und Lebensweise zu wirken. Die Erfahrungen, die das Leben an der Dreiländerecke im Osten mit sich brachte, sind für die Ausübung einer Pionier- und Vermittlerrolle von Wert gewesen und sollten jetzt zuallererst dem deutschen Volksganzen zugutekommen.

Die Gemeinschaft der litauendeutschen Kulturarbeiter möchte eben mit ihren Tagungen in diesem Sinne ihr Scherflein zu einer tieferen geistigen Annäherung der beiden Völker beitragen. Sie hofft, einen Widerhall in weiteren Kreisen zu finden, zumal es heute gilt, für die im sowjetisch besetzten Heimatland an hungernden und gehetzten deutschen Menschen von Litauern geübten Werke wahrer Menschlichkeit eine Dankesschuld des gesamten deutschen Volkes abzustatten.

Linz a. Rhein

Juli 1955

Johannes Strauch
Sprecher der Landsmannschaft der
Litauendeutschen

WESTLICHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZU LITAUEN BIS ZUM AUSGANGE DER DEUTSCHEN HANSE.

VON PROF. DR. V. JUNGFER.

Einleitung

Es ist immer so gewesen, dass ein geschichtlich entscheidender Vorgang sich niemals auf nur einen geographischen Teilbezirk erstreckt hat. Die Vorgänge greifen ineinander über oder verlaufen gleichzeitig. Die Wikingerzeit folgte dem arabischen Vorstoss gegen Europa, und die christliche Idee der Kreuzzüge fand ihre gleichzeitige Widerspiegelung im Ostseeraum und der Expansion im mittleren und östlichen Deutschland.

Drei grosse Vorstösse Europas gen Osten fallen in das Mittelalter: Der Vorstoss der Waräger zur schwedischen Heldenzeit, dem 8.-11. Jahrhundert, das Vordringen schwedischer und niedersächsischer Kaufleute im 12. und 13. Jahrhundert von Gotland aus, und schliesslich die deutsche Besiedlung und Christianisierung des Ostseeraumes in der Hansezeit seit dem 13. Jahrhundert.

Nur von einem kleinen Teilausschnitt dieser gewaltigen Bewegungen, den Beziehungen Litauens zum Westen, soll heute die Rede sein. -

Die wikingischen Handelszüge haben das heutige geographische Litauen nur am Rande berührt, auf einem Gebiet, das zu jener Zeit von einer kurisch sprechenden Bevölkerung bewohnt war. In seiner „Vita Sancti Ansgarti“ berichtet Erzbischof Rimbert von einem Zuge des schwedischen Königs Olav

nach Seeburg bei Grobin in Kurland. Nach Eroberung und Zerstörung der Burg, in der sich 7 000 Krieger befanden, rückte er weiter gegen Apuolė (Apulia) im heutigen Kreise Krottingen vor. Er unterwirft sich das Land.

Nun haben die Ausgrabungen in Apuolė und dem benachbarten Prischmonten (sowohl nach Bezenberger wie nach Nerman) uns die damaligen Handelsbeziehungen des Landes mit den Wikingern verdeutlicht. Die chemische Zusammensetzung und die Formen der bronzenen Grabbeigaben und Schmuckgegenstände sind die gleichen wie auf Gotland. Wikingerschwerter, Äxte, Beile, Speerspitzen sowie eine besondere Art von Hufeisenfibeln rühren zweifellos von nordischem Import her. Ebenso muss das Eisen importiert worden sein, das die Träger der von Engel „memelländisch“ genannten Kultur schon selbständig zu verarbeiten verstanden. Umgekehrt deuten auch byzantinische Münzen in den litauischen Burgbergen auf einen Durchgangsverkehr durch Litauen nach dem oströmischen Reich.

Schriftliche Quellen haben wir für diese Zeit vom 9.-12. Jahrhundert für Litauen nicht.

Eine gute Vorstellung von dem unsteten von Gefahren bedrohten Leben dieser heldischen Händler gibt uns eines der Gräber auf dem linken Weichselhochufer östlich Warmhof bei Mewe: Noch im Tode hat der Wiking neben sich auf der einen Seite das Schwert liegen, auf der anderen die Waage als Zeichen des Kaufmanns. Diese Waagen dienten zur Wägung des Hacksilbers, silberner Drähte und Silberbleche.

Die Züge der Wikinger gingen um die Mitte des 11. Jahrhunderts zu Ende. Grossfürst Jaroslaw von Kijew, gestorben 1054, hat anscheinend als letzter Waräger aus seiner nördlichen Heimat herübergerufen.

Grund für das Ende der Wikingerzüge war vermutlich die Assimilierung der dünnen wikingischen Oberschicht in den von ihnen gegründeten Staaten. Dazu hatte sich Nowgorod zu einem

warägischen Freistaat entwickelt, der nun wie ein festes Schloss vor dem reichen Hinterlande lag und keine Wikinger als Rivalen mehr duldeten - ähnlich wie später Riga, nachdem es stark geworden war, den westlichen Hansekaufleuten die Weiterfahrt auf der Düna verwehrte.

Aber der Ausgangspunkt der Wikingerfahrten, die Insel Gotland, bleibt auch weiterhin das Zentrum eines nicht mehr unterbrochenen Handels nach dem Osten, und hier ist es die schwedische Stadt Wisby, deren Blüte in das 12. und 13. Jahrhundert fällt. Aber neben der schwedischen Handelsniederlassung entsteht hier schon um 1200 eine siegelführende „universitas mercatorum Romanorum imperii Gotlandiam frequentantium.“ Diese aus Niederdeutschen bestehende Kaufmannsorganisation wird zum Kern der späteren Hanse, denn aus Besuchern werden „manentes“ - Bleibende.

Wenngleich der Haupthandel dieser sich nun fest organisierenden deutschen Kaufmannskolonie im wesentlichen nach dem reichen Nowgorod ging, so deuten doch gewisse Eigentümlichkeiten der litauischen Sprache auf einen Handel Wisbys auch mit Litauen. Das Wort „vaisba“ für Handel und „vaisbunas“ für den Kaufmann hat sich hier bis auf die heutige Zeit erhalten, und nach Schapoka, (der allerdings keine Quelle nennt), drücken in der älteren litauischen Sprache die Worte „visbieciai“ - Leute aus Wisby und „pirkliai“ das Gleiche aus. Andere Kaufleute lernte man anscheinend erst später kennen. (Wisby zerstört 1361).

Auch dieser Handel war vorwiegend Waffenhandel. Gregor IX. verbietet 1229 den gotländischen Kaufleuten den Verkauf von „Waffen, Pferden, Schiffen und Lebensmitteln“ und 1269 richtet Papst Urban IV. das gleiche Verbot an den Bischof von Linköping, zu dem Gotland gehörte, da die Heiden mit dem Orden Krieg führten.

Genau wie die weltgeschichtliche Bedeutung der Wikinger in ihren Staatengründungen liegt, so die der deutschen Kaufleute in der Übertragung der neuen deutschen Stadtform auf die Ostseeküste. So entstehen Riga 1201, Reval und Dorpat um 1230, und schliesslich umzieht ein ganzer Ring steinerner Städte von Wismar über Stralsund und von Lübeck über Danzig und Memel bis hinauf nach Stockholm die Ostsee - Stützpunkte eines Handels, welcher Nowgorod am Ilmensee mit Flandern und Frankreich verbindet, mit dem mächtigen Köln und dem strahlenden Brügge.

Führerin dieser Städte wird Lübeck. Hier bildet sich der kaufmännische Schriftverkehr zu allererst aus, hier entstehen neue Organisationsformen des Handels und des diplomatischen Verkehrs, und im Jahre 1299 hat die alte Gotländische Genossenschaft ihre letzte Bedeutung verloren. (Untersagung der Siegelführung). -

Die Bezeichnung „hansa“ für eine Kaufmannsgenossenschaft taucht zum ersten Male in England auf, seit 1358 aber sind die Heimatstädte dieser „koplude von der dudeschen hanse“ unter Lübeck als Vorort die Wahrer und Ordner der gemeinsamen Rechte im Ausland. „Als Städtebund mit ausgesprochen wirtschaftspolitischen Zielen hat seitdem die „Deutsche Hanse“ zu gelten.“ -

Im weiteren Verlaufe der Entwicklung konnte es jedoch nicht ausbleiben, dass die neu gegründeten Städte an Macht und Einfluss ihren Gründerstädten gleichkommen, und dass auch rein geographisch gesehen einzelne Städtegruppen eigene Interessen zu verfolgen beginnen, die nicht immer mit denen der anderen übereinstimmen. So unterscheiden sich die sogenannten Wendenstädte mit Lübeck von der Gruppe der preussischen unter der Führung von Danzig, und diese wieder von der Gruppe der livländischen unter Führung von Riga.

Gegen Ausgang der Hanse sind es vor allem Danzig und Riga, welche den Handel mit den litauischen Gebieten in der Hand haben, Danzig den Memelhandel mit dem litauischen Kernland, das etwa dem heutigen Litauen entspricht, und Riga, dessen Dünahandel nach den damaligen russischen Gebieten des litauischen Reiches ging, d.h. nach den Fürstentümern Pleskau, Witebsk und Smolensk. (Im Jahre 1307 kommt Pleskau endgültig an Litauen, 1320 Witebsk, und noch unter Gedimin (1316-1314) unterwirft sich auch Smolensk freiwillig der litauischen Herrschaft).

Sowohl in Pleskau wie in Smolensk entstanden Handelsniederlassungen meist Rigaischer Kaufleute, Hansekontore, ein drittes Hansekontor aber entstand in Kauen, wie der deutsche Name für das späterhin russische Kowno lautet.

Gerade dieses Kontor ist nun von besonderem Interesse, da wir über seine Organisation und Entwicklung aus der Korrespondenz mit Danzig besonders gut informiert sind. So haben sich auch die beiden Danziger Geschichtsschreiber Hirsch und Simson neben Prof. Walther Stein besonders mit diesen Handelsbeziehungen beschäftigt. Allerdings ist die Geschichte des Kauener Kontors zugleich auch eine Geschichte sinkender Hansemacht, aber sie steht in engstem Zusammenhang mit der mittelalterlichen Geschichte der Deutschen in Litauen überhaupt. Ausserdem stossen wir im Memelhandel häufig auf die gleichen Probleme wie im Dünahandel, so in der Frage des Gross- und Kleinhandels, des Gästehandels und der rechtlichen Stellung der deutschen Kaufleute in Litauen. Die früheste Nachricht vom Bestehen eines deutschen Kontors in Kauen stammt aus dem Jahre 1445, die letzte aus dem Jahre 1532. Die erhaltene Ordnung wurde im Jahre 1470 von König Kasimir erlassen.

Die eigenartigen Beziehungen, die gerade in Kauen zwischen dem einheimischen Deutschtum der Stadt und dem Hanse-

kontor herrschten, erfordern eine kurze Darstellung des Deutschtums in Litauen selbst.

Die Entwicklung des litauischen Deutschtums.

Am 26. Mai 1323 richtet Gedimin von Litauen drei lateinisch geschriebene Sendschreiben an die Franziskaner und Dominikaner der Provinz Sachsen sowie an einige Hansestädte. Zweifellos gingen diese Briefe nicht ohne Kenntnis der deutschen Besiedlung Schlesiens ab, die von den polnischen Piastenherzögen durchgeführt wurde und im 14. Jahrhundert zu einem grossen Wohlstand des Landes geführt hatte.

In seinen Sendschreiben lädt der Grossfürst zur Siedlung in seinen Ländern ein: Kaufleute, Ritter und ihre Vasallen - denken wir hier an die Parallele der deutschen Adels-siedlungen in Oberschlesien - weiterhin Handwerker: Mechaniker aller Art, Schmiede, Wagenmacher, Silberschmiede, Bäcker, Schuhmacher, Steinmetzen, Fischer, Personen, die mit der Salzzubereitung vertraut sind, und vor allem Bauern: Sie sollen, so heisst es, mit ihren Frauen, ihren Kindern und ihrem Zugvieh frei in unser Land einreisen und sollen sicher sein vor jeder ungerechten Behandlung. Den Bauern wird 10 Jahre Steuerfreiheit versprochen und allen wird das Rigaische Recht zugesichert.

Von dem Erfolg dieser Sendschreiben ist nichts bekannt. Eine reguläre Siedlung erfolgte nicht. Der anschliessende Handelsvertrag zwischen Gedimin und Livland vom 2. Okt. d. Js. kam infolge der Opposition des Deutschritterordens nicht zur Durchführung, und diese Tatsache verhinderte wohl auch eine grössere Einwanderung.

Weit grösseren Erfolg hatte die Politik des Grossfürsten Vytautas, (Witowt). Er gibt die Selbstverwaltung des Magdeburger Stadtrechtes 1387 an Wilna (Vilnius), 1390 an Brest, 1391 an Grodno (Gardinas) und wenig später an die Stadt

Kauen (Kaunas). Und als er 1430 stirbt, hinterlässt er diese Zeit im Gedächtnis seiner Untertanen als die „goldene Zeit“ des Landes.

Wie stark sich das Deutschtum in Kauen vor allem während der Zeit Vytautas' und danach entwickelte, ersehen wir aus der Tatsache, dass wir noch nicht ein halbes Jahrhundert nach Vytautas' Tode deutsche Bürgermeister in Kauen finden, so im Jahre 1478 Paul Sebeneiche, 1479 Barnate, 1487 Jurgen Komerow. Schon 1467 tritt als deutscher Ratsherr Merten Gehlen auf, und bis zum Ende des Jahrhunderts sind nicht weniger als 22 deutsche Ratsherrn und Bürger namentlich verzeichnet.

Als Vogt von Kauen wird ein Deutscher, Wytling (Wladyslaw) genannt, der 1498 stirbt, und dessen Söhne dann litauische Namen führen. Wie stark die deutsche Sprache zu jener Zeit in Kauen vorherrschte, zeigt eine Verfügung von 1476, nach welcher sich die Deutschen bei Streitigkeiten vor Gericht eines Dolmetschers zu bedienen hätten. Diese Massnahme wird seitens des Kontors als Neuerung bezeichnet.

Ganz anders lagen die Dinge in Wilna, wo der deutsche Einfluss erheblich zurücktrat. Hier werden schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts die deutschen Sprachlehrer aus der Stadt ausgewiesen, um die weitere Ausbreitung der deutschen Sprache zu verhindern. Stein betont mit Recht, dass eine derartige Verfügung in dieser Zeit in Kauen ausgeschlossen gewesen wäre.

Aber wir sehen zugleich aus der Tatsache, dass ein zahlenmässig zwar nicht feststellbarer, aber jedenfalls ausserordentlich einflussreicher Teil der Bürgerschaft deutscher Herkunft und deutschen Wesens war, dass die Niederlassung der Hanse in dieser Stadt auf eine vollkommen andere Umgebung traf wie in sämtlichen ausländischen Städten, wo sie Kontore errichtete.

Zweifellos trat die litauische Bevölkerung in den Städten des Landes noch stark zurück. Wir haben einen Bericht des französischen Gesandten Guillebert de Launoys über Traken (Trakai), die zweite Hauptstadt des Landes. De Launoys besuchte diese Stadt zur Zeit von Vytautas. Er beschreibt die Pracht des Fürstenhofes und den für diese Zeit etwas Eigenartiges darstellenden Tierpark. Die Bewohnerschaft sei bunt gemischt aus Litauern, Polen, Tataren, Deutschen und anderen Nationen, ein richtiges Babylon aller Sprachen.

Einen kleinen Einblick in die Lebensbedingungen der Städte Wilna und Kauen geben uns die Gesandtschaftsberichte der grossen hansischen Gesandtschaft, die einige Jahrzehnte später durch Litauen nach Moskau reist, vor allem der Stralsunder Bericht und das Lübecker Ausgabenbuch. Die Reise geht mit Wagen über Jurburg, Veluonai, Kauen nach Wilde, d.h. nach Wilna, wo die Kaufleute auf dem Hofe des Fürsten Radvila (Radziwill) aufgenommen werden und viele Trinkgelder bezahlen. Unter den Ausgaben sind von Interessen die an den Vorsteher der Teutschen Kirche, an den Prediger daselbst und an die Gottesarmen - insgesamt 7 Taler.

Dass es damals in den litauischen Schenken viel Wein gab, auch ein Handelsgegenstand der deutschen Kaufleute, beweist die Eintragung: Den 19. Februarij in der Wilde dem Weinschenken bezahlet vor gedrenck, so in der Wilde getrunken und auch mit auf den Weg genommen, vermuge seines Zettesles No. 18, ist 82 Gulden, 21 Gr., Thuet (d.h.) 68 Dal. 26 Gr.

Es ist das eine ausserordentliche Summe, wenn man bedenkt, dass für einen ganzen Ochsen nur 5 Taler und 16 Groschen angegeben sind und für die Tonne Bier 4 Taler, An Fischen werden genannt Heringe, Marenen, Hechte und Barsen, Makrelen und Lachse. Brot, Weissbrot, Eier und Gewürze und einmal ein Hase machen die übrigen Lebensmittel aus.

Infolge des Schnees verlief die Reise mit grossen Schwierigkeiten. Die Kutscher sind Tataren. Einen Tag vor Smolensk finden wir dann die Eintragung: Jegenn abendt sein wir seittwärts abe in ein Torff gefuhrett, in schlimme losamenter; die Stubenthure wahr so eng und sitt, das man darin krichenn muste; wurden Swine, Gense, kelber und lemmer ausgereumett, und mehr nichtts fur gelt alda zu bekommen.

Ich komme zur Stadt Kauen zurück. Sie lag für die Errichtung eines Kontors besonders günstig an der schiffbaren Memel gerade an der Stelle, an der die Wilja einmündete und den Schiffahrtsweg nach Wilna fortsetzte. So erwuchs die Stadt frühzeitig zu einem Stapelort für alle Landesprodukte. Bis Kauen konnten grössere Schiffe den Strom befahren. Da ein Landhandel infolge der damaligen Wegeverhältnisse sehr erschwert war, gewann auch der kleinste Wasserlauf überragende Bedeutung, um wieviel mehr nicht ein Strom wie die Memel.

Das Hansekontor in Kauen.

Die Erlaubnis zur Errichtung einer Niederlassung deutscher Kaufleute in Kauen findet sich im Friedensvertrag Witowts mit dem deutschen Orden auf Salinwerder im Okt. 1398. Obwohl die Quellen erst 1445 von einem Hansekontor sprechen, muss die Niederlassung doch schon zu Vytautas' Zeit erfolgt sein. Immer wieder werden die alten Privilegien erwähnt, die Vytautas den preussischen Kaufleuten gegeben habe, so schon in der Urkunde des Grossfürsten Kasimir von 1441: Sie bestätigt die Privilegien von Vytautas unter Vorbehalt der Handfeste der Stadt Kauen. Es handelt sich hier um das Recht der Kaufleute, in eigenen oder gemieteten Höfen zu wohnen.

Die Lückenhaftigkeit der Überlieferung zu dieser Zeit ist aus den politischen Verhältnissen zu erklären, durch welche die Handelsbeziehungen des Kontors zu Danzig - denn

Um Danziger Kaufleute handelt es sich bei den Mitgliedern des Kontors - unterbrochen wurden. So hörte die Kauener Niederlassung während des 13-jährigen Krieges von 1454-1466 überhaupt zu bestehen auf. Im 2. Thorner Frieden 1466, der das Schicksal des Ordens besiegelt, erhält Polen Westpreussen mit Danzig und der Marienburg, für Ostpreussen mit der Hauptstadt Königsberg sollen die Hochmeister der polnischen Krone den Treueid leisten. Die Stadt Kauen untersteht also seit diesem Jahre dem gleichen Herrscher wie Danzig, worauf Kauen in seinen Beschwerden gelegentlich hinweist.

Aus diesem Grunde figuriert auch der Name des polnischen Königs Kasimir, der gleichzeitig Grossfürst von Litauen war, auf der neuen Ordnung des Kontors von 1470 in der Überschrift. Sie ist die einzige erhaltene Ordnung, die jedoch zweifellos auf frühere Ordnungen zurückgeht. Ihre rechtliche Grundlage ist die königliche Verleihung, aufgestellt wurde sie von Danzig.

Die Ordnung beruht auf zwei grundlegenden Bestimmungen; 1. Dass rechtliche Mitglieder des Kontors nur Angehörige von Hansestädten sein dürfen, aber keine Bürger der Stadt, auch deutsche nicht, und 2. dass der Aufenthalt im Kontor ein Jahr nicht übersteigen dürfe. Ähnliche Bestimmungen kennen auch andere Kontore. Ihr Zweck war die Verhinderung engerer familiärer Bindungen an die Einheimischen. Die Bestimmung wurde jedoch illusorisch, da der Aufenthalt im Kontor, unterbrochen durch eine Geschäftsreise nach Preussen, jederzeit wiederholt werden durfte. Ausserdem liess sie sich nur bei von Danzig abhängigen Kaufgesellen durchsetzen, nicht aber bei selbständigen Kaufleuten. So sind verschiedentlich Fälle bezeugt, wo ein Angehöriger des Kontors aus dem Kontor austritt und das Bürgerrecht der Stadt erwirbt wie ein gewisser Willem Kakeram.

Im einzelnen ähneln die Statuten der Niederlassung denjenigen anderer Kontore.

An der Spitze stehen zwei bei Amtsantritt vereidigte Älterleute. Sie hatten „des Kaufmanns Recht und Sitte“ zu wahren und die Niederlassung nach aussen zu vertreten. Sie wählten sich Beisitzer als Gehilfen, die gleichfalls vereidigt wurden, und denen die Kontrolle der Rechnungsführung unterlag.

Als besondere Vertretung erscheinen neben den Älterleuten die zwar im Statut nicht genannten, aber in der Korrespondenz öfters erwähnten „Ältesten“. Sie treten bei schweren Gehorsamsverletzungen einzelner Mitglieder sowie bei Gerichtsstreitigkeiten und schwierigen Verhandlungen mit dem König als ausserordentliche Vertretung des Kontors auf.

Die Genossenschaftsversammlung, der sogenannte „steven“, umfasste sämtliche Mitglieder. Sie wurde nach Bedarf von den Älterleuten einberufen. Erscheinen war strenge Pflicht. Auf diesen Versammlungen brachte der einzelne seine Beschwerden vor, hier wurden die Beschlüsse über die innere und äussere Politik der Niederlassung gefasst. Wieviele Mitglieder das Kontor umfasste, ist nicht mehr festzustellen, jedoch schätzt sie Walther Stein auf kaum mehr als einige Dutzend.

Die Einnahmen der Niederlassung bestanden aus Strafgeldern für Übertretung der Statuten sowie dem sogenannten „Schoss“, einer 5%igen Abgabe, die jeder Kaufmann von allen abgesandten Waren und Geldsummen nach eidlicher Erklärung jeden Sonnabend abzuführen hatte. Die Beiträge wurden in einer Kiste aufbewahrt, zu welcher die Älterleute den Schlüssel hatten. Nichtzahlung des Schosses wurde mit 30 Groschen geahndet. (1 Taler = 28 Gr. lit. und 24 Gr. polnisch.)

Ähnlich den Handwerkerzünften des Mittelalters stellte die Genossenschaft eine Bruderschaft dar. Diese St. Antonius-

Bruderschaft besass einen eigenen Altar in einer heute nicht mehr festzustellenden Kirche.

Andere Bestimmungen regeln das innere Leben der Niederlassung. Messerstechereien wurden mit einem halb Schock Groschen bestraft. Doppel- und Geldspiele waren verboten. Die Kaufleute waren angewiesen, nach dem Abendbrot in ihren Herbergen oder Höfen zu bleiben, lediglich kurze gegenseitige Besuche waren am Abend noch gestattet. Aber der Besuch einheimischer, auch der deutschen Familien am Abend, war ebenso verboten wie der Besuch von Wirtshäusern.

Streitigkeiten der Mitglieder untereinander entschieden die Ältermänner. Bei tätlichen oder mündlichen Vergehen eines Einheimischen gegen Deutsche wurde auf Gebot der Älterleute jeder Handelsverkehr mit dem Betreffenden abgebrochen, bis er Sühne geleistet hatte. Die Feststellung, ob ein derartiges Vergehen vorlag, traf der steven.

In schwereren Fällen kam es zur Gerichtsverhandlung entweder vor dem Kauener Rat oder dem Schöffengericht, an dessen Spitze der Stadthauptmann, der Woiwode, stand. Letzte Instanz war der Grossfürst selbst. Dieser wurde häufig angerufen, wenn das Kontor die Rechtsgültigkeit einer städtischen Verfügung bestritt. In Handelsangelegenheiten gestanden sich Danzig und Kauen gegenseitig das Berufungsrecht zu. Aber diese Rechtsbeziehungen sind durchsetzt mit ziemlich viel Unsicherheit und auch Willkür.

Besonders schadete es der Niederlassung, dass ihre Leitung keine durchgreifenden Strafbefugnisse besass. Nirgends hören wir von einem Ausschluss von Kaufleuten. Aber wohl hören wir von solchen, welche den Schoss nicht bezahlen oder erst nach langer Verwarnung, von anderen, die 1473 zwei Jahre und länger dem Kontor den Gehorsam verweigern und auf Vorladung nicht erscheinen, von wieder anderen, die zu einer Busse verurteilt sind und sie nicht zahlen, und sogar von

solchen, die dem Kontor aufkündigen und als Bürger der Stadt nun ins Lager der Gegner übergehen.

Verschiedentlich bittet das Kontor den Danziger Rat, die Kaufleute zum Gehorsam zu mahnen, was aber nur gelegentlich half. Der Beisitzer Friedrich Clipping kündigt seine Mitgliedschaft und verweigert den Schoss mit dem Erfolg, dass nun die andern auch nicht zahlen wollen, und im Jahre 1498 ist die Kasse so leer, dass verschiedene zusammenschies- sen müssen, um wenigstens die Korrespondenz an den Gross- fürsten zu bezahlen. Erst im Jahre danach ist die Ordnung wiederhergestellt.

Das Hansekontor und die Stadt Kauen.

Wir sehen hier schon den Beginn jener Auflösungs- scheinungen, die dann im 16. Jahrhundert noch deutlicher zu- tage treten. Sie erschwerten die Lage des Kontors gegenüber der Stadt Kauen, die selbst den gewinnbringenden Handel in ihre Hand bekommen wollte, ausserordentlich.

Diese Handelskonkurrenz zeigt sich besonders deutlich in der Wohnfrage.

Die Kaufleute hatten nach ihren vermutlich richtigen An- gaben schon seit Witowt das Recht, in eigenen Höfen zu woh- nen und sich hier selbst zu verpflegen, d.h. sich die Le- bensmittel zustellen zu lassen, zu schlachten, zu braue Brot zu backen usw. Diese Höfe waren anfangs nur gemiete später gingen sie vielfach in den Besitz der Kaufleute über, sei es als Pfand oder bei Schuldzahlungen. 1467 besitzt der Danziger Bürgermeister Johann Angermunde zwei Höfe in Kauen, und noch 30 Jahre später ist ein Hof im Besitz dieser Fa- milie bezeugt. Einen eigentlichen umfriedeten Handelshof wie etwa den Peterhof in Nowgorod haben die deutschen Kauf- leute in Kauen niemals besessen. Wo ihre Versammlungen statt- fanden, ist nicht bekannt. Jüngere Gesellen oder weniger

wohlhabende Mitglieder der Niederlassung lagen gewöhnlich bei deutschen Besitzern der Höfe in Herberge.

Gegen diese Wohnrechte, durch welche die Angehörigen des Kontors sich absonderten, geht die Stadt von Anfang an vor. Sie behauptet, ihre eigenen Bürger würden dadurch in ihrer Nahrung geschmälert; die Deutschen sollten in Herbergen wohnen und bei den Wirten zehren. Sie sollten Getränke in kleinen Quantitäten kaufen. Im Jahre 1476 werden den Kaufleuten der Niederlassung die in ihren eigenen Höfen gekauften Schweine, Rinder, sowie Roggen und Weizen einfach beschlagnahmt. Später wird das Zusammenwohnen von zwei Deutschen in einem Hof verboten, ebenso das Halten von mehr als einem Knecht. 1487 wird sogar den eigenen Bürgern untersagt, für die Deutschen Bier zu brauen. Die Benutzung des Brauhauses war ja ein Vorrecht der Bürger.

Als es mit allen diesen Mitteln nicht gelang, den Deutschen das Wohnen in ihren Höfen zu verleiden, griff man zum Mittel der „Schrepze“, das heisst einer Grund- und Gebäudesteuer, welche die Stadt umlegte. Man verlangte das 20fache der Steuer der eigenen Bürger (1487) - statt 18 Gr. 6 Schock - und liess sogar das Verbot des Grossfürsten unberücksichtigt.

Natürlich erwiderte die Stadt Danzig mit ähnlichen Ausnahmebestimmungen für die Kauener Bürger, die mit ihren Waren nach Danzig kamen.

Ein ähnlich erbitterter Kampf, den übrigens auch andere Niederlassungen der Hanse kannten, war der Kampf um den freien Gästehandel sowie die Frage des Gross- und Kleinhandels.

Der fremde Kaufmann, „der Gast“, unterstand einem minderen Recht. Gastrecht war Fremdenrecht. Gäste sollten nicht mit Gästen Handel treiben, also z.B. nicht etwa Deutsche mit Russen ohne Vermittlung eines Kauener Bürgers. Auch Riga

stand zu gleicher Zeit ja in ständigem Gegensatz zu Lübeck und anderen Hansestädten, deren Kaufleuten es untersagte, in Riga selbst mit russischen Kaufleuten Handel zu treiben.

Genau so war in der Frage des Gross- und Kleinhandels der Begriff der „Nahrung“, die man den eigenen Bürgern zukommen lassen wollte, das Entscheidende.

So sollte der einzelne Kaufmann nur eine Wagenladung von 3 Stein Wachs oder darüber, aber nicht darunter kaufen dürfen. Ebenso wird 1487 verordnet, dass ein Kaufmann Salz nur im Gewicht von einer halben „Last“, d.h. 6 Tonnen verkaufen dürfe, aber nicht kleinere Mengen an einen Käufer. Man kann also hier von einem „erzwungenen Grosshandel“ sprechen. Immerhin sind auch solche Bestimmungen nicht allein für den Hansehandel in Litauen charakteristisch gewesen.

Das Gleiche gilt von den gegenseitigen Beschwerden über die angewandten Masse und Gewichte. Den Kauenern sind die Salztonnen zu klein, den Deutschen die Aschefässer. Gegen Ende des Jahrhunderts wird der Handel noch mehr erschwert. Seit 1483 schon wurde die Getreideausfuhr mit 1 Pf. Zoll pro Tonne belegt und 1496 ein Durchgangszoll für solche Güter, vor allem Salz, erhoben, die nach Wilna weitergingen. Das war das Kauener Stapelrecht. Und schliesslich kam noch das Verbot des direkten Handels mit den Bauern sowohl in der Stadt, wie auch auf den Märkten der Umgegend.

Stein, dem wir eine genaue Erforschung dieser Entwicklung verdanken, sagt an einer Stelle, dass in der Überlieferung des Kontors von Kauen die Häufigkeit und der teils erbitterte, teils lamentable Ton der Klagen auffalle. Zuweilen kann man sich hier des Gedankens einer gewissen Kleinlichkeit nicht erwehren. So klagt bald nach seiner Neuordnung das Kontor über Wegelagererei und Gewalt in der Stadt. Nächtlicherweise würden in den Höfen der Kaufleute Fenster und Türen eingeschlagen. „Feierlich klagt das Kontor vor dem

Kauener Rat über Gewalt, und ebenso feierlich lässt der Rat den Vorfall ins Kauener Schöffebuch schreiben.“

Die Verhandlungen vor dem Grossfürsten waren oft sehr lebendig. Er musste ja die Ordnung des Kontors wahren, denn er hatte sie selber gegeben. Jede Partei berief sich auf Privilegien. Aber die Privilegien von Kauen waren verbrannt, und die Privilegien Witowts, auf die sich Danzig und das Kontor stürzten, konnten ebenfalls nicht vorgewiesen werden. Der Grossfürst war dann ziemlich ratlos, denn offenbar widersprachen die Privilegien, die er beiden Parteien gegeben hatte, einander oder liessen verschiedene Auslegungen zu. Die Auseinandersetzungen waren häufig sehr drastisch, so, wenn das Kontor die Stadt der Lügenhaftigkeit bezichtigt und Kauen darauf erwidert, anständige Leute haben es immer in Ehren gehalten, aber manche von den Kaufleuten beschimpften in Krügen und auf den Bierbänken die Stadt. Diese Klage wiederholt sich dauernd, und einmal wird sogar ein Kaufmann, der Gericht und Bürgermeister geschmäht hatte, festgesetzt.

Die Kleinlichkeiten, denen wir hier begegnen, dürfen uns nicht über die Tatsache hinwegsehen lassen, dass dieser Handel doch ein recht gewinnbringender war.

Wir kommen damit zu den Waren, die diesem Handel zugrunde lagen, und zwar können wir hier Hauptprodukte und Nebenprodukte unterscheiden.

Das gilt zunächst von der Ausfuhr. Hier stehen drei Produkte, Holz, Holzasche und Wachs an erster Stelle. Das Land war damals noch von dichten Wäldern bedeckt und ausserordentlich dünn bevölkert, So spielte auch die Jagd eine bedeutende Rolle. Noch gab es den Zobel, der heute nur noch in Sibirien vorkommt, das grosse Wiesel, den Hermelin, den Biber, Wisente und Bären, deren Felle gesucht waren. Zobel, Marder und Iltis galten als die bessere Ware, die zu 40 Stück gehandelt wurde, während Eichhorn, Hermelin, Wiesel und Nerz

in Mengen von mindestens einem viertel Tausend verkauft wurden. Auch Wolfs- und Schafsfelle werden erwähnt. Felle vertragen ja im alten Russland früher das Geld, und noch im 16. Jahrhundert gab es in Litauen eine bestimmte Klasse von Bauern, die ihre Angaben in Felle bezahlten.

Immerhin spielt der Pelzhandel in den Beziehungen zu Kauen nicht die Rolle wie im Rigahandel mit Polozk oder gar im Handel mit Nowgorod. Er wird nur selten erwähnt.

Weit wichtiger waren Holz und Holzasche. Je mehr sich die Wälder in Deutschland lichteteten, in denen sich die Glasindustrie angesiedelt hatte, umso mehr bedurfte man der Holzasche zur Glaszubereitung. Die deutschen Kaufleute ritten selbst ins Land hinein und kauften von den Bojaren Holz und Holzasche. Sie mussten sich aber hierbei eines Einheimischen als Mittelsmann bedienen. Sogar auf weiten Landwegen von der Düna her wurde Asche nach Kauen transportiert, und schon in den Verhandlungen des Jahres 1444 zwischen dem Orden und den Litauern beschwerten sich diese darüber, dass die preussischen Kaufleute von Wilna selbst in den Wäldern die Asche brannten.

1492 schränkt Kauen diesen Handel stark ein und verbietet den direkten Handelsverkehr der Kaufleute auf Märkten oder Freimärkten. Der Handel solle lediglich durch Vermittlung Kauener Bürger erfolgen.

Ein weiteres wichtiges Produkt war das Wachs. Sowohl das wohlhabende Bürgertum des Westens wie auch die Kirche bedurften des Wachses zur Lichtherstellung in einer Zeit, in der es keine anderen Beleuchtungsmittel gab.

Die Bedeutung, die dem Wachs in Litauen selbst beigegeben wurde, geht aus den alten Gebräuchen des Landes hervor. Wer im Wald einen Bienenstock fand, machte an dem Baum sein Zeichen, und niemand erdreistete sich danach, den Stock zu berühren. Dafür gab es schwere Strafen. Die litauische Sprache hat für den Umgang mit Bienen eigentümliche

Ausdrücke. Die Bienen sind die einzigen Tiere, welche „sterben“, während alle anderen „krepieren“, und der höchste Ausdruck für Freundschaft unter den Menschen heisst Bienenfreundschaft.

Das Wachs wurde in ganzen Wagenladungen verkauft. Diese Wagen mussten zunächst die Stadtwaaage passieren. Der städtische Wägemeister war vereidigt. Wog das Wachs 3 Stein oder mehr „Last“, so erhielt es der deutsche Kaufmann ohne weiteres ausgehändigt. Wog es weniger, so inhibierte die Stadt den Verkauf. In diesem Falle musste die Ware zunächst einem einheimischen Zwischenhändler ausgehändigt werden, damit dieser einen Verdienst hätte.

Der Getreidehandel wird 1468 im Zusammenhange mit dem Kauener Ausfuhrzoll erwähnt, jedoch wird noch 1484 von Kauen gesagt, die Deutschen hätten früher keinen Kornhandel getrieben. Sie schickten Aufkäufer im Lande herum, die für jede Tonne eine Provision von 1 $\frac{1}{2}$ Gr. böhmisch erhielten. Grütze und Gerste werden in der Urkunde des Grossfürsten Alexander von 1499 als Ausfuhrartikel - allerdings nur der Bojaren von Polozk - genannt. Erst von dieser Zeit an gewinnt der Getreidehandel steigende Bedeutung.

Von den Einfuhrprodukten stand an erster Stelle das Salz, da das Land selbst über keine Salzquellen verfügte. Hier war der Zwang zum Grosshandel nicht so stark, wenn gleich der deutsche Kaufmann auch das Salz nicht unter einer halben Last, also 6 Tonnen, an einen Käufer absetzen durfte.

Ganze Schiffe kamen, mit Salz beladen, die Memel hinauf, und wenn der Frost frühzeitig eintrat und die Schiffe einfroren, so wurde das Salz mit Schlittenkarawanen den Fluss hochgefahren. Der litauische Zoll wurde seit Ende des Jahrhunderts sofort nach der Ankunft der Ware in Kauen entrichtet, früher erst nach Verkauf der Waren.

Dass neben diesem wesentlichsten Massenprodukt der Hanse, das die Salinen von Lüneburg und die seichte Bucht von Bourgneuf lieferten, wo das Salz direkt aus dem Meere gewonnen wurde, auch andere Lebens- und Genussmittel von dem Kontor eingeführt wurden, wird gleichfalls bezeugt. Hier stehen Heringe und Stockfische an erster Stelle. Fische als Fastenspeise spielten im Mittelalter ja eine grössere Rolle als heute. Die Heringsfischerei in der Ostsee, auf der auch Lübecks Wohlstand zum Teil beruhte, spielte schon seit dem 13. Jahrhundert eine bedeutende Rolle, da die Ostsee damals ein einziges Heringsfischgebiet war. Zentrum war zunächst die Küste von Rügen, später die Insel Schonen. Hier, in Falsterbo, versammelten sich im Jahre 1463 bis zu 20 000 Bauern, Fischer und Händler, wie Stieda festgestellt hat. Erst im Jahre 1517 lässt die Heringsfischerei nach. Dieses Datum gilt in der Wirtschaftsgeschichte im allgemeinen als der Termin, an dem die riesigen Heringszüge der Ostsee nach den Küsten von Dänemark, Norwegen und England abwanderten.

Von Gewürzen und Genussmitteln werden genannt: Pfeffer, Ingwer, Mandeln, Safran, Muskat, Nägelchen, Galganz, Feigen, Rosinen, daneben Wein.

Wein wurde ja im Ordensgebiet selbst angebaut bis nach Windau hinauf. Die Preussenmädchen schnitten ihn zur Weinlese, mussten abends aber die Messer abliefern, und bekannt ist ein Schreiben des Komturs von Windau an den Hochmeister, er möge ihm zwei Fässchen Thormer Wein schicken, „wennte de wyn Yarlink nich is gedeihen.“ Aber auch ausländischer Wein kam direkt aus Spanien und Portugal, und wiederum war hier Danzig Zentrum für den Osten. In Danzig kamen allein in den Jahren 1474-1476 88 Schiffe aus der „Baie“ (der Bucht von Bourgneuf) an, die neben Salz auch französische Weine geladen hatten. Rheinwein, Poitou-Wein und Malvasier werden genannt. Aber auch der schlesische Landwein aus Guben, der

billige und gute „Gobynische“ Wein, der nur den zehnten Teil des Rheinweinpreises kostete, kam die Oder herunter über Stettin nach Danzig und wurde weiter exportiert. Wieviel davon im einzelnen nach Litauen kam, ist nicht festzustellen, jedoch wurde in Kauen in jeder Schenke Wein ausgeschenkt, und auch im Privileg des Grossfürsten Alexander für Polozk wird er genannt.

Die weitreichenden direkten Schiffahrtsbeziehungen Danzigs nach dem Westen ermöglichten auch den Import flandrischer Tuche zu Exportzwecken nach dem Baltikum und Litauen. Diese Stoffe stellen neben dem Salz die zweite wichtige Gruppe von Einfuhrwaren dar, die dritte Gruppe sind Metallwaren, die im Polozker Privileg aufgezählt werden: Beile, Messer, Eisen, Blei, Kupfer, Zinn und Messing stehen im Vordergrund.

Wir sehen hier den ausgedehnten Zwischenhandel des hansischen Kaufmanns. Aus dem Mittelmeergebiet bezog er Öl, Südfrüchte und Seide, aus dem Orient durch Vermittlung der italienischen Städte Gewürze und Luxusstoffe, aus dem Norden Eisen - schwedischen Osemund. Und daneben stehen dann die vielfältigen Produkte des deutschen Handwerks jener Zeit.

In diesem Zusammenhange - und damit komme ich zum Schluss - muss noch eine Konkurrenz erwähnt werden, die in den hansischen Überlieferungen nur eine nebensächliche Rolle spielt, eine grössere dagegen in den jüdischen.

Der Jüdische Handel in Litauen zur Hansezeit.

Schon im Jahre 1388 erhalten die Juden von Brest besondere Privilegien von Vytautas. Sie werden um die Mitte des 15. Jahrhunderts in der polnischen „Matrik“ registriert. Später werden sie ins Weissrussische übersetzt, auf alle litauischen Juden bezogen und schliesslich in die litauische Gesetzessammlung, das litauische „Statut“, aufgenommen.

Es sind Adelsprivilegien, die auch von den folgenden Grossfürsten, Swidrigaila, Sigismus und Kasimir, bestätigt werden. Sie gewähren den Juden Freizügigkeit, freien Handel und eigene Gerichtsbarkeit.

Schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts finden wir als Zollpächter von Kauen einen Daniel aus Traken samt seinen Söhnen Lub und Michael.

Im Jahre 1511 ist als Zollpächter von Kauen ein gewisser Aaron nachweisbar. Die grosse jüdische Encyclopädie nennt noch mehrere Namen und schreibt: „Später gab es jüdische Zöllner in verschiedenen Städten und an allen Grenzpunkten.“

Die jüdischen Kaufleute in Kauen betrieben neben dem Geldhandel vor allem auch den Holzhandel nach Danzig. Wir finden hier, genau wie in Elbing und Thorn, jüdische Händler aus Traken und Grodno. Über Kijew ging der jüdische Handel nach der Krim.

Der gesamte litauische Adel und selbst der Grossfürst waren den Juden stark verschuldet. Das gab auch Anlass zur Vertreibung der Juden aus Litauen durch den Grossfürsten Alexander im Jahre 1495. Sie wandten sich nach Polen, und als ihnen im Jahre 1503 die Rückwanderung erlaubt wurde, wanderten mit ihnen viele polnische Juden nach Litauen ein.

Wie stark zur Hansezeit der jüdische Einfluss in Litauen war, beweist die Tatsache, dass manche Juden von den Grossfürsten Güter, sogar mit Leibeigenen, erhielten. Den Höhepunkt der liberalen Zeit bildete die Regierung der beiden letzten Jagellonenkönige, Sigismunds I. (1506-1548) und Sigismunds II.

Leibarzt des Königs Sigismund I. war der Jude Isaak aus Spanien, (also ein Sephardim!), Leibarzt der Königin Samuel bar Meschullan. Neben ihnen standen einflussreiche Kaufleute, Pächter und Bankiers, die mit dem Hofe Verbindung hatten.

Zum Finanzminister (exaktor-Generalsteuereinnehmer) wird Josefowicz ernannt, der allerdings die Taufe annehmen muss.

Das damalige Judentum in Litauen trägt nicht die proletarischen Züge wie das spätere. Seine Zahl war gering, zur Zeit der Austreibung wird die Gesamtzahl der Juden in Litauen auf nur ca. 10 000 geschätzt. Ihre Sprache war das Russische und Tatarische. Damit erübrigt sich die Frage, ob die Hansekaufleute in Kauen von den Juden verdrängt worden seien. Tatsächlich verhinderten die Bürger dieser Stadt weitere Ansiedlungen und erwirkten ein Verbot, das noch im Jahre 1682 von Jan Sobieski bestätigt wurde. Ihr grosser Zustrom in diese Stadt erfolgte erst Ende des 18. Jahrhunderts.

Schluss.

Wenn wir uns nach den Gründen der Auflösung des Hansekontors in Kauen fragen, so sehen wir auf der einen Seite den steigenden Nationalismus (Grossfürst Alexander!), der sich mit den Privilegien, welche die Hanse in fremden Ländern beanspruchte, nicht mehr abfinden wollte. Auf der anderen Seite tritt uns der innere Verfall der Hanse entgegen. Wir erkennen diesen Verfall in der Geschichte des Hansekontors in Kauen, wir sehen ihn aber auch deutlich in den Gesandtschaftsberichten der Lübecker und Stralsunder Kaufleute, die im Jahre 1603 nach Moskau reisen, und deren Zwistigkeiten auf dieser gemeinsamen Reise dann ein Jahr später so lebhaft Diskussionen nach sich ziehen.

Der alte Zusammenhang ist gelöst. Nicht mehr einzelne Städtegruppen stehen jetzt im Gegensatz zueinander - also die wendische, die preussische und die baltische Gruppe - nein, innerhalb dieser Gruppen selbst machen sich zwischen den einzelnen Städten immer stärker Handelsneid und Handelseifersucht geltend. Ein neues Zeitalter bricht an, in welchem nicht mehr die deutsche Stadt eine Rolle spielen sollte,

sondern die grössere Einheit der neu entstandenen Territorialstaaten, von denen nun die weitere Entwicklung ausgeht - wie in Deutschland, so auch im Osten.

Aber jene Zeit des hohen Mittelalters, von der die Geschichte des deutschen Handels mit Litauen uns nur ein schwaches Abbild geben konnte, wird dennoch in der Geschichte als eine der grossen Zeiten des deutschen Kaufmanns in unserer Erinnerung erhalten bleiben.

LITERATUR

Alseikaitė-Gimbutienė, M. Die Bestattung in Litauen in vorgeschichtlicher Zeit. (Diss. Tübingen 1946). *Blümcke, Otto.* Berichte und Akten der Hansischen Gesandtschaft nach Moskau im Jahre 1603. Hansische Geschichtsquellen Bd. VII. (Halle 1894). *Bächtold, H.* Der Norddeutsche Handel im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert. Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, hrsg. von Below-Finke-Meinecke. H. 21. (Berlin-Leipzig 1910). *Buck, B.* Der deutsche Handel in Nowgorod bis Mitte des 14. Jahrhunderts. (Berlin 1891). *Codex epistolaris Vitoldi*, hrsg. von Prochaska. (Kraków 1882). *Daenell, E.* Der Ostseeverkehr und die Hansestädte von der Mitte des 14. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. H. G. Bd. 10. Jahrg. 1902. (Leipzig 1903). *Encyklopaedia Judaica*, Ed. 10. (Berlin 1934). *Engel, C.* Die Kultur des Memellandes in vorgeschichtlicher Zeit. (Memel 1931). *Goetz, L. K.* Deutschrussische Handelsgeschichte des Mittelalters. Hansische Geschichtsquellen, hrsg. vom Verein f. Hansische Geschichte, N. F. Bd. 5. (Lübeck 1922). *Hansisches Urkundenbuch* Bd. 8-11. *Jakštas, J.* Vokiečių ordinas ir Lietuva Vytenio ir Gedimino metu. Acta et commentationes ordinis historicorum V. M. Universitatis, Senove Bd. II. (Kaunas 1936). *Jüdisches Lexikon* Bd. 4. (Berlin 1930). *Mannhardt, W.* Letto-preussische Götterlehre. (Riga 1936). *Kruse, Wilhelm.* Lübeck und der Streit um Gotland 1523-1526. H. G. Bd. XXI, Jahrg. 1915. (Leipzig 1915). *Mews, Siegfried.* Gotlands Handel und Verkehr bis zum Auftreten der

Hansen. (Diss. Berlin 1937). *Nagevičius, V.* Mūsų pajūrio medžiaginė kultūra VIII-XIII. Amž. Acta et commentationes ordinis historicorum V.M. Universitatis, Senovė Bd. I. (Kaunas 1935). *Niebuhr, Carl.* Die Nachrichten von der Stadt Jumme. H. G. Bd. XXIII, Jahrg. 1917. (Leipzig 1918). *Šapoka, A.* Lietuvos istorija. (3. Aufl. Fellbach 1950). *v. Schroeder, Hans-Georg.* Der Handel auf der Düna im Mittelalter. H. G. Bd. XXIII, Jahrg. 1917. (Leipzig 1918). *Stein, Walther.* Vom deutschen Kontor in Kowno. H. G. Bd. XXII, Jahrg. 1916. (Leipzig 1916). *Stein, Walther.* Sommerfahrt und Winterfahrt nach Nowgorod. H. G. Bd. XXIV, Jahrgang. 1918. (Leipzig 1919). *Vogel, W.* Geschichte der deutschen Seeschiffahrt Bd. I, Von der Urzeit bis zum Ende des XV. Jahrhunderts. (Berlin 1915).

Abkürzungen: H. G. = Hansische Geschichtsblätter.

DER POLNISCH-LITAUISCHE AUFSTAND VON 1863,
SEIN VERLAUF UND DIE VERHANDLUNGEN DER EUROPÄISCHEN
GROSSMÄCHTE.

DR. H. SCHALLHAMMER, MEMMINGEN

„Die seit 1918 selbständigen Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen kamen als selbständige Sowjetrepubliken 1940 wieder zur Sowjetunion. Riga und Reval, alte deutsche Städtegründungen aus der Zeit des deutschen Ritterordens und der Hanse, sind wichtige Häfen. Dorpat hat eine alte Universität. Wilna (Vilnius), das 1920 bis 1940 zu Polen gehört hatte, wurde wiederum die Hauptstadt der Litauischen SSR.“

Diese wenigen Sätze stehen im Erdkundebuch der 4. Klasse, das in den bayerischen höheren Schulen benutzt wird, bezeichnenderweise im Lehrbuch über Asien (und Osteuropa) und nur ein Satz ist es, durch den der deutsche Oberschüler von der Existenz eines Landes erfährt, das wir unsere alte Heimat nennen. Kein Wunder, dass für den Westeuropäer Litauen oder gar Kauen (Kaunas) keine Begriffe sind, dass er grosszügig Riga und Kaunas, Wilna (Vilnius) und Minsk durcheinanderbringt. Auch bei den sog. Gebildeten findet man kaum Kenntnisse über ostpreussische Geschichte, und von den Baltischen Staaten scheint besonders Litauen zu einer Aschenbrödelrolle verurteilt zu sein.

Wie sehr aber die Ereignisse der Gegenwart und der Vergangenheit in Ost und West zusammenhängen, sei an dem Beispiel des polnischen Aufstandes von 1863 gezeigt, des Aufstandes, der nicht nur in Polen ausbrach, sondern auch die litauischen Gebiete des russischen Reiches beunruhigte. Es war also ein polnisch-litauischer Aufstand, die Geschichte

nennt ihn gewöhnlich den polnischen Aufstand und unterstreicht damit erneut die Tragik der historischen Entwicklung Litauens im Schatten Polens. Litauen wurde stets als Anhängsel des polnischen Staates betrachtet, der Name Litauen war nur als Bezeichnung einer Provinz bekannt.

Dieser Aufstand, von dessen Verlauf wir heute sprechen wollen, spielte einerseits eine Rolle in der gesamteuropäischen Geschichte, und war andererseits für das Schicksal des litauischen Volkes von grosser Bedeutung.

Das 19. Jahrhundert kannte keinen litauischen Staat, während Polen wenigstens staatsrechtlich als Königreich bestand, dessen König als Zar aller Reussen in St. Petersburg residierte. Bekanntlich war vom Wiener Kongress von 1815 das Herzogtum Warschau, das sog. Kongresspolen, durch Personalunion mit Russland verbunden und erfreute sich bis 1830 einer gewissen Selbständigkeit, die im Gegensatz zum russischen Reich konstitutionelle Formen bewahrte. Aber die sozialen und wirtschaftlichen Zustände blieben unter der russischen Herrschaft genau die gleichen wie im Polenreich. Die Verfassung von 1815 war für den politisch allein bestimmenden Adel nur eine Waffe, um gegen Russland kämpfen zu können. Dieser Kampf flammte im Aufstand von 1830 auf, dem Jahre der europäischen Unruhen in Frankreich, Deutschland und Italien. Während in jenem Jahr die europäische Revolution einen neuen Staat gebar - nämlich Belgien, misslang die Rebellion in Polen. Nach diesem misslungenen Aufstand versuchten die Russen zwar das Land zu russifizieren, was aber mangels einer regelrechten russischen Kolonisation fehlschlagen musste. Eine Änderung der Verhältnisse in Polen trat erst 1856 ein, als Zar Alexander II. das bisherige Säbelregiment des Statthalters Paskiewitsch durch die Entsendung des Generals Fürst Michael Gortschakow milderte. Aber die polnischen Emigranten blieben unversöhnlich. An der Spitze der aristokratischen

Partei stand der Fürst Adam Czartoryski und nach seinem Tode Graf Ladislaus Zamoyski. Diese Partei, die sog. „Weissen“, erstrebte die Wiederherstellung Polens durch diplomatische Mittel, während der demokratischen Partei - den „Roten“ -, die sich vor allem aus dem Kleinadel, der Handwerkerschaft, dem niederen Beamtentum, den Studenten und dem katholischen Klerus rekrutierte, dieser Weg zu langsam erschien, und sie auf den offenen Aufstand hinarbeitete. Ihr Hauptvertreter war Mieroslowski. Es muss noch erwähnt werden, dass der Zar durch die Entsendung des neuen Statthalters Gortschakow durchaus keine Änderung des Systems, sondern nur eine mildere Handhabung desselben wünschte.

Der Februar 1861 brachte Strassendemonstrationen in Warschau, - und eine Adresse des landwirtschaftlichen Vereins, der unter dem neuen Regime hatte gegründet werden dürfen, verlangte die Anerkennung der nationalen Rechte eines selbständigen Polens. Der Statthalter gestand daraufhin die Entlassung des verhassten Leiters des Unterrichtswesens Muchałow zu, an dessen Stelle der Marquis Wielopolski zum polnischen Kultusminister berufen wurde. Dieser hatte in einer Broschüre das Programm eines russisch-polnischen Ausgleichs aufgestellt, war überzeugter Konservativer und durchaus autoritär ausgerichtet.

Nun waren ja am Schicksal Polens nicht nur Russland, sondern auch die beiden anderen Teilungsmächte Preussen und Österreich interessiert. Preussen erhielt erst Anfang April 1861 offiziell Nachricht von der Wendung in der russischen Polenpolitik. Bismarck, der damalige Gesandte in Petersburg, brachte dem russischen Kanzler Fürst Alexander Gortschakow seine Bedenken vor, erhielt aber zur Antwort, dass Russland es müde sei, in seiner Herrschaft über die polnischen Gebiete „immer als barbarischer Despot verschrien zu werden.“ Die Regierungskreise in Russland standen damals völlig im Banne

des europäisch gerichteten Liberalismus. So gewährte ein kaiserlicher Ukás den Polen einen Wählbaren Staatsrat sowie Kreis- und Stadträte und eine eigene Kommission für das Kirchen- und Unterrichtswesen, dem Vorsitz Wielopolskis unterstehend.

Aber es kam am 10.10.1861 im Zusammenhang mit der Feier der polnisch-litauischen Union zu Horoldo zu erneuten Unruhen, woraufhin General Lambert, der Nachfolger des inzwischen verstorbenen Statthalters Gortschaków, den Belagerungszustand verhängte.

Diese polnischen Unruhen erschienen Russland durchaus noch nicht in einer national-polnisch-antirussischen Tendenz. So verblieb Wielopolski auch weiterhin nach seiner Entlassung im November des gleichen Jahres (1861) in der kaiserlichen Gnade und arbeitete weiter an seinen Plänen, für die er die Fürsprache aller 3 Strömungen hatte, die innerhalb der regierenden Schicht Russlands bestanden.

- 1). Die deutsche konservative Gruppe um Nesselrode und Meyendorff trat für den konservativen Aristokratismus Wielopolskis ein.
- 2). Die europäischen Liberalen um den Grossfürsten Konstantin waren für Wielopolskis System, da es human war.
- 3). Die Nationalrussen unter Reichsratspräsident Bludow erwarteten vom Frieden an der Weichsel eine Steigerung der russischen Kräfte für die Orientaufgaben des Zarenreiches.

Zudem gewann Wielopolski den Kanzler Gortschaków. Der Zar selbst stand zwar dem Liberalismus fern, sah aber die Schäden der russischen bürokratischen Verwaltung. Deshalb konnte Wielopolski im Juni 1862 beim Zaren die Ernennung des Grossfürsten Konstantin zum Statthalter Polens und seine eigene zum Chef der Zivilverwaltung erreichen. Daraufhin wurde in vielen polnischen Bezirken der Belagerungszustand aufgehoben und eine nationale, von der Militärgewalt ge-

'trennte Zivilverwaltung eingerichtet. Das bedeutete die Wiederherstellung der Autonomie, die vor dem misslungenen Aufstand von 1830 bestanden hatte, nur dass jetzt auch die königlich-polnische Verwaltung faktisch in polnische Hände geriet. Wielopolskis Augenmerk war darauf gerichtet, seine Zivilverwaltung zu polonisieren und dezentralisieren. Der grossfürstliche Hof verlor täglich immer mehr seinen russischen Charakter und nahm polnisches Gepräge an; und polnische Hoffnungen knüpften sich an die Person des Grössfürsten.

Dennoch - oder gerade deswegen - blieben die „Weissen“ in Polen weiterhin bei ihrem Streben nach einem unabhängigen polnischen Staat. So beschloss im September 1862 eine Adelsversammlung eine Adresse an den Grossfürsten, die wie eine Herausforderung klang, verlangte sie doch die Verleihung einer Verfassung und Vereinigung aller Gebiete, die „unser Vaterland“ bilden. D.h., sie verlangten den Anschluss Litauens an Polen.

Unterdessen bereiteten die „Roten“ alles zum Aufstande vor, indem sie ihr Vertrauen auf auswärtige Hilfe und den Ausbruch der damals in Russland in weiten Kreisen herrschenden Erregung setzten. Ihr geheimes Zentralkomitee in Warschau arbeitete fieberhaft. Da Wielopolski und seine Anhänger es nicht wagten, diese Tätigkeit zu unterdrücken, um nicht als antinational zu gelten, wuchs das „rote“ Zentralkomitee der Regierung über den Kopf. Schliesslich beschloss jedoch Wielopolski, das „Geschwür aufzustechen“. Das Mittel dazu sollte die Rekrutierung werden. Diese Massregel war durchaus ungesetzlich, da zur Richtschnur ein kaiserlicher Ukas von 1816 genommen wurde, der eine Stellvertretung beim Militärdienst nicht gestattete, während nach dem Ukas von 1859 die Stellung von Ersatzmännern möglich war. Aber Wielopolski wollte gerade die Elemente treffen, von denen er einen Aufstand befürchtete, und suchte deshalb bewusst die „Konskrip-

tion" in eine „Proskription“ der revolutionär Gesinnten umzugestalten. Dieser Plan blieb nicht geheim. Die für den 15. Januar 1863 festgesetzte Zwangsrekrutierung schlug fehl, da sich ihr die Betroffenen entzogen. Sie flüchteten in die Wälder und drängten das revolutionäre Zentralkomitee zum sofortigen Aufstand. In der Nacht vom 22./23. Januar (10./11. I. alten Stiles) wurden die russischen Garnisonen in polnischen Kleinstädten von polnischen Banden überfallen. Das Zentralkomitee konstituierte sich als provisorische Nationalregierung und rief Polen und Litauen zum Kampf für ein unabhängiges Polen auf. Die Weissen waren macht- und ratlos. Die Roten hatten ihnen - der Magnatenpartei - nicht den alleinigen Gewinn lassen wollen, und ihr Aufstand störte nun empfindlich die Pläne der Aristokraten. Führer des Aufstandes waren zuerst Padlewski und dann Mieroslawski. Nachdem der letztere schon im Februar hatte fliehen müssen, setzten die Weissen, um den Roten zuvorzukommen, Langicwicz zum Diktator ein, den aber die provisorische Nationalregierung nicht anerkannte. Er musste jedoch am 19. März über die österreichische Grenze fliehen, und die Leitung des Aufstandes ging nun auf die provisorische Nationalregierung über. Nun folgte ein von der Beschaffenheit des Landes begünstigter Kleinkrieg, der später auch auf Litauen übergriff. Er konnte sich deshalb so lange hinziehen, weil die russische Führung in Warschau nicht einig war. Man dachte auf russischer Seite gar nicht daran, die Reformpolitik in Polen aufzugeben. So äusserte sich Gortschákow zum preussischen Gesandten, dem Grafen Redern: „Wir hatten dort eine Eiterbeule. Sie musste platzen, damit der ganze Körper gesunde. Die schlechte Materie musste entfernt werden, und dieses wird hoffentlich jetzt gründlich geschehen.“

Im Gegensatz zu Polen war Litauen kein Autonomiestatut im Rahmen des Zarenreiches gewährt worden. Zwar schielte der

völlig polonisierte Adel Litauens stets nach Warschau und beteiligte sich auch am Aufstand von 1830, doch betrachteten diese Adligen Litauen als ein polnisches Land mit litauischer Bauernbevölkerung, als ein Land, das durch Jahrhunderte mit Polen eng verbunden war. Nach dem Scheitern des Aufstandes (1831) wurden in Litauen die Russifizierungsbestrebungen verstärkt, und als Mittel dazu sollte die orthodoxe Kirche dienen. Deshalb wurde 1832 die Universität Wilna geschlossen und im Laufe der Jahre die römisch-katholischen Klöster in Kaunas, Pazaislis, Panevezys, Ukmerge, Raseiniai und Telsiai aufgehoben; die Kauener Jesuitenkirche wurde orthodox, Zérkoq und Pazaislis der Sitz des orthodoxen Bischofs.

1840 wurden die bis dahin noch geltenden Gesetze aus der Zeit des litauischen Grossfürstentums durch russisches Recht ersetzt, wobei zu bemerken ist, dass in dem Gebiete links des Memelflusses - dem sog. Suwalkigebiet -, das verwaltungsmässig zum Königreich Polen gehörte, der Code Napoleon galt. Dieses aus dem Geiste der französischen Revolution entstandene Gesetzbuch kannte auch nicht die Leibeigenschaft der Bauern, die im ganzen übrigen russischen Reiche, also auch in den 3 litauischen Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno, herrschte. - Übrigens verschwand 1842 der Name „Litauen“ aus dem amtlichen Gebrauch der russischen Behörden. Die eben erwähnten 3 Gouvernements unterstanden dem Generalgouverneur von Wilna als sog. Nord-West-Gebiet.

Nun wurde ja bekanntlich im Jahre 1861 im ganzen russischen Reich die Leibeigenschaft aufgehoben. Schon vorher hatten die Adligen Litauens auf eine Frage, die der neue Zar Alexander II. bei seiner Krönung 1855 an die Magnaten seines Reiches stellte, die Aufhebung der Leibeigenschaft befürwortet. Die Gutsbesitzer hatten eingesehen, dass die Arbeit der Leibeigenen unproduktiv sei, und wollten die Landwirtschaft neu ordnen, da zu jener Zeit der englische Markt nach Auf-

hebung der Kornzölle von 1846 grosse Aussichten bot. Es waren also wirtschaftliche Überlegungen, die den Adel für diese Massnahmen eintreten liessen. Tatsächlich wurde auch durch kaiserliches Manifest vom 19. Februar 1861 die Leibeigenschaft beendet. In 2 Jahren sollte diese Massnahme durchgeführt sein, die Bauern hatten das Recht, innerhalb von 49 Jahren das Land aufzukaufen. Die Durchführung dieses Gesetzes lag aber in den Händen der Gutsbesitzer, die versuchten, das schlechtere Land den Bauern zu geben, denn nach dem Gesetz musste dem Gutsbesitzer 1/3 des Landes verbleiben. Als sich deshalb der Bauern eine grosse Unruhe bemächtigte, rief der Adel Militär in die Dörfer. Allein im Gouvernement Kowno gab es 117 solche Exekutionen. Auf diese Weise gelang es nicht, die im Gesetz zur Durchführung der Massnahmen festgesetzte Frist von 2 Jahren einzuhalten, zumal der Aufstand gegen die russische Herrschaft - eben diese Insurrection von 1863 - alles verzögerte.

Das waren jedoch nicht die einzigen Voraussetzungen für einen Aufstand; ein starker Widerstand ging auch in Litauen von der katholischen Kirche aus, da sie sich durch die russischen Massnahmen verständlicherweise bedroht fühlte. Politik und Religion verbanden sich. - So wurden - genau wie in Polen - in den litauischen Kirchen patriotische Choräle gesungen, und der bekannte Bischof der Diözese von Zemaitija, der Dichter Valancius, warnte seine Geistlichen, an solchen Demonstrationen teilzunehmen.

Es war also auch in Litauen genügend Zündstoff gegen die russische Verwaltung angehäuft, so dass nur ein Funke genügte, um eine Explosion hervorzurufen. Dieser Funke kam von Polen her. - Ebenso wie in Polen organisierten auch in Litauen die „Roten“ schon im Jahre 1862 - also vor dem eigentlichen Aufstand - ein Komitee von Litauen, das unabhängig von Polen zu handeln beschloss. Der litauische Adel versuchte

jedoch, eine Erhebung zu vermeiden. Im Dezember 1862 besuchten einige Adlige aus Litauen eine Konferenz der polnischen Untergrundbewegung in Warschau und informierten den Adel des Kownoer Gouvernements im Januar 1863 - also kurz vor Ausbruch der polnischen Insurrektion, - dass es keinen Aufstand geben würde. Als nun trotzdem in Polen die Rebellion im gleichen Monat ausbrach, traf sich der litauische, wie wir wissen weitgehend polonisierte, Adel am 7. Februar in Wilna. Denn auch in Litauen waren die „Roten“ aktiv, und die polnische rote Nationalregierung hatte sich ja am 29. Januar mit einem Aufruf an die „litauischen Brüder“ gewandt und darauf hingewiesen, dass der Schlüssel zum ganzen Problem in Litauen liege. Die Erhebung in Litauen werde den Aufstand in Polen entscheiden. Den Bauern wurde Landbesitz und persönliche Freiheit versprochen.

So lagen die Dinge, als sich die „weissen“ Gutsbesitzer Litauens in Wilna trafen und beschlossen, alles zu vermeiden, was ihren Einfluss schmälern könnte. Sie setzten deshalb eine geheime Untergrundregierung für ganz Litauen ein, deren Vorsitz Jakob Geisztor übernahm. -

Von den „roten“ Führern in Litauen seien genannt: Konstantin und Joseph Kalinowski, Hieronymus Kieniewicz, Anton Mackiewicz, Sigismund Sierakowski, Adam Bitis, Severin Gross-Aleksandraitis u.a. - Sie strebten eine soziale Revolution an und traten für ein auch gegenüber Polen unabhängiges Litauen ein. Aber gerade diese Absicht, die vor allem Konstantin Kalinowski hegte, jede Abhängigkeit von Polen abzulehnen, schien verschiedenen Adligen gefährlich. Die polnischen „Roten“ und die litauischen „Weissen“ waren sich in einem einig: Litauen sollte ein Bollwerk Polens sein, und die litauische Revolution sollte Polen retten.

Die sog. polnische Nationalregierung betrachtete sich als einzige Autorität für Polen und Litauen und sandte einen

„Roten“ Nestor du Laurens als Beauftragten nach Litauen, um eine Untergrundregierung zu bilden. Er fand jedoch hier 2 sog. Regierungen vor, die er beide bekämpfen musste; die Roten wegen ihrer nationalen Einstellung gegenüber Polen, die Weissen (unter Geisztor) wegen ihrer sozialen Einstellung.

Du Laurens „trat“ (wenn man das so sagen kann) einige litauische Gebiete an Polen ab, sammelte Spenden von Gutsbesitzern ein und schickte das Geld nach Warschau. Die Roten ihrerseits überliessen die politische Führung den Adligen und erhoben keinen Einspruch, als dem Vorsitzenden des Komitees der Weissen, Geisztor, diktatorische Vollmachten angeboten wurden. Dieser Jakob Geisztor war ein Edelmann von grosser Redlichkeit und kühlem Temperament, der - obwohl er auf seinem Gute bei Kedainiai eine litauische Schule errichtet hatte - kompromisslos für die Einheit von Polen und Litauen eintrat. Seinen Mitverschworenen sagte er jedoch offen, dass er nicht an den Erfolg eines Aufstandes glaube, und lehnte die ihm angebotenen Vollmachten ab. Daraufhin wurde ein Sechser-Ausschuss ernannt, dem Geisztor, der Fürst Michael Gicdróye, Anton Zelenski, Alexander Oskierka, Ignaz Lopacinski, Hieronymus Kieniewicz (Roter) angehörten. Sie teilten diese Änderung ihren Freunden in Polen mit und wiesen darauf hin, dass die Roten Litauern von Polen trennen wollten. Diese neue litauische Untergrundregierung verurteilte auch die von den polnischen Roten voreilig begonnene Erhebung, während die polnische (rote) Nationalregierung dieses neue konservative Organ die *Abteilung* zur Verwaltung der Provinzen Litauens nannte und seine 6 Mitglieder bestätigte. - Nun löste diese „Abteilung“ das Komitee der litauischen Roten trotz des Widerspruches von Konstantin Kalinowski auf und zwang der roten Partei die Verpflichtung auf, eine bewaffnete Insurrektion nicht ohne Beratung mit der „Abteilung“ als der legitimen Regierung zu

beginnen. Ein Manifest in polnischer Sprache wandte sich an die Polen und sprach sich für eine Union aus. Gleichzeitig wurden die „Roten“ als Führer zu den einzelnen Partisanenhaufen geschickt, die ihr eigenes Revolutionsprogramm verfolgten. Die Weissen verloren damit die Kontrolle über die ganze Untergrundbewegung. -

Der 30. April 1863 wird offiziell als Termin des bewaffneten Aufstandes in Litauen angesehen. Doch flammten da und dort schon im Februar Kämpfe auf. Der Motor der Erhebung in der Zemaitija war der 35jährige Pfarrvikar von Paberze im Bezirk Panevezys, Anton Mackiewicz. In Wilna hatten die „Roten“ eine heimliche Druckerei. Sie druckte die beiden von Kalinowski herausgegebenen Zeitungen: „Aukso Cromata“ (die goldene Botschaft) in litauischer und „Muzyckaja Prawda“ (die bäuerliche Wahrheit) in weissruthenischer Sprache.

An diesem Aufstand nahmen in Litauen neben Adligen und Geistlichen auch Handwerker und Gutsarbeiter teil, während die Bauern in Anbetracht der zwei vergangenen Jahre seit Aufhebung der Leibeigenschaft kühler blieben. In der Zemaitija und im Kreis Panevezys nahmen aber auch Bauern teil. Die Bewaffnung der Aufständischen bestand aus Jagdgewehren, Sensen und anderen Werkzeugen. Diese Partisanen versammelten sich in den Wäldern, sie hatten einen gut organisierten Nachrichtendienst bis nach Warschau und St. Petersburg. Ihre Offiziere, meistens arme Adlige und Geistliche, kamen von geheimen Revolutionsschulen in Italien und sonst woher. Die Befehle wurden in litauischer Sprache gegeben. Diese Revolution war national und sozial zugleich. Besonders in der Zemaitija war es gleichsam ein Volkskrieg, in den größeren Städten aber blieb die russische Armee unbehelligt.

Da nun die Roten den Kampf begonnen hatten, fand der Adel keine freundlichen Worte für die Führer der Volkspartei, obwohl diese in ihren Manifesten alle Schärfen gegen

den Adel vermieden. Besonders gehasst wurden Konstantin Kalinowski und Peter Cepavicius.

Die Roten hatten in Litauen den Aufstand in der Erwartung begonnen, dass ihnen die europäischen Revolutionäre im Kampf gegen Russland beistehen könnten. Vor allem hofften sie auf die Freischärler des italienischen Revolutionärs Garibaldi, die aber nicht kamen. Auch erreichten die Waffen, die man in England durch den russischen Revolutionär Bakunin gekauft hatte, nicht ihre Bestimmungsorte. Die meisten Schiffe, die die Waffen vor allem nach dem Hafen Palanga bringen sollten, erreichten niemals litauischen Boden, da die preussischen Beamten es verhinderten. Für Waffenkäufe gaben die litauischen Insurgenten insgesamt 8 Millionen Gulden aus. Andere Geldmittel wurden im Ausland, insbesondere in London und Paris, für den Druck von Flugblättern ausgegeben, und um die europäische Presse zu „interessieren“. Überhaupt wollte auch die litauische Adelspartei am diplomatischen Spiel teilnehmen. Deshalb wurde ein litauischer Sekretär beim diplomatischen Hauptagenten der Polen in Paris, dem Fürsten Wladislaw Czartoryski, ernannt.

Was nun die militärische Führung des bewaffneten Aufstandes als solcher anbetrifft, so ernannte das Wilnaer Komitee, die sog. Abteilung zur Verwaltung der Provinzen Litauens, gleich nach dem Ausbruch der Rebellion, den Polen Oberst Sigismund Sierskowski zum Oberbefehlshaber. Er war ein Repräsentant der „Volkspartei“ und russischer Generalstäbler, der seinen Abschied aus der russischen Armee nahm und nach Wilna reiste. Sein Plan sah eine gleichzeitige Erhebung von Litauen und Weissrussland vor.

Das von geringen russischen Streitkräften besetzte Dünaburg sollte als Schlüssel nach Litauen von den Rebellen genommen werden. Die Hauptmacht sollte in der Zemaitija konzentriert, Palanga als Hafen und Tür zur Welt offen ge-

halten werden, wobei die schon erwähnte Hoffnung auf Caribaldi-Anhänger sowie auf eine Intervention Englands und Frankreichs in Rechnung gestellt wurde. - Wir werden über die Haltung der einzelnen europäischen Grossmächte kurz zu berichten haben.

Allein die Hoffnungen auf eine Erhebung der Weissruthenen sowie der Russen und Tataren - Kieniewicz ging nach Kasan, um die dortige Bevölkerung aufzuwiegeln - schlugen fehl. Auch haben wir schon gehört, dass die Waffentransporte von London nach Palanga, die vor allem der Oberst Lapinski leitete, die Rebellenarmee nicht erreichten, da eine Landung in Palanga unmöglich war. Die Aufständischen mussten also zusehen, dass sie Waffen erbeuteten. Sierskowski griff deshalb zwischen dem 25.-27.4. einen Waffentransport der Russen bei Kraslowo (SO von Dünaburg) an, musste sich aber auf Birzai zurückziehen. Er selbst wurde verwundet gefangen genommen und schliesslich in Wilna erhängt.

Darauf gingen Mackiewicz, Laskowski und die anderen Partisanenführer in die Wälder und änderten ihre Taktik. Sie kämpften länger als die polnischen Insurgenten, zum Teil bis Juni 1864. Aber der Aufstand war eigentlich schon misslungen, vor allem war für die Rebellen in Litauen und Polen die Haltung des westlichen Nachbarn, des Königreiches Preussen, entscheidend. - Preussen konnte als Teilungsmacht und als Staat, der in den Provinzen Posen und Westpreussen einen starken polnischen Bevölkerungsanteil besass, dem ausbrechenden Aufstand nicht unbeteiligt zuschauen. Die Meinung der führenden Kreise in Preussen fasste eine Denkschrift des Diplomaten Theodor von Bernhardt zusammen, der im Februar 1863 schrieb, es sei Preussens Aufgabe, die Wiederherstellung eines polnischen Staates zu verhindern. Da eine Emanzipation Polens von der russischen Herrschaft nicht erfolgen dürfe, bevor die Germanisierung von Posen vollendet

und Deutschland unter Preussens Führung fester geschlossen sei, musste Preussen eingreifen, um den Aufstand in Polen niederzuschlagen. Und das war auch der Gedanke des preussischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, der in diesem Sinne zu handeln entschlossen war.

Nach Ausbruch des Aufstandes hatte der neue russische Gesandte von Oubril bei seiner Antrittsaudienz dem König gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, dass die preussische Regierung, wenn sie darum angegangen, polnische Überläufer festnehmen würde, und dass sein Hof, welche Ausdehnung der Aufstand auch immer nehmen möge, auf eine günstige Haltung Preussens zählen könne. Der König sagte beides zu. Daraufhin wurden am 29. Januar die Reserven von 4 preussischen Armeekorps einberufen und diese dem Oberbefehl des Generals von Werder unterstellt.

Um die preussischen Interessen während des polnischen Aufstandes besser wahrnehmen zu können, wurde am 2. Februar auf Anregung des preussischen Kriegsministeriums der Generaladjutant des Königs, General Gustav von Alvensleben, nach Petersburg geschickt. Er war ein Reaktionär reinsten Wassers, ein Stockkonservativer, der für Verständigung mit Russland eintrat, was ihn am Zarenhofe nur empfehlen konnte. Hier unterzeichnete er, von seinem König und auch von Bismarck dazu ermächtigt, am 8. Februar eine Konvention mit Gortschakow, nach der die Truppen beider Staaten sich gegenseitig bei der Niederwerfung der Insurrektion unterstützen sollten. Auch durften nach diesem Geheimabkommen die Truppen im Bedarfsfalle bei der Verfolgung flüchtiger Polen die beiderseitigen Landesgrenzen überschreiten. Was hat nun Bismarck bewogen, diese Konvention abzuschliessen? In seinen Gedanken und Erinnerungen bezeichnet Bismarck diese Konvention als einen im Kabinett des russischen Kaisers erfochtenen Sieg der preussischen Politik über die polnische. Mag diese Dar-

stellung übertrieben sein, so darf man doch nicht vergessen, dass Bismarck mit diesem Abkommen eine völlig klare Linie in der Aussenpolitik verfolgte - die Freundschaft mit Russland. Zudem war für ihn ein selbständiges Polen gleichbedeutend mit einer französischen Armee an der Weichsel. Auch kannte er aus seiner Petersburger Gesandtenzeit die Tendenzen am Zarenhof, Polen aufzugeben, als letzten friedlichen Versuch, in ein nur dynastisch mit Russland verbundenes Polen einzuwilligen. Das hätte eine Anlehnung der russischen Politik an Frankreich ermöglicht, was vor allem Gortschakow befürwortete.

Wie aber stellte sich Frankreich, seit je der Mentor der polnischen Freiheitsbestrebungen, zu den Ereignissen in Polen, die die bisher angebahnten guten Beziehungen zu Russland zu gefährden drohten? Dem Kaiser Napoleon III. war dieser Aufstand sehr ungelegen gekommen. Nun standen aber die französische Presse und die öffentliche Meinung völlig auf Seiten der Insurgenten, und die beiden Richtungen, die sich in der französischen Politik bekämpften, die nationale und die klerikale, waren sich in der polnischen Frage einig. Die Regierung wollte jedoch alles vermeiden, was Russland verärgern konnte. So missbilligte die ministerielle Presse den Aufstand als mindestens unzeitgemäss und hoffnungslos, und der Kaiser Napoleon bezeichnete die Rekrutierung als eine sehr vernünftige Massnahme. So war denn auch die aristokratische Partei der polnischen Emigranten genötigt, den Aufstand zu verurteilen. Bald darauf teilte jedoch der erste Geheimsekretär des französischen Kaisers dem Fürsten Czartoryski mit, dass der Aufstand länger dauern müsste, da plötzlich Aussicht auf europäische Unterstützung der polnischen Sache vorhanden sei. Denn inzwischen hatte Napoleon von der Unterzeichnung der preussisch-russischen Konvention erfahren, und das wurde für ihn zum Anlass zu einer anderen

Politik - nämlich die polnische Frage als Deckmantel für eine Rheinpolitik gegen Preussen zu benützen.

Am 21. Februar bot er der österreichischen Regierung ein Bündnis an. Damit verband er einen Plan, der die Landkarte Europas völlig umgestalten sollte. Jeder beteiligte Staat sollte Gebietsteile im Austausch für andere hergeben, Frankreich dabei das linke Rheinufer ohne territoriale Kompensation gewinnen. Unter anderem war die Errichtung eines unabhängigen Polen geplant, das von Russland Kongresspolen, von Preussen Posen und von Österreich Galizien erhalten und natürlich, was nicht ausgesprochen wurde, Frankreichs Bundesgenosse werden sollte. Aber Österreich lehnte diesen Plan ab, der damit unter den Tisch fiel. - Wie stellte sich überhaupt die Donaumonarchie zu der durch den polnischen Aufstand geschaffenen Situation? Österreich war als Teilungsmacht in einer anderen Lage als Frankreich. Zudem konnte ihm als Nationalitätenstaat jede nationale Erhebung gefährlich werden. Trotzdem schien nach Ausbruch des Aufstandes die Haltung des Kaiserreiches zweifelhaft. Graf Rechberg, der Minister des Auswärtigen, unterstrich wohl die Bereitwilligkeit zum Zusammenwirken der österreichischen und russischen Behörden und Streitkräfte und sagte zu, dass Zuzüge aus Galizien nach dem Königreich Polen zu den Insurgenten möglichst verhindert werden sollten. Doch blieb in Galizien alles ruhig, und in Warschau hatte man nach Bismarcks Informationen den Eindruck, als begünstige das Wiener Kabinett die Insurrektion. Die Wiener Presse gebärdete sich polenfreundlich und antirussisch. Auch genossen die katholischen Polen in Wiener Kreisen grosse Sympathien. Bezeichnend war die Geste des Kaisers Franz Joseph, der für die Restaurierung der die Gräber verschiedener Mitglieder der Familie des Königs Johann Sobieski von Polen bergenden Zolkiewer Pfarrkirche 200 Dukaten spendete. Jedenfalls

wollte Österreich von einer Politik der Solidarität der Teilungsmächte nichts wissen, sondern schaute auf die Haltung der Westmächte, vor allem die Englands.

In England sympathisierte die öffentliche Meinung mit der polnischen Freiheitsbewegung. Die englische Aussenpolitik aber wünschte keine Wiederholung des Krimkrieges. Sie unterstützte Napoleon und Österreich bis zu einem gewissen Grade, sie tat auch direkte Schritte in Berlin und St. Petersburg zu Gunsten Polens, aber sie fühlte keine Verpflichtung, ihre staatliche Kraft voll einzusetzen. Zwar hatte der englische Premier, Lord Palmerston, zu allen Zeiten das russische Festsetzen an der Weichsel als mit den wahren Prinzipien des Gleichgewichtes in Mitteleuropa unvereinbar erklärt, andererseits aber wollte sich die britische Regierung nicht an Frankreichs Wagen spannen lassen. Im Gegenteil, man setzte sich in London zum Ziel, die gefährliche russisch-französische Allianz zu zerschlagen, was auch gelang.

Das nun folgende diplomatische Ränkespiel können wir nicht in allen Einzelheiten verfolgen, so interessant und aufschlussreich es auch sein mag. Jedenfalls beschäftigte die polnische Frage die europäischen Kabinette, - und schliesslich ging es kaum noch um Polen und schon gar nicht um das Schicksal Litauens, sondern es ging um die Interessen der europäischen Grossmächte, deren Mannigfaltigkeit wir kurz angedeutet haben. Bei den sich nun anschliessenden Verhandlungen versuchte jeder Staat möglichst viel für sich herauszuholen. Englands Haltung erwies sich am Ende als entscheidend, denn während es offiziell den Schritten Frankreichs und Österreichs in Berlin und vor allem Petersburg zustimmte, arbeiteten die englischen Diplomaten insgeheim diesen Vorstössen entgegen.

Als schliesslich die drei Mächte - Frankreich, Österreich und England - am 10. April einen Protestschritt in Petersburg unternahmen, war die französische Note die schärfste, die österreichische die mildeste, nämlich eine ganz allgemein gehaltene Empfehlung. Frankreich erklärte alle bisherigen Versuche, Polen zu befriedigen, für ungenügend, auch diejenigen Alexanders I. Das machte Gortschakóws Verständigungspolitik ein Ende, der es nun als sein Ziel ansah, die Koalition des Krimkrieges nicht zur Entwicklung kommen zu lassen. Deshalb wies die russische Antwort vom 26. April jede fremde Einmischung zurück, während ein kaiserliches Manifest vom 12. April den Noten der Westmächte die Spitze abzubrechen versuchte. In ihm verkündigte der Zar eine Amnestie für die polnischen Aufständischen.

Natürlich hatte die fremde Einmischung dem Aufstand neue Kräfte verliehen. Aber sie bewirkte auch den Durchbruch des verletzten Nationalgefühls in Russland. Und auf die patriotische Empörung innerhalb Russlands musste sogar die zaristische Regierung Rücksicht nehmen. Den Umschwung zeigte in Litauen deutlich die Ernennung des früheren Domänenministers Murawjew zum Generalgouverneur von Wilna anstelle des Generals Nazimow. Über das Wirken dieses „Henkers“ - wie er genannt wurde - wird noch zu sprechen sein. In Polen wurde Wielopolski in seinem Einfluss durch General Grafen Berg zurückgedrängt. Das war ein Sieg der Gegner der Versöhnungspolitik. Wielopolskis Stellung wurde schwierig, galt er doch bei Polen und Russen gleichermaßen als Verräter. Er wurde am 7. Juli beurlaubt und Berg zum Vorsitzenden im Staatsrat ernannt. Aussenpolitisch verschärften sich die Beziehungen zwischen Russland und Frankreich, da die Westmächte in neuen Noten am 18. Juni von Russland folgendes verlangt hatten:

1. Eine allgemeine Amnestie.
2. Eine polnische Nationalvertretung nach den Bestimmungen von 1815.
3. Eine autonome nationalpolnische Verwaltung nach dem Vertrauen des Landes.
4. Volle Gewissensfreiheit und Aufhebung der Beschränkung für die katholische Kirche.
5. Anerkennung der polnischen Sprache als Amtssprache.
6. Einführung eines gesetzlichen Rekrutierungssystems.

Gortschákóv sah weniger in den Forderungen die Hauptschwierigkeit, sondern in der Unmöglichkeit eines Waffenstillstandes mit Rebellen. In seiner Antwortnote vom 13. Juli behauptete nun der russische Kanzler, dass Paris ein Hauptherd der revolutionären Agitation sei. Ohne sie hätte die polnische Bewegung ein Ende gefunden. Daraufhin bestritt der französische Aussenminister Drouyn de Lhuys in seinen Noten vom August, dass der Aufstand nur ein Werk der Demagogie sei. Vielmehr sei er die Folge eines Zustandes, der fast 100 Jahre andauerte. - Diese Sprache roch nach Pulver, es bestand tatsächlich Kriegsgefahr, zumal Gortschákóv am 7. September die Diskussion einfach für geschlossen erklärte. Er konnte es in der Überzeugung tun, dass es für Frankreich in diesem Jahre für einen Krieg zu spät war. Montebello, der Botschafter Napoleons, wurde daraufhin aus Petersburg abberufen, doch England blieb passiv und Österreich hielt sich sowieso zurück.

Die russisch-französische Entente war damit zerrissen, aber auch die englisch-französische Allianz zerbrach, als nämlich England Napoleons Vorschlag zu einem europäischen Kongress ablehnte. Damit war Polen geopfert, der Aufstand erlahmte immer mehr, wenn auch die „Weissen“ im Oktober nochmals einen Diktator, den gemässigten Oberstleutnant Pomuall Traugut, einsetzten. Nach der Abberufung des Grossfürsten

Konstantin wurde Berg am 31. Oktober zum Statthalter ernannt. Der Aufstand erlosch, seine Führer, unter ihnen Traugut, fielen am 21. März 1864 in die Hand der Russen und wurden als Rebellen hingerichtet.

Was nun die Ergebnisse in Litauen anbetrifft, so war hier das Kriege-recht von den Russen schon am 5. August 1861 verkündet worden. Demgemäss standen etwa 40 - 60 000 Mann russischer Truppen in Litauen, deren Stärke später auf 90 000 erhöht wurde. Als dann der Aufstand auf Litauen übergriff und es auch klar wurde, dass die europäischen Grossmächte *nicht* intervenieren würden, ernannte der Zar, wie bereits erwähnt, am 13. Mai 1863 den General Michael Nikolajewitsch Murawjew zum neuen Generalgouverneur von Wilna. Über die Stimmung, die damals in Petersburg herrschte, berichtete der neue Generalgouverneur, die Regierenden befürchteten nicht nur den Verlust Litauens, sondern die Verbreitung demokratischer Grundsätze. In Litauen selbst ergriff Murawjew scharfe Massnahmen. Auf dem Lukiski-Platz in Wilna liess er einen Galgen errichten, an dem viele Aufständische öffentlich gehängt wurden. In den einzelnen Kreisen wurden den Kreischefs Gendarmeriekompanien beigegeben, Feldgerichte und Untersuchungskommissionen eingesetzt und zur Verfolgung der Rebellen besondere Heeresverbände geschaffen. Zudem wurden den Klöstern, den Pfarrern, Adligen und anderen Vermögenden Geldkontributionen auferlegt. Die Bauern wurden jedoch *nicht* unterdrückt, da die Russen die Wichtigkeit des Bauernstandes in Litauen erkannten und ihn zu gewinnen trachteten. Hatte die sogenannte polnische Nationalregierung schon zu Beginn des Aufstandes im Januar 1863 den Bauern Landbesitz versprochen und die Abschaffung aller Fron-dienste proklamiert, so schaffte ein Erlass des Zaren vom 1. März 1863 ebenfalls die Fron-dienste in Litauen, aber *nicht* im übrigen Russland ab. - Als dann Kalinowski in der „Mu-

zickaja Prawda“ die Hintergründe der vom Zaren im April verkündeten Amnestie erklärte, erliess Murawjew einen Aufruf an die Bauern in litauischer, polnischer und weissruthenischer Sprache, in dem er ausführte, der *Adel* trete für Frondienste ein, der *Zar* aber habe sie abgeschafft. Diese Propaganda hatte allerdings nur in den weissruthenischen Gebieten Erfolg.

Murawjew blieb es auch nicht verborgen, dass die landlosen Bauern aktiver an der Rebellion teilnahmen, während sich die Landbesitzer zurückhielten. Deshalb bekamen 9 309 Landarbeiter Land, doch wurde diese Aktion zum 1. Januar 1865, als der Aufstand niedergeschlagen war, eingestellt. Vor allem wollte man die Bauern gegen die polnischen Gutsbesitzer ausspielen.

Was die katholische Geistlichkeit anbetrifft, die sich zum Teil führend am Aufstand beteiligte, so begannen die von Murawjew angeordneten Exekutionen mit der Erschiessung zweier Priester. auch wurden die katholischen Bischöfe von Zemaitija und Wilna aufgefordert, in Hirtenbriefen die Aufständischen zu verdammen. Der Bischof von Zemaitija, Valancius, kam dieser Aufforderung nach, während der Wilnaer Bischof Krasinski für seine Weigerung nach Russland verbannt wurde.

Besonders hart verfuhr der Generalgouverneur mit seinen Standesgenossen, dem Adel. Er verlangte, dass die Adligen dem Zaren öffentliche Treue schworen und erhielt auch am 8. August 1863 eine Loyalitätserklärung von 235 Adligen. Die den Adligen auferlegten Kontributionen mussten innerhalb von zwei Wochen gezahlt werden. Die deutschen und russischen Gutsbesitzer brauchten nur die Hälfte der Summe zu zahlen. Waren sie jedoch mit Katholiken, also Polen, verheiratet, so mussten sie den vollen Betrag entrichten. Ausserdem mussten die Adligen die Vorratslager der russischen Armee füllen,

und die Kosaken konnten bei ihnen Pferde requirieren. Alle diese Massnahmen trafen den Adel schwer, vor allem, da die meisten Gutsbesitzer nur über geringe Barmittel verfügten, die zur Begleichung der Kontribution nötig waren. Kein Wunder, dass die Adligen die ersten waren, die den Widerstand aufgaben. Die Wilnaer und Kownoer Gutsbesitzer begannen damit, und die anderen folgten. Sogar Kalinowski, selber bekanntlich ein „Roter“, erliess einen Aufruf, in dem er empfahl, die Loyalitätserklärung für den Zaren zu unterzeichnen. Ende August versprach der Zar in einem Manifest allen Rebellen, die die Waffen niederlegten, eine Amnestie. Ein Grossteil tat es und ging heim, Am längsten hielt sich der Pfarrer Mackiewicz mit seinem Haufen. Als er schliesslich auf der Flucht nach Ostpreussen über den Memelfluss setzte, wurde er gefangen und im Dezember 1863 in Kowno erhängt. Wenn sich auch noch einzelne Rebellentruppen bis Juni 1864 hielten, war doch der Aufstand mit Mackiewicz's Tode praktisch zu Ende. Interessant ist folgende Aufstellung des Generalgouverneurs, die den Aufstand in Litauen nochmals kurz zusammenfasste:

Das Gouvernement Grodno - Gardinas - revoltierte 1.1.1863,
Leitriet am 28. Okt. 1863, 49 Gefechte;

Das Gouvernement Wilna - Vilnius - 3.2.1863 - 21.Okt.1863,
38 Gefechte;

Das Gouvernement Kowno - Kaunas - 27.2.1863 - 23.Juni 1864,
120 Gefechte.

Dieses Gouvernement umfasste insbesondere die Zemaitija;

Das Gouvernement Suwalkai, das ja zu Polen gehörte,
21.1.1863 - 22. April 1864, 17 Gefechte.

Während die Russen - wie schon erwähnt - etwa 90 000 Mann an Truppen einsetzten, schätzte die Regierung die Zahl der Rebellen auf etwa 77 000; polnische Quellen sprechen da-

gegen von 3-6 000 Aufständischen *in jedem Monat* - und der litauische Historiker Janulaitis von 8-15 000 Mann.

Über die Verluste der Rebellen veröffentlichte Murawjew folgende Liste:

nach dieser wurden 129 Rebellen mit dem Tode bestraft,
972 erhielten Zuchthausstrafen,
1 427 kamen nach Sibirien,
1 528 wurden in die näheren Gebiete Russlands verbannt,
345 wurden ins Heer gesteckt,
864 verhaftet und 4 096 nach Russland zwangsumgesiedelt.

Das sind zusammen 9 361, zu denen noch die Rebellen gerechnet werden müssen, die im Kampfe fielen oder verletzt wurden - man schätzt ihre Zahl auf 1 300 Mann - und diejenigen, die in der Provinz erschossen wurden, und von deren Exekutionen die Kanzlei des Generalgouvernements nichts wusste. Ebenso wenig ist die Zahl der Flüchtlinge, die ins Ausland gingen, bekannt. 1 794 landwirtschaftliche Anwesen wurden beschlagnahmt, aus der Diözese von Zemaitija 66 Pfarrer verbannt. Völlig vernichtet wurden u.a. die Dörfer Ibenai, Uspaliai und Miskariciai. - Die russische Armee verlor 1 400 Mann an Toten und Verwundeten.

Für Russland aber wurden die Erfahrungen von 1863 die Ursache zu einer Schwenkung seiner gesamten Politik. Nach dem Aufstand wurde Russlands Aussenpolitik von der Ideologie der konservativen Interessen bestimmt und das Zarenreich richtete die Neuorganisation Polens nach dem Gedanken aus, dass „die liberalen Prinzipien zugleich auch den nationalen Ansprüchen einen gefährlichen Auftrieb“ geben. Die liberale Richtung, die in dieser Zeit der grossen russischen Reformen neben der radikal-bürokratischen bestand, wurde ausgeschieden.

Auch die litauischen Gouvernements sollten diese Tendenzen verspüren. Denn nach der Unterdrückung der Insur-

reaktion wurde das Land scharf russifiziert. Verständlicherweise antwortete das Land auf diesen Druck mit Widerstand. Während aber vor 1863 der Widerstand vor allem vom polnischen Adel Litauens ausging - wurde *nach* 1863 der Kampf von der neuerstehenden litauischen Intelligenz geführt. Gerade den Kampf gegen die polnischen Gutsbesitzer führte der Panslawist Murawjew in der Annahme, dass nach Vernichtung der polnischen Oberschicht Litauen leichter russifiziert werden könnte. Aber da die Politik der russischen Behörden auch die Religion und die Sprache antastete, - bekanntlich wurde damals den Litauern der Gebrauch der lateinischen Buchstaben verboten, - rief sie den Widerstand des katholischen Bauernvolkes hervor. Dieser Kampf führte zum Erwachen des litauischen Nationalbewusstseins. Auch das litauische Volk trat in der Folgezeit in den Kreis der europäischen Nationen und meldete sein Lebensrecht an.

DER VIELVÖLKERSTAAT UND SEINE PROBLEME, ERLÄUTERT
AM BEISPIEL DER STAATENBILDUNGEN IN OSTEUROPA
NACH DEM 1. WELTKRIEG.

DR. W. MARKWARDT, MÜNCHEN.

Der Probleme in einem Vielvölkerstaat gibt es so viele und sie sind so mannigfaltiger Natur, dass ich schon gleich zu Anfang meine Zuhörer bitten möchte, keine erschöpfende Behandlung dieses Themas heute von mir zu erwarten. Ich vermag lediglich einzelne hervorstechende Momente aus dem grossen Komplex herauszuheben und im grossen Ganzen nur die Anregung zu geben, dass der Zuhörer sich selber an dem Studium einer Frage begeistert, die für die Welt unserer Väter von entscheidender Bedeutung war, von unserer Generation zu leicht genommen wurde und hoffentlich von unseren Kindern einem guten Ende zugeführt wird. Denn die Probleme des Vielvölkerstaates sind heute im sogenannten Zeitalter des Nationalstaates aktueller denn je und harren der Lösung, wenn die Schrecken zweier Weltkriege nicht umsonst gewesen sein sollen.

Gleichzeitig will ich bemüht sein, gerade die Probleme des Vielvölkerstaates aufzugreifen, die auch Probleme unserer verlorenen Heimat gewesen sind, um ein geistiges Band zu knüpfen zwischen unseren Bemühungen hier und unserem Erleben in den Grenzen der jungen litauischen Republik, die auch den von mir zu behandelnden Problemen verhaftet war.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung der europäischen Staatenwelt zum Nationalstaat beginnen.

Unter Nation wird im allgemeinen ein Volk als Einheit der Abstammung, der Sprache, der Kulturüberlieferung, insbesondere als Träger gemeinsamer geschichtlicher Schicksale verstanden. Ein Nationalstaat ist somit ein Staat, der von einem Volk bewohnt wird. Deutsche Denker, vor allem der klassischen und romantischen Zeit, wie z.B. Herder, Möser, Arndt und Fichte, betonten bei der Definition des Wortes Nation besonders die volkhafte-kulturelle Seite. Im 19. Jahrhundert setzte sich dann aber die französische politische Auffassung durch, dass Nation eine Willensgemeinschaft sei, die auf ein einheitliches, gemeinsames Staatswesen gerichtet wäre. Nach dieser Auffassung konnte eine Nation auch aus zwei verschiedenen Völkern bestehen, z.B. Schweiz, Belgien, wenn diese den *Willen* zu einem Staate hatten. Renan hat dieser Ansicht mit den Worten Ausdruck gegeben: „Die Nation ist ein sich täglich wiederholendes Plebiszit“. Diese scharfe Formulierung Renans wurde gewissenmassen zum Parisapfel, der Zwietracht säen sollte innerhalb der Grenzen alter und geordneter Staaten mit verschiedenen Völkern und auch zwischen einzelnen Staaten.

Zwischen Staaten, sie zwar nur ein Volk beherbergten, also Nationalstaaten waren, die aber an ihren Grenzen „wunde“ Stellen hatten, d.h. umstrittene Gebiete, deren Bevölkerung nicht einwandfrei als dem einen oder anderen Volke zugehörig betrachtet werden konnte.

Als Beispiel für einen solchen Fall können wir hier das Schicksal der Elsässer anführen: Der Abstammung und der Sprache nach waren und sind die Elsässer einwandfrei Deutsche. Als geschichtliches Schicksal tragen sie deutsches und französisches Erbe mit sich. Das Plebiszit, die Abstimmung, zu welchem Volke sie gehören möchten, hat ihnen die Geschichte versagt. - Aber auch als nationalbewusste Deutsche, die wir mit Ehrfurcht auf dem Strassburger Münsterturm den Spuren

Goethes folgen, müssen wir zugeben, dass eine Abstimmung gegen uns aussagen würde ...

Die Elsässer *wollen* heute Franzosen sein - und wenn wir ernstlich dem Problem des Vielvölkerstaates zu Leibe rücken wollen, wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen wollen und wenn ein zu bauendes Vielvölker-Europa Bestand haben soll, dann müssen wir dieser Tatsache auch Rechnung tragen ...

Das Gleiche hat Gültigkeit - wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen - für das Schicksal des Memellandes. Hier wurde auch eine Grenzbevölkerung nicht gefragt, als sie dem jungen litauischen Staat zugesprochen wurde. Und so sehr auch die litauische Geschichtsschreibung und Politik die sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Einheit des Memellandes mit Litauen zu untermauern suchte, - es lässt sich nicht hinwegdiskutieren, dass das zitierte tägliche Plebiszit der Memelländer - auch der litauisch sprechenden - nach Renan gegen Litauen aussagte. - Gerade die Leser der „Lietuviška Ceitunga“ im Memelgebiet waren diejenigen, die den Ausschlag gaben für die grosse deutsche Mehrheit im memelländischen Landtag, und das, obwohl ihre Muttersprache nicht Deutsch, sondern Litauisch war. - An dem Beispiel der Memelländer und Elsässer (wir könnten dieses Beispiel noch erweitern durch Zitieren der Masuren und polnisch sprechenden Oberschlesier) haben wir schon ein Problem des Vielvölkerstaates vorweggenommen. Und zwar das, dass im Zeitalter des Nationalismus nicht der Staat rein statistisch nach der Muttersprache seiner Bewohner deren Volkstum feststellen kann, sondern dass der *Wille* der Bewohner für eine volkstummässige Erfassung entscheidend ist.

Aber kehren wir noch kurz zum Nationalstaat zurück. -

Das Bestreben, die Nation zum Träger eines geschlossenen und souveränen Staatswesens zu machen, beginnt in Europa schon im Mittelalter. Als erste Staaten unseres Kontinents erreichten England und Frankreich dieses Ziel. Es folgte Spanien und im 19. Jahrhundert nach schweren Geburtswehen auch Italien und Deutschland. Der Funke des Nationalgedankens, des Nationalbewusstseins hatte gezündet - und entfachte die Flamme des Nationalismus, die sich in Europa vom französischen Zentrum aus nach Osten bewegte, überall den Nationalstaat fordernd. In Europa finden wir vor dem 1. Weltkrieg acht Staaten, die dem Ideal des Nationalstaates nahezu entsprechen. Es sind dies: Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland.

Alle diese Staaten waren national-homogene Gebilde, d.h. in ihren Grenzen fanden sich nur Angehörige eines Volkes, oder sie hatten so kleine Minderheiten andersvölkischer Bewohner aufzuweisen, dass diese bei der Willensbildung, ein Staat zu sein, ohne Bedeutung bleiben mussten. An der Ostgrenze dieser Staaten aber, angefangen oben beim Memelgebiet und endend an der adriatischen Küste bei Triest, hörte die klare und übersichtliche Scheidung zwischen einzelnen Völkern und Staaten auf. Hier begann die völkische Gemengelage, die eine reinliche Trennung verschiedener Völker auf ethischer Grundlage nicht zuließ, hier musste der nationale Gedanke, wenn er sich zum Nationalismus steigerte, zum Sprengkörper werden, der jahrhunderte alte Staaten zerstörte, das Zusammenleben verschiedener Völker, Rassen und Stämme vergiftete und Zwietracht unter den Staaten säte ...

Wenn wir wieder einen Blick auf die Karte werfen, stellen wir fest, dass der ganze gewaltige mittel- und osteuropäische Raum vor dem 1. Weltkrieg hauptsächlich von zwei grossen Staaten beherrscht war: - von Österreich-Ungarn und Russland.

Beide Staaten waren Vielvölkerstaaten. Neben ihnen existierten noch die Kleinfürstentümer Rumänien, Bulgarien, Montenegro und Serbien. Alles kleine homogene Nationalstaaten, die aber an die beiden Grossmächte nationale Ansprüche stellen konnten und stellten, und somit die Probleme des Vielvölkerstaates den beiden grossen Kaiserreichen fühlbar machten.

In diesem Raum, der von zwei grossen Staaten und vier Kleinstaaten gedeckt war, wohnten aber insgesamt 20 verschiedene Völker: Finnen, Schweden, Esten, Letten, Litauer, Deutsche, Polen, Juden, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Serben, Kroaten, Slowenen, Italiener, Karpatho-Ruthenen, Ukrainer und Russen. Ihre Volkstumsgrenzen überschritten sich, zahlreiche Enklaven erschwerten eine Abgrenzung zwischen den Völkern und wo national zusammenhängende Gebiete sich abzuzeichnen schienen, waren sie doch so von starken Minderheiten andersvölkischer durchsetzt, dass auch hier von einem National-Gebiet oder nationalen Wohnsitz keine Rede sein konnte. Zu dieser nationalen Zersplitterung kam die religiöse hinzu. Die Brüdervölker der Letten und Litauer gehörten verschiedenen Religionen an. Ja, sogar die Grosslitauer und die sogenannten Kleinlitauer waren verschiedener Konfession. Auf allen eben aufgezählten Gebieten siedelten starke russische Volkssplitter, die griechisch-orthodoxen Glaubens waren. Dazu kamen die in Städten und Kleinstädten sehr stark verbreiteten Juden. In Polen fand man römisch-katholische, griechisch-unierte, griechisch-orthodoxe, ev.-lutherische und reformierte Glaubensgenossen in den verschiedensten Schichtungen. Am schwierigsten gestalteten sich aber die Dinge auf dem Staatsgebiet Österreich-Ungarns, wo neben den völkischen, russischen und religiösen christlichen Gegensätzen noch die alte Feindschaft zwischen Christentum und Islam hinzukam.

In dieses Völker-, Rassen-, Religions- und Konfessionsmosaik wollten nun die Vertreter des nationalen Gedankens Ordnung bringen, - auf ihre Weise und wie es der Nationalismus ihnen eingab.

Unter leidenschaftlicher Anteilnahme der ganzen zivilisierten Welt war der moderne Staat der Griechen auf klassischem Boden wiedererstanden. Der 1. polnische Aufstand steigerte die Polenbegeisterung bis zur Ekstase. Der grosse Ranke entdeckte für die gebildete damalige Welt buchstäblich die Serben. Deutsche Philologen nahmen sich der vergessenen Völker und Sprachen des Balkans an - und das vorbildliche Schulsystem der österreichisch-ungarischen Monarchie erweckte schon totgeglaubte Völker zu neuem Leben, ihnen damit das Nationalgefühl und damit auch den Nationalismus schenkend. Österreich-Ungarn trug damit schon den Keim der Zersetzung in seinen durch Jahrhunderte zusammengefügteten Staat, der auf Grund des friedlichen Zusammenwohnens verschiedener Völker und Konfessionen, nicht aber auf Grund ihrer Scheidung und Trennung zusammengehalten werden konnte.

Mit dem Erwachen des Nationalbewusstseins der jungen und vergessenen Völker wuchs die Unruhe im osteuropäischen Raum. Neben die ihre Forderungen vehement und nachdrücklich vortragenden Völker traten plötzlich in Russland die Finnen, die baltischen Völker, die Ukrainer. In Österreich-Ungarn die Rumänen, Slowaken, Slowenen, in Ungarn die Karpatho-Ruthenen, - ein Zweig des 25-Millionen-Volkes der Ukrainer.

Ihre Forderungen zielten vorläufig noch nicht auf eine Eigenstaatlichkeit hin. Dazu war ihre völkische Basis noch zu schmal. Es fehlte die Intelligenz, die politische Führungsschicht, die dieses Hochziel auf ihre Banner geschrieben hätte, und es fehlte auch noch der Widerhall in den eigenen Völkern, die seit Jahrhunderten gewohnt waren, in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Abhängigkeit von ihren Her-

renvölkern, den Deutschen, Russen, Ungarn und auch (wenden wir uns Österreichisch-Polen zu) den Polen zu leben. Die ersten Forderungen zielten lediglich auf eine Kultur-Autonomie hin. Freiheit der Sprache in Kirche und Schule, Freiheit der Sprache vor Ämtern und Behörden, Freiheit in Bezug auf Schulgründungen, um den Kindern einen Unterricht in der Muttersprache zu ermöglichen,

Die innere Gärung, die ganz Osteuropa im Ausgang des 19. Jahrhunderts ergriffen hatte, wurde immer stärker. Mit jedem innen- oder aussenpolitischen Misserfolg der saturierten Vielvölkerstaaten Russland und Österreich-Ungarn stiegen die Forderungen der einzelnen Völker dieser Staaten. Mit jedem Sieg der kleinen Balkanvölker gegen die Türken schlug die nationale Begeisterung in Ost- und Mitteleuropa hohe Wellen. Die in unserer Heimat bekannte „vargo mokykla“, das mühsame Lehren der Kinder, in ihrer Muttersprache zu lesen und zu schreiben ohne Schule und ohne Lehrbücher, war unter allen Völkern des europäischen Ostens unter mehr oder minder schwierigen Umständen ins Leben gerufen worden. Bücher wurden im neutralen Ausland oder in den angrenzenden selbständigen Staaten der Brudervölker gelockt und auf gefährlichen Schmugglerpfaden ins Land gebracht, - dort unter der Hand verbreitet. Diese Arbeit richtete sich hauptsächlich gegen Russland, das seinen Völkern das Drucken in kyrillischen Buchstaben vorschrieb und gegen Ungarn, wo nur das Ungarische vorherrschen sollte, - während in Österreich die Bibel und die grossen Werke der Weltliteratur bald in allen Sprachen vorlagen, die in diesem Staate gesprochen wurden. Alte Sagen und Märchen wurden aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt und jetzt schon in der Sprache der bisherigen mündlichen Überlieferung aufgeschrieben. Trotz aller Widerstände, war das kulturelle Erwachen der vielen Völker nicht mehr aufzuhalten und dem kulturellen Erwachen sollten auch die po-

litischen Forderungen auf dem Fusse folgen. Nach der Niederlage gegen Japan 1904/05 musste Zar Nikolaus II. den Völkern seines Reiches ein privates Schulwesen und den Druck von Büchern in ihrer Sprache zugestehen. In die erste russische Reichsduma zogen neben anderen nichtrussischen Volksvertretern auch sieben litauische Abgeordnete, die bald die Forderung auf nationale Autonomie erheben sollten.

Den Gipfel erreichte diese Entwicklung aber in der Katastrophe des 1. Weltkrieges. Die berühmten 14 Punkte des Präsidenten Wilson, so Punkt 10 und 12, die die autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns und der Türkei nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker forderten, fanden stärksten Widerhall. Jedem Volk seinen Nationalstaat! Was Westeuropa sein Eigen nannte, schien jetzt auch den Völkern Osteuropas zu blühen! Und die Siegermächte Westeuropas, selber im nationalstaatlichen Denken befangen und ohne Kenntnis der völkischen und geographischen Gegebenheiten im Osten, sahen keine Gefahr darin, den in Versailles erscheinenden Vertretern und Abgesandten alles das zu versprechen, was die Krönung ihres Sieges durch ein „Befreiungswerk“ versprach.

Wir alle haben es erlebt, was für ein Unheil angerichtet werden kann, wenn die Politik aus den Kabinetten und Kanzleien auf die Strasse getragen wird, wenn, an und für sich vernünftige, politische Forderungen der Masse, der Beherrscherin der Strasse, verständlich und schmackhaft gemacht werden müssen, und deshalb Programme in Schlagworte umgeprägt werden. Seit der französischen Revolution, seit Aufkommen der „volonté générale“ ist das Schlagwort aus der Politik, besonders in Spannungszeiten, nicht mehr wegzudenken. Und auch die Sieger von 1918 waren nicht frei von der Sucht, ihre Politik durch den Beifall der Massen gutheissen zu lassen. Auch sie suchten nach Schlagworten, die einprägsam und wirkungsvoll waren. - Und das Einprägsamste,

aber auch Unheilvollste - wir wollen einschränken: für den Osten - wurde von ihnen mit dem sogenannten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ geprägt. Es war so einleuchtend und so klar, wenn man feststellte und verkündete, dass jedes Volk seinen Staat haben sollte, wenn es ihn nur wollte. Über das wie machte man sich keine Gedanken, und war nur erstaunt, als am Ende des vermeintlichen Befreiungswerkes genau soviel verbitterte und unzufriedene Völker übrig blieben, wie vor der vermeintlichen Befreiungstat. Ziel blieb die Zerschlagung des „Völkergefängnisses Österreich-Ungarn“, dieses „widernatürlichen Staates“, der auf Sklaverei aufgebaut war. Es störte die Sieger wenig, dass ihr eigener ehemaliger Verbündete Russland genau so ein Nationalitätenstaat gewesen war wie Österreich-Ungarn. - Sehr zum Kummer der russischen Emigranten, die immer noch auf ein baldiges Zusammenbrechen des bolschewistischen Regimes hofften, erkannten die Alliierten sehr bald auch die auf ehemals russischem Territorium sich bildenden Staaten an.

Wie wurde nun die osteuropäische Karte geändert und wie sahen diese neuen Nationalstaaten aus, die nach 1918 das Licht der Welt erblickten?

Als erstes fällt auf, dass auf dem Gebiet der Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn und Russland lediglich zwei neue Nationalstaaten entstanden: nämlich die Namensnachfolger der Doppelmonarchie Österreich und Ungarn selbst. Alle anderen Staaten blieben das, was Österreich-Ungarn und Russland gewesen waren - Vielvölkerstaaten, deren Entstehung unter schweren Geburtswehen vor sich ging und deren politische Rechtfertigung lediglich unter Umgehung des von den Siegern unter Fanfarentönen verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker möglich war. Neben den Vielvölkerstaaten, die wir gleich aufzählen werden, entstanden noch Staaten,

diewir als Grenzfälle zwischen Nationalstaat und Vielvölkerstaat stellen möchten, weil ihre starken völkischen Minderheiten, sowie deren traditionsreichere und höhere Kultur gegenüber dem neuen Herrenvolk ein Unterordnen ohne Widerstand nicht erlaubte. Ich möchte für diese Staaten den Ausdruck „Minderheitenstaaten“ prägen. Denn nach dem Völkerrechtler Alfred Verdross hat das Minderheitenrecht „den bisher stärksten Einbruch in die Souveränität der Staaten über ihre eigenen Angehörigen“ erzielt, damit also die Souveränität eingeschränkt.

Als Ausgeprägte Vielvölkerstaaten waren anzusprechen:

1. *Die Tschechoslowakei.*

In die Tschechoslowakei z.B. wurden gegen ihren Willen 3 Millionen Sudetendeutsche gepresst und 2,22 Millionen Slowaken mehr oder weniger mit sanfter Gewalt einverleibt. Ebenso verfuhr man mit ca. 660 000 Karpatho-Ruthenen, die allerdings anfänglich die neue Ordnung begrüßten, weil sie ihnen Befreiung von dem verhassten Druck der Ungarn versprach.

2. Ebenfalls ein Nationalitätenstaat, der auf der Vorherrschaft eines Volkes, der Serben, begründet wurde, war auch *Südslawien*. Hier sollte der Kampf, den die stets habsburg-treuen katholischen Kroaten gegen die Ungarn geführt hatten, seine Fortsetzung finden in ihrem Kampf gegen Belgrad, wo sogar im Parlament Schüsse fielen und die Diktatur des Königs den parlamentarischen Anfängen ein baldiges Ende bereiten sollte.

3. Die *Rumänen* einverleibten ihrem Königreich 1/2 Million Szekler, in deren Behandlung sie sich angelegen sein liessen, all' das an Unterdrückung und Schikanen heimzuzahlen, was ihnen von Seiten der Ungarn widerfahren war, als diese noch das Siebenbürgenland beherrschten.

4. Auch *Polen* möchten wir zu den Vielvölkerstaaten zählen. Denn das Herrenvolk der Polen erreichte lediglich 68,9% von der Gesamtbevölkerung. Ukrainer, Weissrussen und Litauer bewohnten im damaligen Polen zusammenhängende Gebiete, in denen sie die Mehrheit hatten und bildeten ausserdem in vielen Städten gemeinsam mit den Juden so starke Minderheiten, dass das Polentum oft unter die 50% Grenze zurückgedrängt wurde.

5. Als fünfter Staat, der unter die Kategorie des Vielvölkerstaates fällt, möchte ich auch *Finnland* anführen. Finnland ist genau wie Belgien zweisprachig, obwohl die Schweden in Finnland lediglich 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen und nur in den Küstenstädten und auf den Ålanisinseln wohnen. Der Kultureinfluss der Schweden ist aber so gross, dass Finnland die schwedische Sprache zur Staatssprache neben der finnischen gemacht hat, und diese Volksgruppe nicht als Minderheit, sondern als zweite Staatsnation bis heute ansieht. Es sei an dieser Stelle auch betont, dass Finnland der einzige Staat auf dem ehemaligen Gebiete Russlands und Österreich-Ungarns war, dem es gelungen ist, das Problem des Zusammenlebens verschiedener Völker in einem Staate auch zur Zufriedenheit der eigenen Minderheit zu lösen.

Wir kommen nun zu der zweiten Kategorie der neuen Staatenbildungen, die ich vorschlug „Minderheitenstaaten“ zu nennen. Unter diese fallen die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und unsere Heimat Litauen.

Dem Buchstaben nach und nach Meinung der Statistik waren diese drei Staaten Nationalstaaten. Folgende Merkmale des Nationalstaates waren für alle drei jungen Republiken gegeben:

1. Das zusammenhängende Staatsgebiet und
2. ein Staatsvolk, das eine entschiedene Mehrheit gegenüber seinen Minderheiten bildete und alle Schlüsselpositionen in seinen Händen hielt bzw. zu halten sich bemühte.

So bestand die Bevölkerung in Estland zu 88% aus Esten, in Lettland zu 77,5% aus Letten und in Litauen zu 76% aus Litauern. Diese Prozentzahlen bitte ich für die Zeit von 1918 zu verstehen. Trotz dieser Zahlen wies keiner der drei Staaten eine solche nationale Geschlossenheit auf wie z.B. die alten Nationalstaaten des Westens. Alle drei Völker waren noch jung. Die Esten und Letten traten sogar zum ersten Male überhaupt als freies Volk in die Geschichte ein. Und keines der drei Völker hat in der verhältnismässig kurzen Zeit des nationalen Erwachens Zeit gehabt, sich eine genügend breite Schicht intellektueller Führer heranzuziehen, die sofort in der Lage gewesen wären, die jungen Staaten durch alle Fährnisse der Nachkriegswirren zu steuern. So finden wir gleich nach Ausrufung der Unabhängigkeit dieser drei Staaten Russen und Deutsche in den Armeen, Ministerien und Selbstverwaltungsorganen, wo sie zum Teil in beratender, zum Teil aber auch in führender und verantwortlicher Position am neuen Staate Dienst tun. Die Amtssprache war in den ersten Jahren nach der Staatsgründung, besonders in den unteren Organen, noch lange nicht überall estnisch, lettisch oder litauisch, sondern sie passte sich jeweils der Sprache an, die der gerade anwesende Schreiber zufällig selber sprechen und schreiben konnte.

Zu diesen Verwaltungs-Schwierigkeiten, die aus der zu dünnen Intellektuellen-Schicht des Staatsvolkes resultierte, kamen noch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinzu, die ohne radikale Massnahmen des neuen Staatsvolkes kaum zu lösen waren. Fast alle Schlüsselpositionen der Wirtschaft und des Handels befanden sich in fremden Händen, in deutschen, russischen oder jüdischen. In Litauen hauptsächlich in jüdischen. Auch der Grossgrundbesitz machte allen drei Staaten grosse Sorgen. Ganz rigoros schritt man hier zur Selbsthilfe und enteignete die fremdvölkischen Besitzer.

Musste aber nun in Kauf nehmen, dass man sich mit diesen Massnahmen weite Kreise entfremdete, auf deren Hilfe man nicht nur im Hinblick auf die drohende bolschewistische Gefahr angewiesen war. - Kurz, der Ausgang des Weltkrieges hatte diesen Minderheitenstaaten mit der Souveränität ein Geschenk gemacht, auf das alle diese Völker im Grunde noch gar nicht richtig vorbereitet waren. Hatten sie doch alle bisher die Autonomie innerhalb eines Grosstaates als Hochziel angestrebt. So glaubte man z.B. auch in litauischen Kreisen, mit der Herrschaft eines Prinzen von Urach innerhalb des Deutschen Reiches wohl zufrieden sein zu können. Dass diese Staaten trotz aller Schwierigkeiten es verstanden haben, ihre Unabhängigkeit in den turbulenten Zeiten nach 1918 zu wahren und auszubauen, verdanken sie nicht nur der Gunst ihrer geographischen Lage, die ihnen das Schicksal der Ukraine und Weissrussland ersparte, sondern auch der politischen Tatkraft ihrer Führer und der Gefolgschaft ihrer Völker, die sich das unerwartete Geschenk der Unabhängigkeit nicht mehr aus den Händen schlagen lassen wollten.

Ich will mich jetzt in meinen Ausführungen auf die Probleme beschränken, denen sich die Basanavičius, Smetona, Stulpinskis Grinius, Galvanuskas, um nur einige Namen zu nennen, gegenübergestellt sahen, als am 16. Februar 1918 in Wilna der unabhängige Freistaat Litauen ausgerufen wurde.

1. Interessieren diese Probleme hier in unserer Gemeinschaft am meisten,
2. traten sie in Litauen wegen der besonderen Lage am Schnittpunkt der deutschen, polnischen und russischen Kultur besonders „massiert“ auf und
3. sind die Lösungen dieser Fragen und Probleme auch typisch für die Art und Weise, wie alle die neugegründeten Staaten an diese Probleme herangingen.

Betrachten wir zuerst das Siedlungsgebiet des litauischen Volkes und die Grenzforderungen, die der junge litauische Staat aufstellte:

Das geschlossene litauische Siedlungsgebiet umfasste ganz Żamaiten, die Dzukija bis in die Gegend von Suwalki, wo es sich schon sehr stark mit polnischem Siedlungsgebiet verzahnte und überschneidet Aukštaiten bis in die Gegend von Wilna, Traken und Grodno (Gardinds). Hier ergaben sich auch starke Überlappungen und Verzahnungen mit Weissrussen und Polen. Besonders in den Städten Wilna, Grodno und Suwalki überwog das nichtlitauische Element sehr stark. Polen, und in grossem Masse polonisierte Litauer, Weissrussen und Juden bildeten hier den Hauptteil der Bevölkerung. Als besonders litauerfeindlich erwiesen sich hier die polonisierten Litauer, die ihre Muttersprache nicht mehr beherrschten und eine Einverleibung in Polen anstrebten. Stammte doch Pilsudski selber von so einer polonisierten litauischen Kleinadelsfamilie ab. Es erwies sich von vornherein als müssiges Unterfangen für den litauischen Staat, diese polonisierten Litauer für eine litauische Staatsidee zu gewinnen. Sie waren zu sehr der polnischen Kultur verhaftet und sahen auf den litauisch sprechenden Litauer als auf den „chłop“, den verächtlichen Hintersassen, herab. Sie bekannten sich lediglich platonisch zu dem von tiefer Heimatliebe getragenen Gedicht von Adam Mickewitsch „Litwa, Ojczyzna moja“ - „Litauen, du mein Heimatland“. Der ebenso warme aber *politische* Aufruf von Vincas Kudirka, sich auf Litauen, das Land der Heldenväter zu besinnen, verhallte unverstanden und zum grössten Teil ungehört.

Ähnlich ungünstig für Litauen gestalteten sich die Dinge im sogenannten „Kleinlitauen“, im Memelgebiet und im nördlichen Ostpreussen. Wenn wir vom geschlossenen Siedlungsgebiet des litauischen Volkes sprechen, müssen wir das Me-

melgebiet dazuzählen. Nach der Volkszählung vom 30. Sept. 1920 wohnten im Memelgebiet 140 746 Einwohner, von denen 71 156 die deutsche, 67 259 die litauische, 126 die polnische und 8 die masurische Muttersprache hatten. Wenn man bedenkt, dass der deutschsprechende Bevölkerungsteil hauptsächlich in den Städten wohnte, kann man das flache Land des Memelgebietes wohl mit Recht als litauisches Siedlungsgebiet ansprechen. Wie ich aber schon eingangs erwähnte, sah sich Litauen im Memelgebiet denselben Schwierigkeiten gegenüber, wie im Wilnagebiet. Die litauisch sprechenden Memelländer dachten nicht daran, sich vom Deutschen Reich loszusagen, dessen Kultur sie sich zugehörig betrachteten, dessen evangelischen Glauben sie mit den Ostpreussen teilten und dem sie die Treue gehalten hatten in schweren Zeiten des Napoleonischen Einfalls und des Russensturms im Jahre 1914. Obwohl diese sogenannten Klein-Litauer des Memelgebietes zu Hause litauisch sprachen, waren sie alle des Deutschen mächtig und die im Jahre 1921 veranstaltete Elternbefragung im Memelgebiet über die Unterrichtssprache in den Volksschulen ergab, dass nur 2% der Eltern das Litauische als Unterrichtssprache wünschten. Und selbst eine von der Brüsseler Botschafterkonferenz im Jahre 1923 eingesetzte Sonderkommission, der kein Deutscher und kein Litauer angehörte, stellte nach einer Reise durch das Memelgebiet fest: „Die Ostgrenze des Memelgebietes, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidewand zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen dar. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist die richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien.“

Das war die Lage im Siedlungsgebiet des litauischen Volkes, als seine Führer an die Errichtung eines neuen selbständigen Staates gingen, der die Tradition der ehemaligen Grossmacht Litauen im 13., 14. und 15. Jahrhundert fort-

setzen sollte. Wie gingen sie an diese Probleme heran, wie versuchten sie sie zu lösen - und gab die angestrebte und auch erreichte Lösung die Gewähr, dass sie von Bestand sein könnte?

In der Untermauerung politischer Forderungen haben seit jeher historische Reminiszenzen und historische Grenzen eine grosse Rolle gespielt. Besonders der Nationalismus bediente sich der Geschichte in meisterhafter Weise, wenn es darum ging, Maximal-Programme zu verwirklichen. Ich erinnere hier nur an das „historische“ Recht der Griechen auf Mazedonien, das „historische“ Recht der Polen auf Danzig, Breslau, ja sogar Stettin, an das „historische“ Recht der Holländer auf Belgien, an das „historische“ Recht der Tschechen, die Sudetendeutschen ihrem Staate einzuverleiben, derselben Tschechen allerdings, die, da sie im Hinblick auf die Slowaken den Ungarn gegenüber kein historisches Recht vorzuweisen hatten, dort eine ethnische Grenzziehung verlangten. - So haben denn auch die Litauer die Geschichte bemüht, um ihre Ansprüche auf Wilna, auf Memel, einige Hitzköpfe sogar auf das nördliche Ostpreussen, zu begründen. Die Litauer wiesen auf ihre Verwandtschaft mit den aistnischen Pruzzen hin, auf die litauischen Namen im Memelgebiet und Ostpreussen, auf das wirtschaftliche Angewiesenseiner Memelländer auf Grosslitauen. Die Deutschen wiederum wiesen nach, dass von litauischen bzw. aistnischen Ureinwohnern im Memelgebiet keine Rede sein konnte, dass eine litauische Einwanderung erst viel später im Memelgebiet erfolgt war und sie wiesen auch auf den überwiegenden Willen der Bevölkerung hin, bei Deutschland bleiben zu wollen.

Ähnlich wogte der Streit der Meinungen bezüglich des Wilna-Gebietes hin und her. Auch hier führte jeder der Beteiligten seine guten historischen, wirtschaftlichen, kul-

turellen und ethnischen Gründe an. Auf den Gedanken aber, die Bevölkerung selber zu fragen, schien niemand kommen zu wollen.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Polen bemächtigte sich mit einem militärischen Handstreich Wilnas und raubte Litauen die historische Hauptstadt. Litauen inszenierte im Memelgebiet einen „Volksaufstand“, der durch litauisches, in Zivil gestecktes Militär unterstützt wurde und schuf ein *fait accompli*, das von den vier „Souveränen“ des Memellandes Frankreich, England, Italien und Japan und später vom Völkerbund sanktioniert wurde. Litauen verdankte dies hauptsächlich dem schlechten Gewissen Frankreichs, das damit das Litauen in Wilna angetane Unrecht in etwa wieder gutmachen wollte. Deutschland als Verlierer des grossen Krieges musste sich fügen. Das von litauischen Nationalisten geforderte Maximalprogramm konnte also nur zum Teil verwirklicht werden.

Als nächstes Problem des Vielvölkerstaates wollen wir die Minderheitenfrage unter Ausklammerung des Memelgebietes beleuchten:

In dem neuen litauischen Staate von 1918 finden wir Juden, Polen, Deutsche, Russen, Letten und Tataren als Minderheiten vertreten. Zwar sind die Prozentsätze dieser Minderheiten statistisch gesehen im ganzen gegenüber den 78% des Staatsvolkes nicht bedeutend. Aber wie schon angedeutet, durfte der Einfluss der Minderheiten Litauens nicht an ihrer zahlenmässigen Stärke gemessen werden - genau so wenig wie in den anderen „Minderheitenstaaten“. Mussten Letten und Esten mit harter Hand sich gegen die deutsche und russische Bevormundung zur Wehr setzen, so hatte Litauen denselben Kampf gegen seine Polen und den eigenen polonisierten Adel, der den Nationalpolen Hilfestellung leistete, durchzusetzen. Vertraten doch die Polen analog der Auffassung der offiziellen polnischen Politik die Meinung, dass ein litauischer

Staat nicht lebensfähig sei. Sie forderten die völlige Einverleibung Litauens in Polen und nur wenige Polen und polonisierte Litauer waren bereit, dem Litauertum innerhalb des polnischen Staatsverbandes eine Autonomie zuzugestehen. Als der polnische General Zeligowski Wilna den Litauern entriss und eine Volksmenge mit dem Ruf „chcemy Kowna“ - „wir wollen Kauen“! in den Strassen demonstrierte, pflanzte sich dieser Ruf auch in Restlitauen unter den Polen fort. Es war nicht leicht für den jungen Staat, sich gegenüber dem Polentum in den eigenen Grenzen durchzusetzen. Spielte doch das Polnische in Litauen gegenüberdem Litauischen ungefähr die gleiche Rolle, wie das Französische im Elsass gegenüber dem Deutschen. Es galt als die Sprache des Gebildeten, es war Ausdruck einer Kultur, der das Litauische nichts Ebenbürtiges an die Seite zu stellen vermochte, ja, für viele Litauer, besonders der Adelskreise, der Bojaren, war wahres Litauertum nur im Gemeinsamen mit dem Polnischen zu finden. Die alten litauischen Adelsgeschlechter der Sapieha, Radwila (Radzivil), Tischkiewitsch usw. hatten sich in Polen einen Namen gemacht, So wie der französische Adel einst nach Versailles zog, wo sein Glanz erst am Hofe des Sonnenkönigs richtig zur Geltung kam, so ist auch der litauische Adel nach Krakau gegangen, um Politik und Kultur zu machen. Wilna und Kauen boten ihm nicht den glänzenden Hintergrund dafür. Ja, nicht nur der Adel. Es darf nicht übersehen werden, dass auch die junge litauische Intelligenz, die es eben wagte, den selbständigen litauischen Staat aufzurichten, polnische Kultur als etwas Artverwandtes aufgenommen hatte. Das Deutsche war dem Litauer wegen des ev.-lutherischen Glaubens fremd geblieben und das Russische war verhasst wegen des zarischen Regimes und wegen des griechisch-orthodoxen Glaubens. So hat denn die kleine Schicht der litauisch Gebildeten im Polnischen sich den Durchbruch zur Welt der

Kultur und Wissenschaft erkämpft. Gemeinsam mit der polnischen akademischen Jugend hat sie Adam Mickewitsch gelesen und sich an den Heldentaten des eigenen Volkes gegen die Kreuzritter begeistert, hat bewundernd vor den Bildern Mateikos gestanden, die litauische Geschichte genau so meisterhaft verewigten wie polnische, und die patriotisch-historischen Romane Sienkiewitschs gelesen. Nur aus der enttäuschten Liebe zum Polentum heraus ist die Abneigung des Litauers gegen alles Polnische zu verstehen, die in dem bösen Wort vom „klastingas Lenkas“ vom „falschen Polen“ gipfelt, der Vytautas „dem Grossen“ die Königskrone nicht gegönnt hat und jetzt die Hauptstadt raubt.

Neben den Polen fiel noch stark die jüdische Minderheit ins Gewicht. Hier weniger auf politisch-kulturellem, dafür aber umso stärker auf wirtschaftlichem Gebiet. Fast das gesamte Wirtschaftsleben stand unter jüdischer Kontrolle. Und niemand war in dem agrarischen Litauen bei den Bauern so gefürchtet und verhasst, wie der jüdische Viehhändler, der von Dorf zu Dorf fuhr und dort den Bauern zu Spottpreisen die Kälber und Rinder abhandelte.

Die russische und auch unsere deutsche Volksgruppe hat dem Litauertum nicht so grosse Schwierigkeiten bereitet. Weder zahlenmässig noch ihrer Struktur nach war sie dazu in der Lage. Trotzdem wollen wir unsere eigene deutsche Volksgruppe herausgreifen, um an ihrem Beispiel zu erkennen, wie der litauische Staat an die Lösung der Probleme heranging, die ihm die Minderheiten auferlegten.

Die Nationalstaaten des westlichen Europas kennen keinen Unterschied zwischen Nationalität und Staatsangehörigkeit, zwischen Volkstum und Obrigkeit. In Frankreich ist der Elsässer genau so „Franzose“ wie der waschechte Pariser oder der Hafenarbeiter aus Marseille. Auch in Deutschland kennt man, oder hoffen wir, dass man schon sagen kann „kannte“ man

diesen Unterschied nicht. Für den Durchschnittsdeutschen des II. Kaiserreiches war der Pole aus Krotoschin und Wreschen bestenfalls noch ein „Deutscher, polnischer Zunge“, von dem man dieselbe Anhänglichkeit an Gott, König und Vaterland erwartete, wie von einem biederen Pommern oder Ostpreussen. Selbst Bismarck weigerte sich, nicht nur aus politisch-taktischen Gründen, von den Baltendeutschen als Deutschen zu sprechen. Sie waren für ihn „Deutsch-Russen“ und er sprach ihnen das Recht ab, sich gegen ihre gottgegebene Obrigkeit, den Zaren, zu wehren, wenn dieser ihre kulturelle Eigenständigkeit antasten wollte.

Im Osten Europas hatte diese Ansicht, die nach dem berühmten Vergleich ein im Pferdestall geborenes Kalb zu einem Fohlen werden liess, keinen Platz. Und so hat auch Litauen, als es sich als Staat konsolidierte und seine Einwohner meldungsmässig erfasste, im litauischen Personalausweis den Vermerk „Tautybė“ = Nationalität, „pilietybė“ = Staatsangehörigkeit eingeführt. Die Verfassung garantierte jedem litauischen „Piliietis“, jedem litauischen Staatsangehörigen, dass ihm aus seiner Volkzugehörigkeit oder weltanschaulichen Gemeinschaft keinerlei Nachteile erwachsen würden. Und Litauen hat sich auch im grossen ganzen gesehen tolerant und gewissenhaft an das Versprechen der Verfassung gehalten. Nur war auch da, wie leider zu oft in der Politik, ein Haken dabei.

Das litauische Staatsvolk war naturgemäss bestrebt, die Minderheiten aus allen Schlüsselpositionen zu verdrängen, um selber straff die Zügel der Staatsführung in der Hand zu halten. Dies musste umso leichter gelingen, je mehr es gelang, eine Minderheit auch rein zahlenmässig so zu drücken, dass diese hinter ihre Forderungen keine Gefolgschaft stellen konnte, die Anspruch gehabt hätte, auch wirklich gehört zu werden. Da die wenigsten Angehörigen der litauischen Minder-

heiten in den ersten Jahren des Bestehens der Republik die litauische Sprache beherrschten, war ihnen auch der Unterschied zwischen „Pilietybė“ und „Tautybė“ nicht klar. So kam es, dass mit Nachhilfe der amtlichen Zähler bei der 1. Volkszählung in Litauen im September 1923 sehr viele Deutsche, Polen und auch Russen (bei den Juden ging der nationale „Umtauf“ nicht so glatt, weil auch die Religion angegeben werden musste) plötzlich als „Litauer“ in den Zähllisten auftauchten. So wurde z.B. die Zahl der Deutschen Litauens nach dieser „Volkszählung“ mit 23 973, das sind 1,2 % der Gesamtbevölkerung, angegeben. Wenn man bedenkt, dass bei der Umsiedlung 51 852 Personen umsiedelten und grob gerechnet (statistisches Material lag dem Vortragenden hier leider nicht vor) etwa 6-10 000 davon lediglich „Grossmutterdeutsche“ waren, dann muss man doch als erwiesen ansehen, dass fast jeder zweite Deutsche bei dieser Zählung als Litauer in den Statistiken figurierte. Diese Zählung hat insofern katastrophale Folgen für unser Deutschtum gehabt, als in Litauen die Minderheitenschulen nach der Kopffzahl genehmigt werden sollten. Es hing von der Volkszählung also auch das Fortleben einer Volksgruppe ab, sowie ihre kulturelle Selbständigkeit, die nur gewahrt werden konnte, wenn auch die Kinder die Möglichkeit bekamen, in ihrer Muttersprache erzogen zu werden.

Selbstverständlich hat diese Volkszählung unter allen Minderheiten Proteste ausgelöst, die auch den litauischen Landtag, den „Seimas“, eine nachträgliche Korrektur dieser Volkszählung vornehmen liessen. Allerdings wurde nicht eine neue Volkszählung durchgeführt, sondern das Ergebnis lediglich durch Schätzungen berichtigt, die nicht im entferntesten an die wahren Zahlen heranreichten.

Hatte das Deutschtum Litauens schon in der Volkszählung viel an Boden verloren, so wuchs sich die Lage auf dem Schulsektor allmählich zu einer Katastrophe für die deutsche

Volksgruppe aus. Der gesunde biologische Aufbau der Deutschen Litauens, gemessen an dem der Baltendeutschen im Lettischen und Estnischen, der hauptsächlich dem hohen bäuerlichen Anteil zu verdanken war, wirkte sich hemmend für den Ausbau der Bildungsanstalten aus. 58 % aller Deutschen waren Bauern, 7,2 % wohnten in den „Miesteliai“ und 34 % in „Städten“ mit über 2 000 Einwohnern. Der weitaus überwiegende Teil waren Bauern, Landwirte, ländliche Handwerker und Gewerbetreibende, die auch ihre Kinder in den väterlichen Beruf hineinwachsen liessen. Es fehlte fast völlig die Intelligenz, und wo diese vorhanden war, da drängte sie sich in den grossen Städten Kauen, Schaulen und Mariampol zusammen. Dadurch, dass dem Deutschtum Litauens die intellektuelle Führungsschicht fehlte, die z.B. auch das dringend benötigte Lehrpersonal für die Schulen hätte stellen können, drohte der Vorteil des gesunden biologischen Aufbaus durch den „kulturellen Tod“ verloren zu gehen. So hatte die deutsche Volksgruppe trotz des Anspruches auf 108 Volksschulen (nach dem Ergebnis der zitierten Volkszählung) lediglich 20 aufzuweisen und auch diese wurden allmählich auf 6 heruntergedrückt. 60-70 % der deutschen Kinder entbehrten so einen Unterricht in der Muttersprache.

Obwohl der litauische Staat, getreu den Forderungen des Nationalismus, zielbewusst mit der Schulpolitik die Entnationalisierung der Minderheiten betrieb (denn das was hier über die deutsche Volksgruppe gesagt wird, steht stellvertretend auch für die anderen litauischen Minderheiten) muss doch der Wahrheit die Ehre gegeben und zugegeben werden, dass die deutsche Volksgruppe ohne Hilfe aus dem Reich oder dem Memelgebiet nicht in der Lage gewesen wäre, das ihr gesetzlich zustehende Schulprogramm selber durchzuhalten. - Und die Hilfe aus dem Reich konnte auf Grund der bestehenden litauischen Gesetze nicht erfolgen.

Die gleiche Politik der Entnationalisierung wurde von dem litauischen Staatsvolk auf dem Gebiete der Kirche durchgeführt. Aus dem Unvermögen der Minderheiten, den Unterschied zwischen Nationalität und Staatsangehörigkeit zu erkennen, ergab sich für die Litauer die günstige Situation, die deutsche evangelische Kirche Litauens, der 98 % aller Deutschen angehörten, zu majorisieren und ihre Gläubiger zu Litauern zu stempeln. Schon allein um der Memellitauer willen war es dem Litauertum wichtig, evangelische Litauer vorweisen zu können, um durch ihre Toleranz auf dem religiösen Gebiet den memelländischen Litauern den Anschluss an ihre Volksgenossen in Grosslitauen zu erleichtern.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Aus den vielfältigen Problemen des Vielvölkerstaates habe ich herausgegriffen und kurz gestreift die Schwierigkeit der Abgrenzung von Siedlungsgebieten verschiedener Völker. Ich habe zu zeigen versucht, dass nicht statistische Erfassung der Muttersprache, sondern der Wille von Volksgruppen einen bestimmten Volke anzugehören, heute entscheidend ist für deren Volkszugehörigkeit. Ich habe dargelegt, wie der Streit um ethnische oder historische Grenzziehung die Lösung erschwert und geeignet ist, nur Verbitterung bei allen Beteiligten zu hinterlassen. Ferner habe ich versucht darzustellen, wie unsinnig der Gedanke der Nationalisten aller Völker gewesen ist, den Nationalstaat Westeuropas auf die Verhältnisse im Osten übertragen zu wollen. Aus der Fülle der im Siegertaumel von 1918 geschaffenen Staatengründungen habe ich dann unser Heimatland als Beispiel gewählt für die Art und Weise, wie ein solcher Staat versucht, mit diesen Problemen fertig zu werden. Und aus diesen Problemen heraus wurde wieder die Lage unserer Volksgruppe in unserer angestammten Heimat herausgegriffen, um zu zeigen, wie sich das

Selbstbestimmungsrecht der Völker gegenüber Minderheiten in den neuen Nationalstaaten auswirkte.

Der kurze und natürlich unvollständige historische Rückblick auf die Zeit und die Probleme, die wir alle hier noch erleben durften und in der die meisten von uns auch aktiv handelten mitgewirkt haben, wäre unvollständig, wenn wir nicht eine Wertung des Gesagten versuchen könnten. Heute, wo wir in den geistigen und materiellen Trümmern einer Welt, die wir für gefestigt hielten, leben und einen neuen Anfang zu finden suchen, erhebt sich die berechtigte Frage: hat sich der ganze Einsatz für nationale Belange gelohnt und wurde nicht unnütz die Kraft ganzer Völker vergeudet? Gerade jetzt, wo versucht wird, aus dem grossen Scherberhaufen nationaler Staaten wieder einen Vielvölkerstaat, den geistigen Nationalstaat des Abendlandes zu formen?

Diese Frage sollte mit einem überzeugten Ja beantwortet werden. Ja, es hat sich gelohnt und es war nicht umsonst! Die Steigerung des Nationalbewusstseins zum Nationalismus und Chauvinismus hat, wenn auch mit furchtbar brutalen und grausamen Mitteln, uns, den Überlebenden gezeigt, dass der Egoismus eines Volkes genau so gemein und verwerflich ist, wie der Egoismus eines einzelnen Menschen. Die Apartheit der europäischen Nationen ist nicht durchzuführen. Heute nicht einmal in Westeuropa, dem klassischen Boden des Nationalstaats. Nur in gemeinsamer gegenseitiger Achtung und Anerkennung ist für unseren geschlagenen Erdteil ein Weiterleben möglich. Wenn die Völker Europas für diese Erkenntnis und ihre Stärkung dieselbe Kraft und Zeit verwenden, wie sie es getan haben für die nationale Idee; wenn sie sich dagegen wehren, dass wieder egoistische Schranken zwischen den einzelnen Völkern aufgerichtet und Probleme des nationalen Zusammenlebens mit den Mitteln von gestern gelöst werden, dann hat die Zeit, die hinter uns liegt, auch ihren Sinn gehabt.

GEDANKEN ZUR SOWJETISIERUNG
DER WIRTSCHAFT LITAUENS

DR. ERIK BOETTCHER, KIEL.

Einleitung

Die Menschen der heutigen sogenannten westlichen Sphäre haben die tiefe Überzeugung von der Überlegenheit ihres wirtschaftlichen Systems. Diese Überzeugung resultiert aus folgender Gedankenkette: In einer liberalen Marktwirtschaft wird ein Höchstmass an Energien der Einzelindividuen freigesetzt, weil hier ein jeder seinem eigenen höchstpersönlichen Interesse nachgeht. Die so erzielten Leistungen ergeben, im Volkseinkommen aufsummiert, das überhaupt erreichbare und denkbare Maximum. Demgegenüber ist in einer zentralgeleiteten Wirtschaft der einzelne an seiner Leistung im Produktionsprozess sehr viel weniger interessiert, da er nicht unmittelbar für sich arbeitet; so werden Störungen, Fehlleistungen und immer wieder eintretender Verfall des gerade Erreichten niemals ausgeschaltet werden können, Wie überhaupt der relative Erfolg stets mässig bleiben muss. So und ähnlich wird in privater und offizieller Öffentlichkeit, ja selbst in wissenschaftlichen Verlautbarungen argumentiert.

Bei näherer Betrachtung erweist sich ein solches Denken jedoch als äusserst weltfremd, nicht nur als ergänzungs-, sondern als im ganzen korrekturbedürftig; weder wird es der sozialen Wirklichkeit im Westen noch der im Osten gerecht.

Im Westen - wie beispielsweise in Deutschland - hat es eine Marktwirtschaft reiner Form niemals gegeben. In Wahrheit war sie schon immer nur das Endziel politischer Pro-

gramme und nicht Ergebnis einer Analyse der Wirklichkeit, und das je länger um so weniger, denn in der Entwicklung entfernten sich Programm und Wirklichkeit beschleunigt voneinander. Der atomistische Kapitalismus wurde vom organisierten Kapitalismus abgelöst, wie es in der Fachsprache heisst. Dieser Satz gibt die Beobachtung wieder, dass die dominierende Stellung in einer von der Grossindustrie bestimmten Wirtschaft von den privaten Unternehmern auf die Funktionäre in den grossen organisatorisch administrativen Apparaten der Wirtschaft und des Staates übergegangen ist. Die Ursachen für diese Entwicklung sind mannigfaltig. Eine wesentliche Ursache ist im geschärften sozialen Gewissen unserer Zeit zu suchen: die Menschen sind heute nicht mehr geneigt, die Krisenanfälligkeit einer Unternehmerwirtschaft tatenlos hinzunehmen. Der andere und wahrscheinlich wesentlichere Grund ist der, dass die gewachsenen Erfordernisse der Wirtschaft offensichtlich nur noch von bürokratischen Grossapparaten wirkungsvoll wahrgenommen werden können.

Schon diese wenigen Zeilen zeigen, wie gefährlich es ist, bei Globalurteilen stehen zu bleiben. Wenn man beispielsweise bei einem Vergleich beider Wirtschaftsordnungen sich auf die These von der Überlegenheit der Marktwirtschaft beschränkt oder diese aus vorhandenen statistischen Material zu beweisen versucht, wie es oft geschieht, kommt man unweigerlich in eine schwache Position. Bei jedem Argumentieren gegen die Funktionsfähigkeit organisatorischer Apparate in der Wirtschaft muss man sich den Einwand gefallen lassen, dass die Unterschiede gegenüber dem Westen nur noch gradueller, nicht mehr grundsätzlicher Natur sind. Zu der gleichen Erkenntnis wird man immer dann kommen, wenn man zwei polare Modelle in der Wirklichkeit wiederzufinden sucht. Immer wird man finden, dass das Leben niemals vollkommen Gleiches und auch niemals vollkommen Ungleiches hervorbringt.

Der Abstand kann aber in der Erkenntnis verkleinert oder vergrössert werden, je nachdem wie die Begriffe, wie die Modelle und die Masse gesetzt werden. In der Tat ist in der Wirklichkeit auch stets das Ausmass des Vorhandenen und nicht das Mass selbst entscheidend, das naturgemäss nur einen instrumentalen Idealwert darstellen kann. So kann man beweisen, dass auch in unserem Lande Willkürakte der Obrigkeit vorkommen. Sind wir damit schon berechtigt festzustellen, unsere Staatsform sei die gleiche wie die der Sowjets? Worin bestehen aber die Unterschiede? Solche Beispiele können beliebig mehr gefunden werden. Die Wirklichkeit ist weitaus vielfältiger, als dass nur ein Modell (Marktwirtschaft versus zentralgeleitete Wirtschaft) ausreichen würde, umso mehr, wenn es schon schablonenhaft fertige Urteile enthält. Die Vielfalt des historisch Gewordenen und Gewachsenen wird erst sichtbar, wenn man sie von verschiedenen Standpunkten und vorurteilslos betrachtet. Wie so oft, ist es bei einer Darstellung des heutigen Ostens besonders wichtig, dass Urteilen und besonders Verurteilen nicht vor dem Beobachten geschehen oder letzteres völlig ersetzen dürfen. Wir wollen versuchen, diesen Fehler zu vermeiden. Bei dem uns gesetzten Thema, das natürlich auf dem hier beschränkten Raum und wegen mangelhaften konkreten Wissens nicht erschöpfend behandelt werden kann, sollen wenigstens einige Linien nachgezogen werden, um die Wirtschaftsentwicklung Litauens zu erhellen. Erst dann soll unter Wahrung aller Vorsicht die Frage gestreift werden, wie wir - als Menschen aus diesem Lande und als Menschen einer eigenen geistigen Welt - dazu stehen sollen. Die in Wahrheit interessierenden Dinge sind stets die konkreten.

I. DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN DER SICHT EINER EUROPÄISCHEN RAUMORDNUNG

a) Durch gewerbliche Produktion wird das Landschaftsbild nicht nur am unmittelbaren Standort einer Industrie umgeformt, sondern weit darüber hinaus. Je entwickelter eine Industrie ist, um so weiter gehen die Ausstrahlungen ihres Einflusses. Neue Produktionen brauchen Rohstoffindustrien und Zubringerdienste von Halbfabrikaten, Weiterverarbeitungsstätten und Absatzorganisationen, Transporteinrichtungen und Reparaturwerkstätten u.a.m. Den in der Produktion beschäftigten Menschen müssen Konsumgüter gewerblicher und agrarischer Natur zugeführt werden. Es erweist sich, dass im Zusammenwirken solcher Faktoren typische Strukturen von Wirtschaftslandschaften sich gebildet haben. Dabei spielen vor allem branchenspezifische Kosten eine besondere Rolle, so bei der Schwerindustrie besonders die Transportkosten, wenn Niederlassung entweder bei der Kohle oder bei den Erzvorkommen gewählt wurde. Andere Industrien wiederum, die viel Lohnkosten erfordern, lassen sich dort nieder, wo menschliche Arbeitskraft billig ist. In Europa hatte sich schon lange eine solche geschlossene Raumordnung herausgebildet. Den zentralen Gravitationsraum bildete der schwerindustrielle Kern im Herzen Europas bis nach England hinauf. Von diesem aus fand auch der fast ausschliessliche Warenverkehr in die aussereuropäischen Länder statt. Die übrigen europäischen Gebiete gestalteten sich immer mehr zu Zubringergebieten für diesen Kernraum um, wobei die Intensität der Produktion mit der Entfernung abnahm. Litauen gehörte vor dem ersten Weltkrieg noch deutlich zu jener extensiven Randzone der europäischen Industrialisierung, in der es sich für den Export im wesentlichen nur lohnte, Getreide zu produzieren.

b) Das Bild wandelt sich nach dem Kriege entscheidend. Inzwischen war die Industrialisierung im Kernraum weiter fortgeschritten, und mit ihr verband sich unter anderem auch ein erhöhter Bedarf an qualifizierten Lebensmitteln. Die sich damit bietende Chance zur Industrialisierung des eigenen Wirtschaftsraumes wurde im baltischen Raum und damit auch in Litauen genützt - ob bewusst oder unbewusst, sei hier dahingestellt. Durch die Bodenreformen wurden bäuerliche Betriebe geschaffen, die sich unter staatlicher Förderung auf Veredelungserzeugnisse umstellten. Staatliche und halbstaatliche Grossorganisationen sorgten durch Verarbeitung und Standardisierung für die Möglichkeiten des Absatzes in die industrielle Kernzone und in die ihr benachbarten Gebiete. So wurde Litauen wirtschaftlich näher an diese Zone herangeschoben, während die extensiven Anbaugelände sich nahezu vollends nach Übersee verlagerten.

c) Dieses von nationalen Grenzen bis dahin nahezu unbeeinflusste raumwirtschaftliche Gleichgewicht wird durch den zweiten Weltkrieg gänzlich gestört. Mitten durch eine gewachsene Raumeinheit wird nun eine Scheidewand gezogen - der Eisernen Vorhang. Die Auswirkungen für den Westen interessieren hier nicht. Für Litauen entstand aber das Problem der Eingliederung in einen anderen Grossraum, dem es bis dahin nicht angehört hatte. Inzwischen hatte durch die sowjetischen Fünfjahrpläne auch der Ostraum eine industrielle Revolution erlebt und ähnliche Schwerpunkträume und Strukturen entwickelt, wie der Westen sie schon länger hatte. Bemerkenswert ist nun, dass Litauen wohl seine Zugehörigkeit zu einem Gravitationsraum wechselte, die qualitative Struktur und Bedeutung seiner Wirtschaft sich aber kaum geändert hat. Das liegt einmal daran, dass die Zeit offensichtlich noch zu kurz gewesen ist, um über politische Umgestaltungen auch zu grösseren in der Wirtschaft zu kommen; andererseits ist aber

die raumwirtschaftliche Entfernung zum schwerindustriellen Kern der Sowjetwirtschaft nahezu die gleiche wie früher im westeuropäischen Einflussbereich. Über beides wird in den folgenden Kapiteln noch zu sprechen sein. So dürfte auch in der sowjetisierten Wirtschaft Litauens bei der Veredelungswirtschaft agrarischer Erzeugnisse der Schwerpunkt verbleiben. Das hat seine besondere Bedeutung jedoch erst seit dem neuen Agrarprogramm Chrustschews. Bislang hatte die Sowjetunion ihr ausschliessliches Augenmerk auf die einseitige Forcierung der Schwerindustrie gelegt und dabei die Produktion von Konsumgütern möglichst vernachlässigt. So blieb auch ihre kollektivisierte Landwirtschaft extensiv. Qualifizierte Lebensmittel als Veredelungserzeugnisse wurden überwiegend im Bereich der kleinen Eigenwirtschaften des Kolchosbauern erzeugt. Die Ausbildung eines grossen Verwaltungsapparates, die Ausfächerung von Löhnen und Gehältern, stellen aber je länger umso mehr eine solche Wirtschaftspolitik in Frage.

Je arbeitsteiliger eine Wirtschaft wird, umso differenzierter wird offensichtlich auch die Lohn- und Gehaltsskala, das ist in der Sowjetunion nicht anders als in den Industrieländern des Westens. Man braucht eine breite Spanne der Einkommen, um die einzelnen Arbeitsverrichtungen in ihrem Wert gegeneinander abzuheben, insbesondere für einen Anreiz zur individuellen Leistung. Jede Differenzierung in der Geldsphäre muss aber eine formale bleiben, wenn ihr nicht eine ebensolche oder ähnliche im realen Güterbezug entspricht. Unter anderem ist dazu eine intensive Landwirtschaft erforderlich. Die Pläne Chrustschews laufen nun darauf hinaus, eine solche unter Beibehaltung des kollektivierten Grossbetriebes durchzuführen. In vielen Bereichen der Sowjetunion ist eine Intensivierung - vor allem in dem ukrainischen Schwarzerdegebiet - technisch schwierig, da diese Ge-

biete über keinen ausreichenden Grundwasserspiegel verfügen und deshalb allein für Anbaugelände in Monokultur prädestiniert sind. Die günstigen Bedingungen hat aber der ganze Westgürtel der Sowjetunion, zu dem auch Litauen gehört. Hier sind jedoch die ökonomischen Einheiten, in denen bisher allein Intensivkulturen betrieben wurden, die bäuerlichen Individualwirtschaften, zerstört worden, so dass vorerst auch die Erfolge unbefriedigend geblieben sind. Es ist sicher, dass von einem Gelingen solcher Agrarpläne zu einem nicht geringen Teil auch das fernere Schicksal der hochgespannten Industrialisierungspläne in der Sowjetunion abhängt. Damit dürfte die Bedeutung auch Litauens im System der Gesamtwirtschaft erheblich zugenommen haben.

Andererseits werden durch die Kollektivierung menschliche Arbeitskräfte freigesetzt, da im technisierten Grossbetrieb die Maschine zu einem Teil den Menschen ersetzt. In Verbindung mit heimischen Energiequellen, vor allem der aus Wasserkraft umgesetzten elektrischen Energie, mit den Rohstoffen und Halbprodukten aus dem Industriekern der Sowjetunion, ist eine industrielle Expansion auch in Litauen möglich. Der Standort Litauens begrenzt eine solche auf bestimmte technische Erzeugnisse, nämlich Apparate und Spezialmaschinen, wenn die Grundstoffe (Rohstoffe und Halbfabrikate) durch menschliches technisches Geschick in hochgradige Endprodukte veredelt werden. Darin eröffnen sich heute sicher bessere Chancen als im Freistaat, und wie in folgendem noch gezeigt werden wird, ist der Grundstein für eine solche Technisierung schon durchaus gelegt worden.

II. INDIVIDUAL- UND KOLLEKTIVFORMEN.

Nachdem im vorstehenden Kapitel einiges zur Sowjetisierung der Gesamtwirtschaft gesagt wurde, soll jetzt das Problem der Kollektivierung des Individualbereichs behandelt

werden. Dazu bedarf es wiederum einiger grundsätzlicher Feststellungen.

Es wurde schon angedeutet, dass diese Frage weitaus komplizierter ist, als sie sich im allgemeinen Sozialbewusstsein darstellt. Manche weiterführenden Erkenntnisse haben soziologische Untersuchungen gebracht. Da ist es zunächst bemerkenswert, dass die kapitalistischen grossindustriellen Räume fast genau mit den Grenzen protestantischer Siedlungsgebiete zusammenfallen. Sicher hat es auch anderweitig in der Geschichte kapitalistische Epochen gegeben, bezeichnend ist jedoch, dass der Kapitalismus auf die Dauer nur bestanden hat, wo er auf protestantischem Denken aufbauen konnte. So verblüffend das auf den ersten Blick erscheinen mag, so ist der Zusammenhang doch sofort ersichtlich, wenn man bedenkt, dass erst durch den Protestantismus die Verantwortung vor Gott dem Einzelmenschen auferlegt wurde. In die Verantwortung war auch die Bewährung bei den aller alltäglichsten Handlungen eingeschlossen. Die Arbeit wurde zur Berufung, zum Beruf, und diesen Zusammenhang kannte das Mittelalter vorher nur in der *vocatio* für die geistliche Tätigkeit.

Wesentlich bei dieser Feststellung ist, dass sich auf der Grundlage einer solchen protestantischen Ethik habitualisierte Verhaltensweisen ausbildeten und auf diese Weise massenwirksam werden konnten. Sie bildeten das grosse geistige Kapital, das die Menschen für die Industrialisierung vorgeformt hatte. Technische Fertigkeiten lassen sich unmittelbar anlernen, stetige selbstverantwortliche Leistungen setzen hingegen die Bindung an bestimmte ethische Normen voraus.

Das alles wird viel deutlicher, wenn man bedenkt, wie schwierig es sich in aussereuropäischen Räumen erwiesen hat, die Industrialisierung nach liberalem Muster einzuführen, insbesondere dort, wo die Menschen nicht über ein Minimum des Unterhaltes hinaus zu arbeiten gewohnt sind, d.h. ganz anders geartete habitualisierte Verhaltensweisen haben. So hat die Einführung liberaler Ordnungsprinzipien im asiatischen Raum nicht wie in Europa ausgereicht, beispielsweise den freien Bauern auf eigener Scholle zu schaffen: die Landmenschen wurden fast überall zu ausgebeuteten unfreien Pächtern. Es kam auch allzuoft nicht zu einer freien Unternehmungswirtschaft, sondern die Überschüsse aus der Wirtschaft flossen in die Taschen einer korrupten Bürokratie. Alles das führte zu einem System, das man in der Fachsprache als Pfründenkapitalismus bezeichnet. Von da her rühren auch zum Hauptteil die heutigen Schwierigkeiten in jenen Räumen, wo das europäische System versagt hat und wodurch den betroffenen Völkern der Kommunismus oft als alleiniger Retter aus den Schwierigkeiten erscheinen muss.

Welche Bedeutung hat das nun alles für die Wirtschaft Litauens?

a) Vor dem ersten Weltkrieg war Litauen so etwas, was man mit heutigen Begriffen ein unterentwickeltes Land nennen würde. Die Litauer selbst waren praktisch auf Tätigkeit im agrarischen Bereich beschränkt. Das Gewerbe war eine Domäne der Fremdstämmigen, der Handel wurde wesentlich von örtlichen Juden ausgeübt. Vieles ändert sich mit der Begründung des litauischen Freistaates. Wie in anderen Bereichen stand die junge Republik vor der Notwendigkeit, auch die eigene Wirtschaft aus wilder Wurzel aufzubauen. Hierbei fehlten die notwendigen Kapitalien genau so wie die Menschen, die über genügend technische Erfahrungen verfügten und an abendlän-

werden. Dazu bedarf es wiederum einiger grundsätzlicher Feststellungen.

Es wurde schon angedeutet, dass diese Frage weitaus komplizierter ist, als sie sich im allgemeinen Sozialbewusstsein darstellt. Manche weiterführenden Erkenntnisse haben soziologische Untersuchungen gebracht. Da ist es zunächst bemerkenswert, dass die kapitalistischen grossindustriellen Räume fast genau mit den Grenzen protestantischer Siedlungsgebiete zusammenfallen. Sicher hat es auch anderweitig in der Geschichte kapitalistische Epochen gegeben, bezeichnend ist jedoch, dass der Kapitalismus auf die Dauer nur bestanden hat, wo er auf protestantischem Denken aufbauen konnte. So verblüffend das auf den ersten Blick erscheinen mag, so ist der Zusammenhang doch sofort ersichtlich, wenn man bedenkt, dass erst durch den Protestantismus die Verantwortung vor Gott dem Einzelmenschen auferlegt wurde. In die Verantwortung war auch die Bewährung bei den aller alltäglichsten Handlungen eingeschlossen. Die Arbeit wurde zur Berufung, zum Beruf, und diesen Zusammenhang kannte das Mittelalter vorher nur in der *vocatio* für die geistliche Tätigkeit.

Wesentlich bei dieser Feststellung ist, dass sich auf der Grundlage einer solchen protestantischen Ethik habituierte Verhaltensweisen ausbildeten und auf diese Weise massenwirksam werden konnten. Sie bildeten das grosse geistige Kapital, das die Menschen für die Industrialisierung vorgeformt hatte. Technische Fertigkeiten lassen sich unmittelbar anlernen, stetige selbstverantwortliche Leistungen setzen hingegen die Bindung an bestimmte ethische Normen voraus.

Das alles wird viel deutlicher, wenn man bedenkt, wie schwierig es sich in aussereuropäischen Räumen erwiesen hat, die Industrialisierung nach liberalem Muster einzuführen, insbesondere dort, wo die Menschen nicht über ein Minimum des Unterhaltes hinaus zu arbeiten gewohnt sind, d.h. ganz anders geartete habitualisierte Verhaltensweisen haben. So hat die Einführung liberaler Ordnungsprinzipien im asiatischen Raum nicht wie in Europa ausgereicht, beispielsweise den freien Bauern auf eigener Scholle zu schaffen: die Landmenschen wurden fast überall zu ausgebeuteten unfreien Pächtern. Es kam auch allzuoft nicht zu einer freien Unternehmungswirtschaft, sondern die Überschüsse aus der Wirtschaft flossen in die Taschen einer korrupten Bürokratie. Alles das führte zu einem System, das man in der Fachsprache als Pfründenkapitalismus bezeichnet. Von da her rühren auch zum Hauptteil die heutigen Schwierigkeiten in jenen Räumen, wo das europäische System versagt hat und wodurch den betroffenen Völkern der Kommunismus oft als alleiniger Retter aus den Schwierigkeiten erscheinen muss.

Welche Bedeutung hat das nun alles für die Wirtschaft Litauens?

a) Vor dem ersten Weltkrieg war Litauen so etwas, was man mit heutigen Begriffen ein unterentwickeltes Land nennen würde. Die Litauer selbst waren praktisch auf Tätigkeit im agrarischen Bereich beschränkt. Das Gewerbe war eine Domäne der Fremdstämmigen, der Handel wurde wesentlich von örtlichen Juden ausgeübt. Vieles ändert sich mit der Begründung des litauischen Freistaates. Wie in anderen Bereichen stand die junge Republik vor der Notwendigkeit, auch die eigene Wirtschaft aus wilder Wurzel aufzubauen. Hierbei fehlten die notwendigen Kapitalien genau so wie die Menschen, die über genügend technische Erfahrungen verfügten und an abendlän-

dische Traditionen europäischen Unternehmertums anknüpfen konnten. Eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Fremdstämmigen, die sich in der freien Konkurrenz stets überlegen erwiesen, ist bis zum Schluss nicht beseitigt worden. Sicherlich ist dadurch die chauvinistische Grundhaltung der Regierung im letzten Jahrzehnt noch verstärkt worden. Die Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse wurde staatlicher oder halbstaatlicher Regie vorbehalten. Nur am Rande sei hier erwähnt, dass die Hauptkanäle des Aufstiegs von Litauen überwiegend in Beamten- und Angestelltenlaufbahnen geführt haben, in Tätigkeiten, an die eine Anpassung am leichtesten zu vollziehen ist. So konnte es auch nicht ausbleiben, dass diese neu sich bildende Bürokratie wesentlich aus den Erlösen dieser Industrie finanziert wurde, die als Monopol die Verkaufspreise möglichst hoch und die Einkaufspreise möglichst niedrig gehalten hat. Es wäre unklug, das nachträglich bei aller Anerkennung grosser Erfolge nicht zugeben zu wollen. Andererseits hat ständig ein Druck auf die unter fremdstämmiger oder ausländischer Leitung stehenden Betriebe mit dem Ziel fortbestanden, diese unter staatlichen Einfluss zu bringen.

So erscheint die litauische gewerbliche Wirtschaft von Anfang an im Zwielficht der Beurteilung. Einerseits war es zweckmässig, den Aufbau von Anfang an von Staats wegen zu unternehmen, da Menschen mit eigener Initiative so gut wie fehlten, d.h. von Anfang an die Wirtschaft durch planerische Massnahmen zu bürokratisieren. (Den gleichen Weg ist beispielsweise mit Erfolg die Türkei gegangen, nachdem sie mit freien Unternehmern nur Enttäuschungen erlebt hatte). Andererseits erhob sich die Bürokratie zu einem System, das bald Züge der Existenz um eines Selbstzweckes willen entwickelte und dem kolonialen Pfründenkapitalismus nicht unähnlich wurde. Es wäre sicher lohnenswert, diese Seite des

litauischen Kapitalismus einmal systematisch zu erforschen. Beim Regimewechsel brauchten die Sowjets im wesentlichen nur das fremdstämmige Eigentum, im wesentlichen den Handel, zu enteignen. Die ehemals staatlichen Betriebe litauischer Gründungen brauchten ohne grossen Bruch in der Fortführung nur übernommen zu werden, um im gleichen oder ähnlichen Organisationstyp weiter zu produzieren.

b) Völlig anders liegen die Verhältnisse im agrarischen Bereich. Hier waren bäuerliche Daseinsformen im Sinne historisch gewordener Bindungen und Normen schon seit Generationen vorhanden. Die Bodenreformen nach 1918 hatten das bäuerliche Element gestärkt, und es hatte sich mit Erfolg auf die von staatlicher Seite geforderte Umstellung der Produktionsweise auf Veredelung angepasst. So musste auf dem Lande der Kommunismus nur als der Zerstörer der auf Eigentum gegründeten Lebensformen verstanden werden.

Anders als in Zentralrussland hatte Litauen die aufgelockerte Streusiedlung. Die Kollektivierung macht deshalb die Zusammenführung in neuerbaute Kolchosdörfer notwendig, einmal, um rationelleren Arbeitseinsatz und bessere Überwachungsmöglichkeiten zu erreichen, andererseits, um die Bauern schneller von den Bindungen an den eigenen Besitz zu lösen. Nach einer Meldung aus dem Jahre 1953 (Tiesa vom 6. November 1953) waren damals von 360 000 kollektivierten bäuerlichen Betrieben erst 1 000 Haushaltungen umgesiedelt worden. Aber neben solchen technischen Schwierigkeiten setzten die Bauern der Kollektivierung - auch wenn sie vorerst in ihren alten Gebäuden verbleiben konnten - die grössten Hemmnisse entgegen. Folgende Tabelle gibt über die Kollektivierung in den Nachkriegsjahren Aufschluss:

Tabelle I Die Kollektivierung in Litauen 1947 - 1954

Stichtag Ende Jahr	Anzahl der Kolchosen	Anzahl der Haus- haltungen i.d. Kolchosen	v.H.d.kollek- tivierten Haus- haltungen
1947	20	-	-
1948	524	-	-
1949 ¹⁾	926	22 868	5,8
1949	6 000 ²⁾	-	50,0 ³⁾
1950	3 628	-	88,6
1951	-	-	92,0
1952	2 656	350 592	96,2
1953	2 266	360 000	98,8

1) Februar 1949;

2) als Maximum wurden in einer Meldung 6 549 Kolchosen angegeben; wann dieses konkret erreicht wurde, ist nicht bekannt;

3) November 1949.

Quelle: Economic Report: The Baltics II, In: News from behind the Iron Curtain, New York 1954, vol 3, No 11, S.32.

Aus den Ziffern der Tabelle I ist zu ersehen, dass mit der Kollektivierung in grossem Umfang erst im Jahre 1949 begonnen wurde, zu einem Zeitpunkt, zu dem sowohl in Estland wie auch in Lettland bereits nahezu 90% aller Haushaltungen in Kolchosen überführt waren. Um die Kollektivierung zu unterstützen, wurden bis 1950 umfangreiche Zwangsdeportationen von Bauern nach Zentralrussland durchgeführt. Für den Erfolg sprechen die Ziffern selbst. Andererseits scheinen sich die Verhältnisse auch in gewissem Sinne zu stabilisieren. Die Zahl der Maschinen-Traktoren-Stationen wurde seit 1948 mehr als verdoppelt und die Anzahl der Kolchosen auf günstigere Betriebseinheiten reduziert.

Der Erfolg der Kollektivierung der Landwirtschaft muss in Litauen wie auch in der Sowjetunion selbst entsprechend den Zielen, die die Kommunisten damit verfolgen, noch abgewartet werden. Das Ziel besteht in einer Vorwegnahme der langfristig erwarteten Entwicklung zum Grossbetrieb - nicht anders als in der Industrie - zwecks rationaler Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten. Schon Karl Kautsky hat in seinem Buche „Die Agrarfrage“ 1899 diese These vertreten, und weder Lenin noch Stalin haben ihr etwas wesentliches hinzuzufügen gewusst, nur dass sie ihre praktische Anwendung versuchten. In Litauen haben die Bauern zunächst nicht anders reagiert, als vor einigen Jahrzehnten die russischen Bauern, durch Verringerung des Viehbestandes und der Anbauflächen. Dem versucht man nun neuerdings damit zu begegnen, dass steuerliche und sonstige Erleichterungen für den letzten privaten Bereich der Bauern, ihre kleine Individualwirtschaft mit einem Häuschen und Garten sowie ein paar Stück Vieh, ganz offiziell geschaffen worden sind. Ein Kompromiss, der keineswegs bedeutet, dass das Endziel aufgehoben worden ist.

Vorerst ist in Litauen, wie auch noch in der Sowjetunion, in der Agrarpolitik die weichste und verwundbarste Stelle des Systems zu suchen, weil sie, anders als in der gewerblichen Produktion, einen vollständigen Bruch mit dem Vergangenen bedeutet. Wahrscheinlich wird sich an der Frage, ob eine Steigerung einer intensiven Produktion im Grossbetrieb möglich sein wird, auch das künftige Schicksal sowjetischer Politik überhaupt entscheiden. Litauen hat dabei durch seine Lage und seine produktiven Möglichkeiten eine sehr wesentliche Stellung erhalten.

III. KONKRETE ERGEBNISSE DER SOWJETISIERUNG

Nach diesen allgemeingültigen Feststellungen ist es nun an der Zeit, an Hand der wenigen uns zur Verfügung stehenden konkreten Angaben ein Bild der augenblicklichen Wirtschaftsentwicklung Litauens zu zeichnen.

Deutlich sichtbar ist in der Entwicklung der stufenweise Einbau in das raumwirtschaftliche System der Sowjetunion.

a) Die sowjetische Planung besitzt hierfür schon seit je ein mehrstufiges Zuständigkeitssystem: Die Schwerindustrie, der schon stets das besondere Augenmerk galt, wird zentral entwickelt und verwaltet, einschliesslich solcher Güter, die für den Gebrauch in verschiedenen Einzelstaaten bestimmt sind. Hingegen wird die Produktion für den einzelnen Staat von dessen eigener Regierung geplant und verwaltet. Entsprechend gibt es auch Planungen und Produktionen kommunaler Zuständigkeiten.

Durch die Rohstofflage Litauens und den augenblicklichen industriellen Entwicklungsstand liegt das Schwergewicht heute noch bei der Produktion für den Inlandbedarf. Nach der Art der Anlagen können folgende Einzelproduktionen unterschieden werden:

1.) Produktionen auf der Grundlage heimischer Rohstoffe.

Hierbei knüpfen die heutigen Machthaber an bereits Vorhandenes an und versuchen lediglich eine Erweiterung. Einiges ist darüber bekannt gegeben worden, und die wesentlichsten Angaben werden hier in Tabelle II zusammengefasst.

Tabelle II Die Industrieproduktion Litauens 1950¹⁾

Güterart	Produktion	Index (1940 = 100)
Braunkohle		
i. 1 000 to	975,0 ²⁾	300 ²⁾
Backsteine		
i. Mill.Stück	112,5 ²⁾	150 ²⁾
Fensterglas		
i. 1 000 m ²	700,0 ²⁾	-
Papier		
i. 1 000 to	8,4	210
Leinenstoffe		
i. 1 000 m	560,0	140

1) Schätzungen nach verschiedenen Quellen und Planziffern

2) Planziffer

Der Wert dieser Ziffern ist natürlich äusserst strittig. Über andere wichtige Produktionszweige - wie die Torfgewinnung, die Zementproduktion, die Holzverarbeitung - waren keinerlei Angaben zu beschaffen ausser, dass an ihrer Entwicklung weitergearbeitet wird. In die gleiche Kategorie gehört auch die Ausnutzung der zahlreichen Möglichkeiten zur Gewinnung von Elektrizität. Nach Angaben der „Sowjetskaja Litwa“ besteht ein Programm für den Bau von 135 kleinen Elektrizitäts- und 71-Wasserkraftwerken. Dadurch soll eine Verbreiterung der Versorgung mit Elektrizität vor allem für die Landwirtschaft erreicht werden. Bisläng hatte Litauen bekanntlich nur eine punktuelle Versorgung der Städte. Insbesondere soll das Wasserkraftwerk in Kauėn ausgebaut werden.

2.) Ausbau des Verkehrsnetzes

Über die Pläne zum Transportwesen liegen nur spärliche Nachrichten vor, so gut wie nichts über das Strassennetz, über die Eisenbahnlinien nur Instandsetzungsmeldungen, die

inzwischen überholt sein dürften. Über die Memel bei Kauen war eine Brücke geplant. Aus den geringen Nachrichten kann sicherlich geschlossen werden, dass grössere Projekte, insbesondere Erweiterungen, nicht geplant waren bzw. durchgeführt worden sind.

3.) Aufbau von Nahrungsmittelindustrien

Bei der Verarbeitung agrarischer Erzeugnisse in Markt-güter hatte - wie bereits erwähnt - der Schwerpunkt der Industrieproduktion Litauens vor dem zweiten Weltkriege gelegen. Hier war auch ein beachtlicher Erfolg erzielt worden, denn die vorhandenen Produktionsstätten hatten eine Kapazität erreicht, die die gesamte Verarbeitung der in der Landwirtschaft hervorgebrachten Überschüsse garantierte. Eine Ausdehnung in der Gegenwart kann nur erwartet werden, wenn es gelingen würde, die Produktivität in der Landwirtschaft wesentlich zu steigern. Das ist aber offensichtlich nicht gelungen, und man kann darauf auch indirekt schliessen, weil in keinem Bericht Neuanlagen von Nahrungsmittelindustrie erwähnt werden. Berichtet wird lediglich, dass jene Betriebe, die bereits bestanden hatten, wieder aufgebaut bzw. wieder instandgesetzt werden sollten. Das sind im einzelnen: In Kauen die Fleischkonservenfabrik und Tiefkühlanlagen, die Zuckerfabriken in Panevezys und Mariampol sowie eine weitere Tiefkühlanlage in Schaulen. Ferner soll eine Grossmolkerei in Wilna neu errichtet werden.

Lediglich die Fischverarbeitung soll ausgedehnt werden, und eine grössere Fangflotte wird gebaut. Die Planziffer sieht eine Erweiterung der Produktion auf das 3,9-fache vor.

4.) Aufbau arbeitsorientierter Produktionsstätten

Die bisherigen Aufzählungen vermitteln lediglich das Bild einer Weiterführung dessen, was schon im Freistaat Litauen bestanden hatte. Trotzdem genaue quantitative An-

gaben fehlen, kann aus dem dürftigen bisher vorliegenden Material dennoch geschlossen werden, dass nur in Einzelfällen die Vorkriegskapazitäten überschritten werden konnten. In den allermeisten Fällen - vor allem in der Nahrungsmittelindustrie - wurde lediglich versucht, den alten Stand wieder zu erreichen.

Anders ist es beim Ausbau mechanischer Industrien. Berichtet wird über die Entwicklung des Baues von Maschinen, Schiffen, Turbinen und Werkzeugmaschinen. Im einzelnen sollen in Litauen auch Drehbänke (Žalgiris-Werke), Dampfturbinen (Peragalė-Werke in Kauėn), Elektrogeräte und Elektrozubehör (Elfa-Werke) hergestellt werden. (Nach einem Bericht von Sniečkus auf dem VII. Parteitag, nach „Tiesa“ vom 30.9. 1952). Nach neueren Verlautbarungen (Sniečkus über Radio Wilna am 27. April 1954) sollen auch Fabriken für Traktor- und Kraftfahrzeugersatzteile geschaffen werden, desgleichen für kleinkalibrigen Walzstahl.

Industrien der vorstehenden Art in einem Gebiet wie Litauen bedürfen zweier Voraussetzungen: einmal ist die ökonomische Verbindung mit einem Schwerindustriezentrum notwendig, das Rohstoffe, Halberzeugnisse und Verarbeitungsmaschinen liefert, und andererseits müssen im Verarbeitungsland Arbeitskräfte vorhanden sein oder ausgebildet werden können. So sind in Litauen nur arbeitsintensive Industrien lohnend und werden es vermutlich auch bleiben. Eine industrielle Chance allgemein bietet die Sowjetunion ohne Zweifel: Die Arbeitskräfte kommen aus Freisetzungen durch die Bodenreformen, und die Energiebasis kann durch Ausbau der Wasserkraft für die Gewinnung von Elektrizität noch wesentlich erweitert werden. Sollten einmal auch die agrarischen Überschüsse steigen, gibt es noch die Möglichkeit, Zusatz-

bevölkerungen von ausserhalb anzusiedeln. Der Beginn auch hierfür ist bereits getan worden. Rohstoffe kommen heute aus den asiatischen Teilen, während Verarbeitungsmaschinen aus den europäischen Industriezentren der Sowjetunion bezogen werden. Die Verarbeitungsprodukte werden - soweit sie nicht im Inlande bleiben - in das Innere der Sowjetunion geliefert.

Mit der Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten von ausserhalb ist Litauen zur Zeit am engsten mit dem sowjetischen Zentralplan verbunden. Das um so mehr, als sich hierdurch für die Zentralinstanzen eine optimalere Ausnutzung der heimischen Ressourcen, Menschen und Rohstoffe anbietet. Leider fehlen, wie auch nicht anders zu erwarten, quantitative Angaben völlig. Eines ist trotzdem sicher, dass auf diesem Produktionszweig noch manche Expansion versucht werden wird, das liegt einmal in der Richtung der allgemeinen sowjetischen Produktionspläne, und andererseits liegen die technischen Möglichkeiten durchaus auf der Hand, Sicher ist auch, dass solche Aussichten durch den Anschluss an den sowjetischen Wirtschaftsraum gestiegen sind.

5.) Agrarproduktion

Alles das soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Litauen vorerst noch Agrarland geblieben ist, d. h., dass hier weiterhin das Schwergewicht liegt. Es kann sogar angenommen werden, dass in naher Zukunft diesem Teil der Produktion durch die Agrarpläne Chrustschews die schon erwähnte grössere Aufmerksamkeit zuteil werden wird. Wie sieht es aber bislang in praxi mit der Agrarproduktion aus?

Wenn man die vielen kleinen Meldungen, die zu uns gelangt sind, zu einem Mosaik zusammensetzt, so ergibt sich eindeutig, dass die Produktionsziffern der Vorkriegszeit bis

auf den heutigen Tag noch nicht einmal erreicht sein können. Ganz offensichtlich hängt das mit den Schwierigkeiten im Gefolge der Zwangskollektivierung zusammen, mit der sich die litauischen Bauern noch nicht abgefunden haben. So liegt selbst nach offiziellen Angaben beispielsweise der Viehbestand noch unter dem Vorkriegsniveau.

Tabelle III Viehbestand in Litauen 1939 - 1955¹⁾
in 1 000 Stück

	1939	1950	1954 (Plan)	1955 (Plan)
Rinder, einschl.				
Kühe	1 104	725	975	1 392
davon nur Kühe	735	504	561	919
Schafe u. Ziegen	1 224 ²⁾	400 ²⁾	750	-
Schweine	1 117	721	1 305	1 400

1) Gebietsstand 1939: 52 920 km², ab 1950 65 200 km²

2) Schafe allein

Quellen: für 1939: „International Yearbook of Agricultural Statistics“, 1941/42 to 1945/46, Bd. 1, 1947; für 1950: „Planowoje Chosjajstwo“, 1.11.1953; „Sowjetskaja Litwa“, 12.6.1951; 1954: „Sowjetskaja Litwa“, 14. und 15. 11.1953; 1955: Beschluss des 8. Plenums der ZK der KP Litauens und des Ministerrats der Litauischen SSR, v. 16. - 19. 11. 1950.

Die letzten Ziffern sind Planziele aus dem Jahre 1955, und nichts spricht dafür, dass sie auch nur annähernd haben erreicht werden können, vielleicht mit Ausnahme bei Schweinen, da hier die Vermehrungsmöglichkeiten günstiger liegen. Bei den vermittelten Zahlen ist noch zweierlei zu beachten: Einmal bezieht sich der Vergleich auf zwei verschiedene Ge-

bietsstände, wodurch die Ziffern noch günstiger liegen. Zweitens ist der Viehbestand auch heute noch zu rund der Hälfte im Privatbesitz der Kolchosbauern. Es kann also keine Rede davon sein, dass sie auch nur annähernd durch planmässige Massnahmen der Agrarpolitik erreicht sein können. Ausserdem sind Planziffern für Vieh, das weiss der Fachmann bereits aus jahrzehntelanger Erfahrung, in der Sowjetunion immer um ein Vielfaches aufgebläht.

Vielleicht noch düsterer dürfte das Bild bei den Felderträgen sein, denn hierüber sind auch nicht annähernd so detaillierte Angaben erreichbar wie bei dem Viehbestand. Hingegen wäre es ein leichtes, Seiten über Seiten mit Anlagen und Eingeständnissen offizieller Persönlichkeiten des heutigen Litauens über die schlechte Ertragslage zu füllen. Alles in allem vermitteln diese - wenn auch spärlichen - Angaben deutlich das Bild einer permanenten, noch längst nicht überwundenen Unterproduktion in der Landwirtschaft.

IV. SCHLUSSBETRACHTUNG

Das hier vermittelte Bild einer jüngeren Wirtschaftsentwicklung Litauens ist ein sehr vielschichtiges und in der Beurteilung des Erfolges wechselndes. Manchem, wie vor allem der Agrarpolitik, konnte nur ein sehr ungünstiges Urteil zuteil werden, hingegen erscheint die Entwicklung gewerblicher Produktion, gerade durch die Verbindung mit der Sowjetunion, in einem günstigeren Licht. Welches zusammenfassende Urteil soll alldem nun zugebilligt werden?

Den Menschen im Westen ist es heute mehr denn je um einen klaren Standpunkt zu tun, da die Grenzen des kommunistischen Machtbereiches schon quer durch Deutschland hindurchgehen.

Den Menschen, die Litauen verlassen haben, liegt daran, ein Urteil über die Vorgänge in ihrer alten Heimat zu finden. Weil Litauen in den Machtbereich des Kommunismus gekommen ist, muss die Auseinandersetzung auch mit eine allgemeine sein.

Aber wo soll sie ansetzen?

Da ist zunächst der isolierte ökonomische Bereich, und wir wiesen einleitend schon darauf hin, wie sehr das Urteil verhärtet ist, so dass auch das Nachdenken sich nicht mehr zu lohnen scheint. In Wahrheit ist aber hier gerade ein Vorgehen besonders schwer. Auch darauf wurde schon hingewiesen, und wir kommen jetzt wieder anknüpfend darauf zurück. Die Schwierigkeiten sind zweierlei:

1. Die Begründung der ökonomischen Überlegenheit westlicher Wirtschaftsordnung knüpft an das Problem des Maximums einer möglichen Produktion an. Was bedeutet aber ein Maximum in der Summierung verschiedener Güter? Die Zunahme einer Produktion kann eindeutig nur dann gemessen werden, wenn sie sämtliche Güter betrifft. Nimmt aber ein Teil zu und der andere ab, so ist das Problem unlösbar geworden, es sei denn, man bewerte das eine Gut höher als das andere. Genau so verfährt man in der Statistik, indem man nicht Güter, sondern Preise aufsummiert. Damit ist das Maximum aber in eine hoffnungslose Abhängigkeit vom Preisniveau gekommen, d.h. bei der Wahl verschiedener Preisniveaus kann das Ergebnis auch direkt entgegengesetzt ausfallen. Bewertet man beispielsweise die Zunahme von Erzeugnissen der Schwerindustrie sehr hoch und die von Agrarproduktion niedrig, so wird etwa die Sowjetunion im Volkseinkommensvergleich mit anderen Ländern immer günstig abschneiden. Das ist ein beliebter und stets geübter Trick, gegen den formal auch nichts einzuwenden ist. Ein solches Vorgehen bedient sich

also nur eines Hilfsmittels, das unter gewissen Voraussetzungen brauchbar ist, aber für den Beweis einer quantitativen Überlegenheit eines bestimmten Systems versagen muss.

2. Darum bedient man sich gelegentlich eines anderen methodischen Hilfsmittels und argumentiert dann wie folgt: wenn es schon statistisch nicht geht, so kann man wenigstens am Modell, d.h. einem gedachten vereinfachten Abbild der Wirklichkeit, den Beweis führen. Diese Modelle sind auf der einen Seite die atomistische Marktwirtschaft, auf der anderen die zentralgeleitete Wirtschaft. Die Überlegenheit wird dann eindrucksvoll durch die Annahme demonstriert, dass ein Maximum des quantitativen Erfolges durch den Einsatz für das eigene Interesse erreicht wird, weil einem jeden - salopp ausgedrückt - das eigene Hemd am nächsten ist und er aus diesem Grunde für sich nicht nur das meiste zu erreichen versucht, sondern darüber hinaus auch die Wege einschlagen wird, die die geringsten Kosten verursachen. Alle diese Voraussetzungen treffen bei einer zentralen Wirtschaft nicht zu. Aus diesen Gründen verkörpert die Marktwirtschaft auch das Höchstmass an Rationalität, weil jedes Wirtschaftssubjekt an sich rational handelt.

Dieser Beweis hat sich als ausserordentlich einleuchtend und einprägsam erwiesen. Trotzdem hält er einer genaueren Prüfung nicht stand. Folgende Einwände sind geltend zu machen:

a) Es gibt keine Rationalität in der Wahl der Ziele, sondern nur eine solche der Zielverwirklichung. Über Rationalität kann man sich erst unterhalten, wenn man sich über die Ziele geeinigt hat. Das Ziel, möglichst viel Konsumgüter zu produzieren oder diese auf Kosten der Schwerindustrie zu vernachlässigen, ist ebenso rational oder nicht rational wie beispielsweise der Plan, die Grünbuche durch die Blutbuche

zu ersetzen oder irgendeine sonstige beliebige Idee. Wieso soll also eine Marktwirtschaft besonders rational sein, wenn deren Ziele für eine andere Ordnung gar nicht verbindlich sind. Eine zentralgeleitete Wirtschaft erreicht ihre Ziele vielleicht mit den eigenen Mitteln gerade besser, als eine Marktwirtschaft es vermag. Sicher, es ist schwer, das zu beweisen, aber mindestens ebenso schwer, es zu widerlegen.

b) Der zweite schwache Punkt ist der, dass es sich, wie bei einem jeden Modellbeweis, um einen tautologischen Beweis handelt. Ein bestimmtes Verhalten der Wirtschaftssubjekte wird der Marktwirtschaft zugrunde gelegt, und dann wird das Wesen dieser Wirtschaftsordnung aus eben dem gleichen Verhalten gefolgert. Das, was als Annahme eingebaut wurde, wird also beim unmittelbaren Schritt danach als Beweis wieder herausgespielt.

c) Und dabei sind wir beim letzten und entscheidenden Einwand angelangt: Das Modell verwendet - wie sollte es auch anders sein - ein stilisiertes Menschenbild. Wenn der Mensch aber dem Modelltheoretiker nicht den Gefallen tut, sich so zu verhalten, wie er es gerne möchte? Unter gewissen Voraussetzungen ist es sicher zweckmässig, einen Zusammenhang zwischen Verhalten und Wirtschaftsordnung zu konstruieren, wie etwa im europäischen Kapitalismus, wo sich das Modell als Arbeitshypothese verifizieren lässt. Anders wäre man ja auch gar nicht darauf gekommen, wenn sich ein bestimmtes, aber aus ganz anderen geistigen Wurzeln kommendes Verhalten nicht schon vorher habitualisiert hätte und beobachtet worden wäre. Ein kausaler Zusammenhang zwischen Ordnung und Verhalten besteht aber nicht. Das hat ja gerade der Marxismus angenommen; und sich der gleichen Argumente bedienen, hiesse sich auf sein Denkniveau begeben. Vielleicht wird der

eine oder der andere jetzt lie hier einleitenden Gedanken besser verstehen, wenn immer wieder besonderes Gewicht von den ökonomischen Quantitäten weg zu den geistigen Kräften in den Menschen selbst gelegt wurde. Wenn also keine Wirtschaftsgesinnung wie im Kapitalismus ausgeprägt ist, und das ist in allen unterentwickelten Gebieten der Welt der Fall, so hat eine zentralgeleitete Wirtschaft sicherlich sogar die besseren Chancen, wenn das wirtschaftspolitische Ziel Industrialisierung heisst. So kann die sogenannte Überlegenheitsthese bei schärferem Durchdenken gegen ihre Urheber selbst zurückschlagen.

Man kann sich also wenden wie man will, überall erweist sich der Weg, mit logisch-ökonomischen Argumenten eine Auseinandersetzung mit den Vorgängen im Osten zu suchen, blockiert. Damit entfällt auch die Möglichkeit, aus der ökonomischen Zurückgebliebenheit - und sei es nur eines Teilbereiches der Wirtschaft - ein Versagen konstruieren zu wollen. Was die Sowjetunion betrifft, kann heute kein einsichtiger Mensch mehr darum herum, Erfolge zuzugeben; dazu ist der politische und wirtschaftliche Aufstieg dieses Landes zu offensichtlich. Auch wenn man sich auf einen geographischen Bereich - hier speziell Litauen - beschränken wollte, würde keines solcher Argumente verfangen. (Der Verfasser hat nicht zuletzt aus diesem Grunde sich bemüht, das Material so darzustellen, dass unterschiedliche Beurteilungsmöglichkeiten sichtbar wurden). Anderenfalls wäre zu beweisen, dass bei den gleichen Zielen unter einer anderen Wirtschaftsordnung das gleiche oder mehr hätte erreicht werden können. Ein sicherer Beweis ist aber logisch überhaupt nicht und empirisch nicht mehr zu führen. Und zu allerletzt: die weitere Entwicklung ist noch völlig offen, kein Mensch kann hier -

wie überhaupt, wenn es sich um Vorgänge im sozialen Bereich handelt; mit Sicherheit etwas Bestimmtes voraussagen.

Der einzige Weg, der für eine Auseinandersetzung gangbar ist, ist der, auf die Ziele selbst zurückzugehen und diese nicht mit logischen Instrumenten zu analysieren, sondern nach eigenen ethischen Maßstäben oder solchen der westlichen Sozialordnung zu werten. Es ist erstaunlich, wie wenig das eingesehen wird, es ist aber zu einer Lebensfrage geworden, sich darüber Klarheit zu verschaffen. Vielleicht ist es gut, wenn das einmal von einem gelernten Nationalökonom, ohne Angst, den Wert der eigenen Wissenschaft herabzusetzen, ausgesprochen wird.

Und so soll hier, wenn auch in gedrängter Kürze, diese Frage mitbehandelt werden. Ziel des Kommunismus ist, so wie er in der Stalinschen Prägung in der Sowjetunion noch heute lebendig ist, eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und mit beiden auch einen Menschen zu schaffen, so wie sie aus den Modellen der Entwicklung des Kapitalismus von Marx und Engels als Endziel und Selbstverwirklichung der Geschichte abgeleitet wurden. Also wohl gemerkt: nach Marx sollte der Endzustand erst eintreten, wenn der Kapitalismus sich selbst vollendet hatte, und die Revolution war nur als formaler Schlussakt gedacht. Der Geschichte war damit immer noch die Möglichkeit zur Korrektur gegeben, d.h. sich anders als erwartet zu entwickeln. Die sozialistischen Parteien des Westens haben dem stets Rechnung getragen, und sie haben sich dann auch entsprechend dem Abweichen der gesellschaftlichen Entwicklung vom Modell und von den Schlussfolgerungen distanziert. Nur die russischen Bolschewisten erhoben das Denkmodell zum Dogma, und so unternahmen sie den Versuch, den als Gewissheit für die Zukunft erkannten Endzustand durch planerische Massnahmen bis in den privatesten Bereich

Jedes einzelnen Individuums schon in der Gegenwart zu gestalten. Das Absurde eines solchen Vorgehens besteht besonders darin, dass in Russland vor der Revolution der Kapitalismus nur im Keim entwickelt war, die Politik ganze Generationen der Entwicklung zu überspringen gedenkt und jede Abweichung mit Gewalt unterdrückt. Wohl hat man auch dort eingesehen, dass selbst planerisch das Ziel nur in der Zeit erreicht werden kann, und man hat es in eine immer fernere nebelhafte Zukunft gerückt. *Als konkrete Wirklichkeit jedoch ist geblieben, dass in einem jeden Zeitpunkt die Menschen dort der Manipulierung unter Ausübung des bis zur physischen Vernichtung gehenden Zwanges ausgesetzt sind.*

Gerade das ist aber jeglicher Tradition unserer abendländischen Geschichte diametral entgegengesetzt. Diese hat ihren Ursprung in den christlichen Werten. Hier galt seit je her der Satz, dass der Mensch Gott mehr zu gehorchen habe als den Menschen. Nur so ist es verständlich, dass unsere Geschichte immer wieder Epochen der Neubesinnung, des Neubeginns aus scheinbar wilder Wurzel erlebt hat. Darin unterscheidet sich das christliche Abendland von allen anderen Kulturen. Und wenn man will, so war auch der Kapitalismus ein solches Neubeginnen zum Neuordnen, auch wenn er von vornherein interessenverbrämt war und sich zusammen mit einer grossen Säkularisierungswelle ankündigte. *Mit dem sowjetischen Kommunismus wird die tausendjährige Tradition, aus der wir auch heute noch alle leben, abgeschnitten und unmöglich gemacht.*

Bleiben wir aber bei einer solchen Feststellung nicht stehen, denn auch der Kommunismus ist letztlich ein Kind liberalen Denkens. Das wird einem klar, wenn man auf die Fallgruben und Fallstricke der Vorstellung von einer praestabili-

sierten Harmonie zurückgeht. Sie wurde den Naturwissenschaften entlehnt, speziell der Lehre von den Gestirnen, wo eine an sich zerstörende Kraft - die Anziehungskraft - in einem System zum Gleichgewicht gebändigt wird. In der sozialen Harmonielehre setzt man dann lediglich statt mechanischer Kraft den Egoismus der Individuen, um im Sozialen ein entsprechendes naturgegebenes Gesetz zu erhalten, und erwartet von der Freisetzung menschlicher Energie ein gleiches Ergebnis. In Wahrheit wirkten die liberalen Reformen zunächst darum nicht zerstörend, sondern aufbauend - darauf wurde in anderem Zusammenhang schon einige Male hingewiesen -, weil andere Verhaltensweisen sich bindend auswirkten. Der Denkansatz zum heutigen Kommunismus ist aber schon deutlich: denn Freiheit so verstanden, bedeutet auch Freiheit zum Zusammenschluss und das wiederum schliesst eine Majorisierung der Minderheit ein, solange der Egoismus als ethischer Masstab gilt. Ausgesprochen wurde damit der alte nie gelöste Widerspruch des Liberalismus: in hundert Kartelldebatten diskutiert, ohne dass man je zum Abschluss gekommen wäre.

Auf Schritt und Tritt begegnet man diesem Widerspruch. Auch im Nationalitätenprinzip, denn die Grenzen der Nationalstaaten liessen sich historisch nur dann wirksam machen, wenn man die anderen, die Anderssprachigen, jene, die anderen Religionen angehören usw. zu manipulieren, nach dem Bilde der herrschenden Nation umzugestalten versuchte. Die Katastrophe nach dem letzten Kriege hängt all überall ursächlich mit solchem Harmoniedenken zusammen. Was geschieht denn, wenn durch Zusammenschlüsse die Macht in die Hände eines einzelnen Mannes gerät, und dieser handelt weiter so, wie es liberales Denken gestattet? Darüber hat unsere Generation doch einige Erfahrungen sammeln können. Vielen Historikern ist das schon bewusst geworden, und sie suchen heute nach einem neuen Geschichtsbild. Die Zeit ist für eine Neubesin-

nung auch im Westen überreif. Auch diesem Hinweis sollten die hier wiedergegebenen Zeilen dienen, und das nicht zuletzt, wenn wir gegenüber dem Kommunismus selbst noch bestehen wollen.

Mit diesem letzten Gedanken enden auch die Zeilen des Aufsatzes, nicht zuletzt, weil der Auftrag, ihn zu schreiben, nicht an den wertenden, sondern an den wissenschaftlich denkenden Menschen gerichtet war, und jeder weitere Satz jetzt über den Auftrag hinausgehen müsste.

EINSCHMELZUNG ODER EINGLIEDERUNG?

PROFESSOR DR. MAX HILDEBERT BOEHM, LÜNEBURG.

In der ersten Zeit nach dem Einströmen der Ostvertriebenen in ihre westdeutschen Wohngebiete war bei den Einheimischen die Meinung mehr oder minder deutlich ausgesprochen vorherrschend, dass dieser Überfremdung der westdeutschen Heimatgebiete durch massenhafte Zuwanderer aus dem Osten nur mit einer möglichst glatten und schnellen Assimilierung der „Neubürger“ begegnet werden könne. Obgleich ein solcher Vorgang der Assimilation in den seither verflossenen zehn Jahren tatsächlich im Zuge der wirtschaftlichen Unterbringung auch bei Erwachsenen, ganz besonders aber beim Nachwuchs in Gang gekommen ist, sind inzwischen doch Zweifel aufgetaucht, ob die Parole der Schnell-Assimilierung so selbstverständlich und heilbringend sei, wie es anfangs schien. Das führte bei der Erörterung der Flüchtlingsproblematik zu einer Gegenüberstellung von Einschmelzungen und Eingliederungen der Vertriebenen, wobei der letzteren der Vorzug gegeben wurde. Während aber der Sinn von Einschmelzung einigermassen klar ist, da es sich hierbei eben um schnelle und vorbehaltlose Assimilation der Zugewanderten handelt, bedarf der Begriff der Eingliederung einer sorgfältigen Klärung. Dahinter steht die Frage nach dem Sinn und der Überdauerungsfähigkeit der landsmannschaftlichen Zusammenschlüsse im Ganzen, die bei jeder einzelnen Landsmannschaft eine besondere Antwort erheischt. Wir werden also im folgenden die Differenzierung der Landsmannschaften nach ihren Zielen, der Lage ihrer Glieder und den Zukunftschancen ihrer

Arbeit über den allgemeinen Anliegen der landsmannschaftlichen Bewegung nicht übersehen dürfen.

Der Ausgangspunkt der Vertriebenenbewegung ist das Schicksal von rund 15 Millionen Deutschen und ihre gewaltsame Verdrängung aus ihren zum Teil seit vielen Jahrhunderten innegehabten Siedlungs- und Heimatgebieten. Mit der Vertreibung, die sich in zahlreichen Fällen auch als Abriegelung der angestammten Heimatländer für rückkehrwillige Kriegsteilnehmer auswirkte, verband sich eine fast vollständige Enteignung und eine sehr weitgehende Deklassierung eines grossen Teils unseres Volkes, der damit der Gefahr einer radikalen Nivellierung, Proletarisierung und Radikalisierung ausgesetzt war. Indem der Vertriebene inmitten von Angehörigen des eigenen Volkes durch ein persönlich unverschuldetes und seelisch schwer zu bewältigendes Kollektivschicksal gleichsam auf den Nullpunkt seiner Existenz herabgedrückt war, lief er Gefahr, sein natürliches soziales Selbstgefühl zu verlieren und in einen labilen Zustand schwankender Selbstachtung zu geraten, der als Reflex der ihm entgegengebrachten Verachtung als hergelaufener Flüchtling zu verstehen ist. Die Gefahren, die aus einer solchen Massenpsychose der Flüchtlinge erwachsen konnten, waren offenkundig.

Daher war für alle verantwortlichen Stellen zunächst das Problem der neuen Existenzbefestigung vordringlich, die in zehn Jahren zweifellos erhebliche Fortschritte gemacht hat. Den Vertriebenen mussten zunächst einmal ein neuer Wohnsitz und eine menschenwürdige Unterkunft gewährt werden, wobei das berüchtigte „Lager“ nur als provisorischer Notbehelf und nicht als Dauerunterbringung gelten konnte. Aus der Enteignung entwickelte sich zunächst die Aufgabe einer elementaren Versorgung mit Kleidung und Nahrung und dann die Problematik einer Teilentschädigung auf Grund eines Lastenausgleichs mit

den Einheimischen, vor allem aber die Wiedereinfügung der Millionenmassen vertriebener Arbeitsloser in das Berufs- und Wirtschaftsleben des deutschen Westens, das sich selber zunächst in einem Zustand chaotischer Unordnung befand. Hierbei musste naturgemäss die Deklassierung nach Möglichkeit überwunden werden, indem die wohlerworbenen Beamten- und Angestelltenrechte (gemäss Artikel 131 des Grundgesetzes) durch den Bund wieder in Kraft gesetzt und die Wiedereingliederung in das Berufsleben so gesteuert wurde, dass jeder nach Möglichkeit in den früher betriebenen, sonst aber in einen Beruf der gleichen oder einer besseren Lebenshöhe gelangte, der ihn individuell befriedigte.

Dieser Prozess der Existenzbefestigung vollzog sich naturgemäss dadurch, dass die persönliche Energie, Wendigkeit und Lebensklugheit, die jeder selbst aufbringen musste, um sein tragisches Schicksal zu meistern, mit überlegten Beratungs- und Förderungsmaßnahmen geeigneter Organe teils der Behörden in Gemeinde, Land und Bund, teils der Vertriebenenverbände fruchtbar zusammenwirkten. Trotz den unvermeidlichen Reibungen und Enttäuschungen, zu denen ein so komplizierter Sozialvorgang unter den vorherrschenden katastrophalen Begleitumständen führen musste, wurde dabei unmerklich und schrittweise die anfängliche allgemeine Nullpunkt-Situation einer Nivellierung ganz nach unten hin durch einen allmählichen Wiederaufstieg überwunden, der sich nur selten in grösseren Gruppen, letztlich aber immer unter besonderen Bedingungen von Fall zu Fall vollzog. Dadurch setzte sich innerhalb der Vertriebenen eine neue Differenzierung sozialer Art durch, die nur teilweise und bedingt mit der früheren sozialen Gliederung in der Zeit vor der Vertreibung zusammenhing. Die Chancen für den sozialen Wiederaufstieg waren äusserst ungleichmässig verteilt, wobei Charakter- und Befähigungsunterschiede rein individueller und persönlicher Art, gruppen-

mässige Lebensbedingungen und die Gunst oder Ungunst der Lage des ersten Fluchtzieles mitwirkten, so dass in vielen Fällen neue Wohnsitzveränderungen mit allen unliebsamen Begleiterscheinungen nötig waren, um die neuen Ungerechtigkeiten auszugleichen, die sich für die Vertriebenen durch ihre willkürliche räumliche Verteilung auf die verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik ergeben mussten.

Alle Hilfsstellungen, die hierbei durch Behörden und Organisationen geleistet werden konnten, waren, besonders anfänglich, nur zum kleinen Teil durch grundsätzliche Erwägungen und überlegene Planung bestimmt, grossenteils standen auch sie unter dem Zwange improvisierter Notstandsaktionen und der Finanzlage von Bund und Ländern. Immerhin taucht hier bei der Beurteilung sozialer Wünsche und Erfolge bereits die Frage nach Einschmelzung oder Eingliederung in einem sozialen, auf Personen und Familien bezogenen Sinne auf. Als Eingliederung konnten dabei alle Massnahmen gelten, die auf eine organische Einfügung des Vertriebenen in den westdeutschen Sozialkörper abzielten und die Gefahr der Atomisierung und damit der Vermassung vermieden oder doch in erträglichen Grenzen hielten. Von Eingliederung in diesem sozialen Sinne konnte man also überall da sprechen, wo die Rückführung in den erlernten früheren oder die Einweisung in einen erwünschten neuen Beruf mit befriedigenden Erwerbs- und Aufstiegschancen gelang, womit gleichzeitig die Erziehung der Kinder gemäss den Traditionen ihrer Familie erleichtert wurde, die im Stadium der Nullpunkt-Existenz aufs äusserste gefährdet war. Immerhin führte diese soziale Eingliederung vielfach zu Massnahmen der Umgliederung, so dass der Vorgang im Ganzen nicht auf Restauration, sondern auf eine konstruktive Umwandlung der westdeutschen Sozialordnung hinauslief, die in ihrem Ausmass bisher nur zum Teil erforscht ist.

Das Ergebnis dieser vielfältigen Bemühungen um soziale Eingliederung der Vertriebenen, die anfangs den Charakter der sozialen Betreuung besonders durch die Hilfskomitees der Kirchen und erst später mehr das Gepräge der kollektiven Selbsthilfe durch eine spezifisch wirtschaftliche Organisation wie den Zentralverband vertriebener Deutscher trug, ist überwiegend positiv zu beurteilen. Obwohl noch viele bittere Notstände zu überwinden sind, die oft mit Alter und Gesundheit der Opfer der Vertreibung zusammenhängen, ist doch das Familienleben der Vertriebenen auf eine gesündere Grundlage gestellt worden. Die ursprünglichen „Komplexe“ aus der anfänglichen Notzeit wurden mehr und mehr überwunden, durch Befriedigung eines gesunden Geltungsdranges und Leistungsstolzes ein stabiles Selbstbewusstsein des Einzelnen und seiner Familie wiedergewonnen. Nicht wenigen Vertriebenen ist es sogar gelungen, sich gegenüber ihrer früheren Existenz sozial und wirtschaftlich zu verbessern. Es wäre ungerecht zu verkennen, dass dieses soziale Eingliederungswerk mit all seinen segensreichen Folgen eine Gemeinschaftsleistung von Einheimischen und Vertriebenen darstellt und trotz den Opfern und Verzichten, die von beiden Seiten geleistet werden mussten, beiden Bevölkerungsgruppen zum Segen geworden ist.

Für die meisten Einheimischen und für die Behörden und Organisationen der Bundesrepublik, aber, wie man offen betonen muss, auch für einen grossen und wahrscheinlich wachsenden Teil der Vertriebenen selber erschöpft sich das sogenannte Flüchtlingsproblem in diesen überwiegend wirtschaftlich-sozialen Fragestellungen. Die Ostvertreibung selber, ihrem Wesen nach ein eindeutig national und politisch bestimmter Vorgang von grösster Tragweite für die Weltstellung des deutschen Volkes, wird damit gleichsam zu einem etwas turbulenten, in barbarischen Formen verlaufenen Teil-

prozess innerhalb der seit hundert Jahren schon früher in katastrophischen Formen vor sich gehenden Umwandlung der Deutschen aus einem Agrarvolk in eine industrielle Massengesellschaft. Diese Entwicklung führte schon vorher zu einer weitgehenden Nivellierung der Stammesunterschiede und zu einer Vermassung und Entwurzelung, deren Vorstufe die Verstädterung und Vergrosstädterung ist. Mit Recht wird man sich also fragen dürfen, in welchem Masse echte organische Eingliederung überhaupt dadurch möglich ist, dass nun - manchmal auf dem Umweg über eine kümmerliche Wartezeit in den agrarischen Reservaten Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und mancher Teile Bayerns - die Vertriebenen auch dadurch wirtschaftlich befriedigt werden sollen, dass man ihnen um jeden Preis Arbeit verschafft, wenn man sie dadurch gleichsam im Ofen des deutschen Industrialismus verheizt. Sieht man die Dinge so, dann wundert man sich auch weniger, dass insbesondere die Jugend - an diesen neuzeitlichen Strukturwandel der abendländischen Gesellschaft besser angepasst als die ältere Generation gerade der überwiegend agrarischen Ostgebiete - sich offenbar mit dieser Verengung des Blickwinkels leichter abfindet. Bei der „völkischen Ernüchterung“, die man der jungen Generation nachsagt, und die sich insbesondere bald nach dem Zusammenbruch auch in einer hemmungslosen europamüden Auswanderungswilligkeit aus rein materiellen Gründen äusserte, handelt es sich um wesentlich mehr als um die Absage an eine überständige „Romantik“ und um den Abbau wissenschaftlich fragwürdiger „Ideologien“, es geht hierbei vielmehr um tiefe Gefährdungen des organischen Volkszusammenhanges überhaupt. (Zur Vertiefung dieses Gedankenganges verweise ich auf die soeben erschienene Schrift des früheren Leipziger Soziologen Hans Freyer „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“, 1955, die gänzlich unabhängig von der Vertriebenenfrage der sozialen

und metaphysischen Existenzkrise unserer Zeit eine scharfsinnige und in die Tiefe dringende Deutung gibt). -

Durch eine solche Betrachtungsweise gewinnt eine paradoxe Erscheinung ihr eigentümliches Gewicht. Inmitten der sozialen Auflösung und materiellen Verelendung hat sich offenbar aus einem übermächtigen Instinkt heraus die grosse Mehrzahl der Vertriebenen gegen diese Gefahr der Vermassung elementar aufgelehnt. Die Proletarisierung der Ostvertriebenen, ein Hauptziel der bolschewistischen Politik, ist offensichtlich nicht erreicht worden. Der Flüchtling entdeckte - zunächst einfach im Kontrast zum Einheimischen, der ihm vornehmlich als misstrauischer und vielfach gehässiger Konkurrent gegenübergestellt war - in sich selber den Landsmann, der als solcher sein Schicksal nicht primär als Vertreibung aus Besitz, Lebensstellung, Amt und Würden und damit als blosser soziale Verelendung, sondern als Heimatvertreibung und damit als einen Sonderfall seelischer und geistiger Entwurzelung versteht, wodurch alle übrigen scheinbar viel drastischeren Verluste gegenüber einer Einbusse unwägbarer Art zurückgestellt wurden. Diese Deutung unseres Schicksals ist gerade in der heutigen Zeit keineswegs so selbstverständlich, wie es erscheinen mag, seitdem der neugeprägte Ausdruck „Heimatvertriebene“ auch schon zu einem Schlagwort geworden ist, das vielfach gedankenlos nachgesprochen wird. Bei der Heimat nämlich handelte es sich um einen Verlust, der auf der Ebene des Volkstums seinen Ort hat und der seinem Wesen nach auch durch Lastenausgleich, Wiederherstellung von Beamtenrechten oder sogar günstigen Berufswechsel niemals abgegolten und wiedergutmacht werden kann. Denn Heimat und damit die Bindung an ein spezifisches Erbe des bodenständigen Menschen und an einen letzten Endes irrationalen Wert ist wesenhaft unersetzbar. Es mag also für eine kritischere Betrachtung eine pathetische Übertreibung sein, wenn es in

der Charta der Heimatvertriebenen heisst, jemanden mit Gewalt aus seiner Heimat vertreiben, bedeute ihn im Geiste töten. Es ging und geht ja gerade darum, alle, die dem Millionenschicksal des physischen Todes auf der Flucht entgangen sind, vor einem andern, dem geistigen Tode zu bewahren. Aber der Sinn und die Würde unserer landsmannschaftlichen Zusammenschlüsse ist doch darin zu suchen, dass sie eben dies mit konstruktiven, wenn auch vielleicht noch unzulänglichen Mitteln versucht haben. Die landsmannschaftliche Bewegung erscheint damit als die paradoxe Bemühung, das Unmögliche doch möglich zu machen, das Unersetzbare doch zu ersetzen, und zwar dadurch, dass Heimat als ein Zusammenhang erkannt und wiederhergestellt wird, der zwar von Land und Raum her bedingt und zu verstehen ist, überwiegend aber ein System soziologischer Beziehungen von Mensch zu Mensch, vom Landsmann zum Landsmann bedeutet. Der Sinn der landsmannschaftlichen Arbeit ist es also, im Zustande der Zerstreuung und Entwurzelung durch festen Zusammenschluss der Landsleute untereinander eine neue, früher nicht vorhandene Form der bewussten heimatbezogenen Existenz zu finden und organisatorisch zu verwirklichen.

Den Männern und Frauen, die seit dem Augenblick der Gewährung des Koalitionsrechtes an die Vertriebenen, z.T. früher, diesen landsmannschaftlichen Zusammenschluss mit all seinen offensichtlichen Unzulänglichkeiten praktisch verwirklicht haben, waren höchstwahrscheinlich diese tieferen Zusammenhänge nur zum Teil bewusst. Die landsmannschaftliche Bewegung ist also als eine Instinktreaktion des vertriebenen Volksteils zu verstehen, die für den organischen Zusammenhang des Gesamtvolkes von grösster Bedeutung ist. Wirksam waren dabei Motive ganz verschiedener Art, bei denen aus guten Gründen das heute im Übermass verkettzte „romantische“ Element mitschwang und auch ruhig mitschwün-

gen darf. Massgeblich war das ganz primitive Bedürfnis nach Brutwärme in der Fremde, nach Überwindung der Vereinsamung, nach Anlehnung an gleichgestimmte Schicksalsgenossen, mit denen man nicht allein jüngste Erlebnisse einer grauenhaften Flucht, sondern schönere Erinnerungen an den verlorenen Wurzelgrund der Existenz teilte. Dabei erwachte dann ein Bewusstsein gemeinsamer Überlieferungen und Bindungen an den Raum und die Vergangenheit der verlorenen Heimat, die als Voraussetzungen einer besonderen Eigenprägung erkannt wurden, die als Bewusstsein einer stammlichen Eigenständigkeit im Schosse des eigenen Volkes primitiveren Naturen durch Begegnung und Vergleich mit Deutschen von ganz anderer Art erst jetzt seelisch lebendig wurde. Verbindend war weiterhin die leidenschaftliche Sehnsucht nach Rückkehr in die alte Heimat, nach der einfachen Fortsetzung einer durch die Vertreibung jäh abgebrochenen Existenzform, ein Wunsch also, der natürlich wie alles restaurative Denken, Elemente utopischer Unwirklichkeit in sich trug, aber doch der Ansatzpunkt für eine ganz persönliche Verantwortung gegenüber der alten Heimat auch nach der Trennung war und damit dem ganzen deutschen Volke zugute kommt. Je mehr überdies die Vertriebenen bemerkten, wie unvollständig und vielfach irrig und abschätzig hier im Westen die Anschauungen über unseren Osten waren, der sich ja aus kulturell und sozial höchst mannigfaltigen Gebieten zusammensetzt, desto deutlicher meldete sich bei den politisch nachdenklicheren und energischeren Naturen unter den Ostvertriebenen die unabweisbare Pflicht, durch den Mund der Landsmannschaften für den Osten als integrierenden Teil von Gesamtdeutschland zu zeugen, der Schrumpfung des gesamtdeutschen Raumbildes auf immer engere Bereiche Widerstand zu leisten, auch den Gedanken der Wiedervereinigung aus Treue zur alten Heimat weit und elastisch genug zu halten, um vorschnelle Befriedigungen des deutschen

Volkes durch etwaige Zwischenerfolge auf dem Wege zu einer wirklich haltbaren gesamtdeutschen Lösung zu verhindern. Und durch diese mannigfaltigen Versuche, landschaftliche Traditionen wachzuhalten, die nicht nur durch die Zeit, sondern z.T. gerade durch Erfolge auf dem Wege einer lediglich wirtschaftlich-sozial begriffenen Eingliederung in ihrem Fortbestand bedroht sind, leistete das landsmannschaftliche Denken und Handeln echten Widerstand gegen Vermassung und Nivellierung, die durch den wachsenden Anteil der Vertriebenen an der Prosperität des Westens keineswegs behoben, sondern manchmal sogar auf sublimen Weise begünstigt werden.

Es tauchte also nunmehr die Frage nach Einschmelzung oder Eingliederung in einem neuen und in vieler Hinsicht problematischeren Sinne auf. Die Vertriebenen mussten dabei die Erfahrung machen, dass sie offensichtlich als das Objekt der Politik von Landes- und Bundesbehörden grundsätzlich recht verschieden behandelt wurden. Die Länder, die ihrerseits ein spezifisches Heimaterbe, nämlich das der Einheimischen in den Teilgebieten der Bundesrepublik, zu verwalten haben und daher auch durch das Einströmen von landesfremden Flüchtlingen bedroht sind, zeigen sich stärker an der schnellen Anpassung der Vertriebenen und damit an ihrer rücksichtslosen Einschmelzung interessiert. Die Länder, vielfach in partikularistischer Blickrichtung befangen, die den Ostdeutschen als solche schwer verständlich ist, sehen es ja auch nicht als ihre eigentliche Aufgabe an, gesamtdeutsche Raumpolitik zu treiben und ihre „Neubürger“, die ihnen nur anfangs überwiegend eine Last, je länger je mehr aber eine wichtige Reserve an Arbeitskräften bedeuten, in einer inneren Haltung zu befestigen, die ihren Einsatz für eine künftige Wiederbesiedlung des Ostens erleichtern soll.

Der Bund aber betreibt Politik der Wiedervereinigung mit der Zone und der Revision der Gewaltgrenze von Jalta und Potsdam. Er interessiert sich also auch für das, was die Landsmannschaften „Heimatpolitik“ nennen und was auf die Forderung hinausläuft, die Vertriebenen trotz ihrer sozialen Eingliederung in neuen Wohngebieten für künftige gesamtdeutsche Aufgaben im Osten verfügbar zu halten. Hier taucht also ein ganz anderes Eingliederungsproblem auf, das auf eine Einfügung der Vertriebenen in neue soziale und auch ländermässige Bindungen und in eine Ordnung der nationalen Kräfte hinzielt, wobei das Bewusstsein der Herkunft aus den östlichen Gebieten nunmehr den Sinn erhält, diese Teile des deutschen Volkes gerade auch durch Kräfte von Herz und Gemüt auf gesamtdeutsche, nationale Zukunftsziele zu verpflichten. Unter diesen Umständen fällt also den Landsmannschaften als Erziehern zum echten gesamtdeutschen Gedanken eine volkspolitische Aufgabe zu, die über spezifische Heimatbindung des Einzelnen und auch ganzen Landsmannschaften weit hinausreicht.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass bei den einzelnen Landsmannschaften die Zukunftsziele und damit auch die Aussichten auf Verwirklichung primitiv-gemütmässiger Wunschvorstellungen recht verschieden sind, die zum Teil mit der geographischen Lage der einzelnen Heimatgebiete, aber auch dem Ausmass ihrer Krisenfestigkeit schon vor der Vertreibung und mit den weltpolitischen Machtverhältnissen zusammenhängen, von der alle unsere heimatpolitischen Erfolge nicht zu trennen sind. Es überwiegen also landsmannschaftliche Gruppen mit eindeutigen Rückkehrwillen der Mehrzahl ihrer Glieder, wobei freilich auch hier die realen Aussichten der Rückkehr namentlich im Hinblick auf den Zeitpunkt verschieden beurteilt werden müssen. Es gibt aber auch Gruppen, deren Zukunftsziele, auch ohne dass das in der Öffentlich-

keit viel diskutiert wird, offensichtlich zwiespältig sind. Und schliesslich müssen wir zugestehen, dass auch Landsmannschaften zu nennen wären, bei denen der reale Wille zur Rückkehr in die alte Heimat effektiv fehlt, womit aber nicht gesagt ist, dass diese Gruppen, die aus geschichtlich jüngeren und räumlich weit entlegenen, inselartigen Siedlungen besonders im Südosten stammen, nicht auch für anderweitige Aufgaben im Osten in Bereitschaft gehalten werden sollten. Wir müssen also landsmannschaftliche Ziele mit berücksichtigen, die nicht im engeren Sinne heimatpolitisch sind, aber trotzdem eine starke volkspolitische Bedeutung haben oder gewinnen können.

Für die schwierige Aufgabe, gerade bei sozialer Sättigung die Landsmannschaften auch volkspolitisch auf Grund ihrer kollektiven Eigenständigkeit in das kulturelle Leben des Westens ethnisch einzugliedern, ergeben sich Unterschiede der Zukunftsziele und praktischen Möglichkeiten auch aus Verschiedenheiten in der Strukturfestigkeit der einzelnen Landsmannschaften. Sehr bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen Landsmannschaften, die Führungs- und Organisationserfahrungen als Volksgruppe in fremden Staaten und in fremdvölkischer Umgebung haben, und den vielfach zahlenmässig starken, aber lockerer strukturierten Landsmannschaften, die ursprünglich Provinzialbevölkerungen aus den östlichen Provinzen Preussens waren und bisher nicht vor der Aufgabe standen, sich auf die Kräfte der Selbstbehauptung und Selbsthilfe im nationalen Kampf zu besinnen, von denen die ehemaligen Volksgruppen noch heute zehren. Gerade die Landsmannschaften also, deren realpolitische Chancen manchmal grösser sind als die ehemaligen Volksgruppen, leider an einer geringeren Strukturfestigkeit und Widerstandsfähigkeit, die sich aus den geschichtlichen Umständen leicht erklärt. Auch die unterschiedliche Lage der grösseren

und kleineren Landsmannschaften ist zu beachten. Der Nachteil der kleineren Landsmannschaften ist, dass sie kein Massengewicht einsetzen können und sich oft in hoffnungsloser Zerstreung befinden, die ihre Durchorganisation stark erschwert, ihr Vorteil wiederum, dass sie personal übersichtlicher und dadurch strukturfester sind, da die zu schaffende politische Organisation gegenüber einem bereits vorhandenen festen Personen- und Sippenzusammenhang sekundär ist. Da sich die Landsmannschaften aber schon seit längerem in einem Gesamtverband zusammengeschlossen haben, dessen politisches Gewicht bei 1,7 Mill. eingeschriebener Mitglieder sichtlich im Wachsen ist, bietet sich auch für die Angehörigen kleinerer Landsmannschaften die Möglichkeit, in der Gesamtbewegung gewissermassen als Sauerteig zu wirken, da sich ihre Betätigungsmöglichkeiten nicht auf die eigene Landsmannschaft im engeren Sinne beschränken.

Da es bei der landsmannschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen darum geht, die eigenständigen Volksgruppen aus dem Osten in eine föderative Gesamtordnung unserer gesamtdeutschen Kräfte sinnvoll zu integrieren, ist der kulturelle Bereich dieser Arbeit von entscheidender Bedeutung. Auch auf diesem Gebiet haben sich organisatorische Zusammenschlüsse vollzogen, die innerhalb der rund zwanzig Landsmannschaften zu einer gewissen Konzentration der Kräfte geführt haben. Der Kulturarbeit aus landsmannschaftlichem und damit kulturell föderativem Geist dienen gegenwärtig vier Kulturwerke. Während sich aber die Tätigkeit des Schlesischen Kulturwerks und des sudetendeutschen Adalbert-Stifter-Vereins auf das Gebiet von zwei besonders zahlenstarken Landsmannschaften beschränkt, stehen das Nordostdeutsche Kulturwerk in Lüneburg und das Südostdeutsche Kulturwerk in München vor der Aufgabe, die kulturellen Kräfte mehrerer, ursprünglich

benachbarter Landsmannschaften aus dem Norden und Süden von Ostmitteleuropa zu gemeinschaftlichen Bemühungen zusammenzufassen. Die Kulturarbeit des Nordostdeutschen Kulturwerks, der insbesondere für eine wissenschaftlich unterbaute Schulungsarbeit die Ostdeutsche Akademie in Lüneburg zur Verfügung steht, ist von dem gemeinsamen Vertrauen der Brandenburger, Pommern, Ost- und Westpreussen und der Deutschen aus Polen und den baltischen Staaten getragen und dient damit der Erhaltung und Fortentwicklung von Traditionen des Ostseeraumes, in denen Hansa und Ordensstaat wichtige Marksteine der Entwicklung darstellen. In diese Gruppe gehören auch die Deutschen aus Alt-Litauen hinein, die eine eigene Landsmannschaft bilden, während die Memeldeutschen der Ostpreussischen Landsmannschaft angeschlossen sind.

Ohne Zweifel steht die Kulturarbeit der Litauendeutschen vor besonderen Schwierigkeiten, die nicht verschwiegen werden sollen. Diese Gruppe ist nicht nur zahlenmässig klein, sondern verfügt als eine der jüngsten Volksgruppen über eine relativ geringe Eigentradition, die sich auch aus ihrer sozialen Zusammensetzung erklärt. Sie besteht in ihrer Mehrzahl aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Elementen, während in der Zeit nach 1918, als die Konstituierung der ostdeutschen Volksgruppen als Minderheiten in den neuen Randstaaten begann, ihre führenden Persönlichkeiten grossenteils aus anderen Gebieten des zarischen Russland stammten. Aber auch die Litauendeutsche Landsmannschaft verfügt über spezifische Auslandserfahrungen, die für das gesamte deutsche Volk von Nutzen sind. Sie hat im letzten Menschenalter eine beachtliche Anstrengung auf die Schaffung einer geistigen Führungsschicht verwandt, die sich in der besonderen Prägung ihrer Intelligenz auswirkt. Litauendeutsche und Deutschbalten stehen sozial gesehen zueinander gewissermassen in einem komplementären Verhältnis. Auch bei den Deutschen aus

Litauen ist es angebracht, zwischen der Bindung an die engere Heimat und der Einstellung auf den Osten überhaupt und besonders auf den Nordosten im Hinblick auf gesamtdeutsche Zukunftsziele zu unterscheiden. Gerade die ostpolitische Ausrichtung in einem elastischen Sinne bedarf auch in der Kulturarbeit dieser Gruppe einer besonderen Aufmerksamkeit. So wird sich die Eingliederung im Westen bei ihr stärker als bei manchen anderen Landsmannschaften nicht so sehr in kollektiven, als vielmehr in individuellen Bahnen bewegen müssen. Sie wird ihren organischen Charakter dadurch gewinnen können, dass sich die Gruppe auch in ihrer neuen Umwelt sozial gesund erhält, ihr religiöses Fundament nicht einbüsst und sich dadurch die innere Kraft bewahrt, die für jede konstruktive Ostpolitik der Zukunft die entscheidende Voraussetzung bietet.

WAS KÖNNEN WIR FÜR UNSERE HEIMATVERTRIEBENE JUGEND TUN?

I

Die These: Lasst doch der heimatvertriebenen Jugend ihren Lauf hier in der neuen Heimat. scheint auf den ersten Blick berechtigt zu sein. Bis auf die materiellen Hilfen, die wir für unsere Jugend aus staatlichen Mitteln erwirken wollen, um ihr einen guten Start im Berufsleben zu ermöglichen, sollen wir sonst nichts tun, wo die Rückkehr in unsere Heimat sehr fraglich geworden ist und von vielen jungen Heimatvertriebenen unserer Landsmannschaft nicht mehr gewünscht wird.

Wozu da noch Wunden aufreissen, die schon längst vernarbt sind.

Und in der Tat, unsere heimatvertriebene Jugend unterscheidet sich heute 10 Jahre nach der Vertreibung - in ihrem Denken, ihrem Streben, ihrer Freizeitgestaltung, ihren Lebensidealen kaum noch von der einheimischen Jugend. Die jungen Menschen haben sich schnell eingelebt, der neuen Umwelt angepasst, so dass man sich wundern muss, wie schnell sich z.B. viele von unseren Bauernsöhnen umgestellt haben und im Industriegebiet des Westens vorankommen. Lassen wir sie also leben, Heimat bauen, Freundschaften schliessen. Das ist alles, was wir für sie tun können.

Ich glaube, dass wir damit nicht genug tun, dass wir unseren - vielleicht besonderen, von Gott gesetzten - Auftrag übersehen. Wir sollten ihr mehr als bisher unsere besondere Aufgabe klar machen, die darin besteht, dass sie es versucht, jetzt schon und hier schon *heimatfähig* zu werden (Gedanke von Prof. Lemberg-Sudetenland).

1. Dieses Ziel einer echten Heimatfähigkeit kann aber nur erreicht werden, wenn wir bei unserer Heimatpflege nicht bloss Vergangenes in unserer Heimat loben und preisen, sondern Heimatpflege so betreiben, dass der Blick frei wird für die Gegenwart und Zukunft. D.h. zunächst einmal jeder kitschigen, illusionistischen Heimatpflege den Abschied geben. Wir versündigen uns an unserer Jugend, wenn wir sie nur in das Ghetto eigener Heimatgruppen sperren, wo sie nur „Wortgeräusche“ über das an und für sich wertvolle Wort „Heimat“ hören. Nicht nur das Fehlen der Jugend an unseren Rüstzeiten, sondern auch viele persönliche Gespräche mit heimatvertriebenen Jugendlichen beweisen, dass unsere Jugend das stete Gerede von der Heimat, die sie nicht kennt, nicht mehr hören mag.

In einer Schrift las ich das Gedicht:

- „ Gewöhnt euch dran, dass, wenn ihr heimkehrt,
ihr kein Grab mehr findet, der Stein nicht steht,
die Blum längst verweht, dass eine Flugschar tief
den Boden aufgerissen, dass Steppe wuchert,
wo ihr Frieden wähnt. Der Väter Zeichen
findet ihr erloschen, der Mütter Schritte
längstens schon verklungen, der Kindheit Lieder
unter Jammer längst erstickt. Und auch der Mägde Mär-
chen
sind versunken. Grenzen und Feldweg unter Kraut und
Strauch.“

In diesem Sinne aufklärend auf unsere Jugend zu wirken, wäre zunächst einmal eine Hilfe.

2. Man sollte unserer Jugend zum anderen das Apostelwort zurufen, wenn möglich auch vorlesen: „Schicket euch in die Zeit“ - man könnte ergänzen: schicket euch auch in die Heimat, die Gott euch jetzt gibt. Auch in der neuen Heimat habt

ihr Aufgaben. Suchet euch jetzt und hier schon einen Gesellschafts- und Lebenskreis, in dem ihr euch wohlfühlt. Resigniert nicht, träumt nicht, greift das Werk in jedem Falle mit Freuden an.

Das eine dürfte doch jedem klar sein: Wer von den jungen Menschen hier nichts erreicht, die Zeit verträumt, wird niemals in rechter Weise heimatfähig werden.

3. Eine weitere Aufgabe müssen wir unserer heimatvertriebenen Jugend aufzeigen, die sie erkennen muss, die sie erfüllen muss, wenn sie heimatfähig werden will. Es ist die sittliche Aufgabe, die im Ernstnehmen der 10 Gebote Gottes gipfelt. Es ist ein Irrtum, wenn man behauptet, zur Heimat gehört nur das Städtchen, in dem ich geboren bin, die vertraute „bakūze samanota“, die „Scheschupe“. Auch - und vor allem - das Zusammenleben mit den Eltern, Lehrern, die rechte Einstellung zur Obrigkeit und zum Nächsten, seinem Leibe, seinem Eigentum, seiner Ehre gehören zur Heimat hinzu!

Es muss der Jugend klar gemacht werden, dass derjenige, der heute diese sittlichen Aufgaben nicht ernst nimmt, die Heimat endgültig verloren hat, auch wenn er noch so viel von ihr redet. Er befindet sich im wahrsten Sinne des Wortes im Elende!

4. Aber noch eine weitere, politische, heimatpolitische Aufgabe müssen wir vor allem unserer reiferen Jugend vor Augen stellen: Es muss unser Ziel sein (garade als ehemalige Auslandsdeutsche!) unsere heimatvertriebene Jugend dafür zu gewinnen, dass sie Sauerteig werde in dem Bemühen, das Misstrauen bei den Völkern des Ostens dem deutschen Volke gegenüber zu beseitigen. Das Misstrauen und der Hass vor allem bei den kleinen Völkern des Ostens dem grossen deutschen Nachbarn gegenüber ist gross.

Da müssen wir, ganz gleich, ob wir in unsere Heimat zurückkehren werden bzw. wollen oder nicht, die Nachbarvölker versuchen zu überzeugen: Wir sind anders geworden und sind bereit, mit den Nachbarn auf eine gute Weise zusammenzuarbeiten und zusammenzuleben. Das ist keine christliche Phantasie, sondern eine reale Möglichkeit. Auch unsere Vorfahren lebten ja jahrhundertlang in Frieden mit den anderen Völkern in Litauen als das nationalistische Denken die Völker noch nicht beherrscht hatte. Wir fragen: Warum sollte der hochgespannte Nationalismus, der doch gar nicht so alt ist, nicht wieder einmal abgelöst werden von einer reiferen Idee sowohl bei uns als auch bei unseren Nachbarn?

5. Zur rechten Heimatfähigkeit gehört nicht nur eine gute Haltung, um all die schwierigen soziologischen, sittlichen, heimatpolitischen Aufgaben erfüllen zu können. Unsere Jugend braucht auch einen Halt und sieht auf uns, ob wir diesen Halt haben. Dieser ist uns aber gegeben in unserem christlichen Glauben. Das sind doch Werte, die fürwahr von einer anderen Welt kommen, die gross und mächtig sind, auch wenn sie in den Augen der Welt bedeutungslos erscheinen. Das Salzburger Blut in den Adern vieler unserer Landsleute, ihr Halt im christlichen Glauben, hat viele von uns geprägt und sich günstig auf ihre Aufgaben, ihre Entscheidungen ausgewirkt bis auf den heutigen Tag. - Gerade diese Tatsache verpflichtet uns doch in besonderer Weise, unsere Jugend auf den Halt im christlichen Glauben aufmerksam zu machen, ihr den zu vermitteln. So wird sie nicht ungesegnet bleiben und rechter Weise heimatfähig werden.

P FARRER W. KOSTIZEN.

II

Wenn ich des nachts mit dem Motorrad unterwegs bin - von Arbeiterkolonie zu Arbeiterkolonie oder von den Erziehungshäusern heimwärts durch unser weites, flaches, einsames Moor fahrend - dann gibt es immer viel zu erleben. Nicht nur, dass eine Moornacht ein seltsam-schauerliches Ding ist; nicht nur, dass Düfte und Töne unbekannter und ungeahnter Art einen umgeben. Das alles auch; aber jedesmal neu und am grössten ist das Erlebnis mit dem Scheinwerfer an meinem Motorrad.

Das Licht dieses Scheinwerfers schneidet hart und scharf einen Teil des Nächtlich-Verborgenen heraus und macht ihn mir in besonderer Eindringlichkeit und Eindrücklichkeit sichtbar. Dieser Sektor stellt dann für mich eben das Ganze dar; ich urteile: so sieht es nachts im Moor aus. Nun kann ich davon erzählen, jetzt weiss ich es! Wenn ich meinen Scheinwerfer nicht hätte - ich wüsste es nicht.

Wer die Vorträge der litauen-deutschen Kulturtagung gehört hat, wer sich immer mit der Frage der ostdeutschen Jugend beschäftigt hat - Sie alle sind mit mir Motorrad gefahren! Durch die Dunkelheit des Ostens, durch die Finsternisse des Vertriebenenendaseins. Es sassen viele Herren am Lenker. Sie knipsten den Scheinwerfer an und zeigten uns jeweils *einen* Sektor, d.h. einen ihnen wohlvertrauten Ausschnitt aus unserem Leben, unserer Geschichte, unseren Ländern auf. Es ist gut, dass es so Viele und so Verschiedene waren - nun halte ich den Ausschnitt, den der Scheinwerfer *meines* Motorrades beleuchtet, *nicht* mehr für ein getreues Stück des Ganzen! Besser gesagt: nicht mehr für das Ganze

selbst, sondern eben für einen zufällig meinem Blick aufgegebenen Teil, der nichts über die endgültige Beschaffenheit des Ganzen aussagt.

Und nun: Bitte! Nehmen Sie auf dem Sozius Platz. Wir fahren hinaus mit der Frage: „Was können wir für unsere heimatvertriebene Jugend tun?“ Wir fahren zuerst - ins Moor. Obwohl rechts ein tiefer, grundloser Moorgraben schwarz gähnt und links die Einsamkeit weiter Torffelder kilometerweit im Schwarz der Nacht verborgen ist - merken wir bald: holla! die Strasse ist belebt! Überall funkeln Doppelpunkte im Dunkeln! Und dann erfasst der Scheinwerfer diese seltsamen Glühpunkte - und es sind: Kaninchen, Ratten, Hasen, Rehe, ab und zu auch ein Fuchs ... Allerlei Kleingetier. Wenn ich aufdrehe und Gas gebe - müsste ich manches überfahren, besonders die Angsthasen und die Kaninchen. Wir müssen also sehen, dass sie unbekannt aus dem Scheinwerferlicht entkommen können. *Nicht* in unserem Lichtsektor - sondern in der Dunkelheit des Ganzen können und müssen sie leben! Sie brauchen *unser* Licht nicht - sie brauchen ein ganz anderes Licht. Und dieses lässt Gott der Herr alle Morgen neu zuteil werden. Gott sei Dank.

Was ich in meinem Scheinwerferlicht habe, ist die heimatvertriebene Jugend. Ich nannte sie vorhin Kleingetier und zählte einige Arten auf. Es ist natürlich eine Frage, was wir unter der heimatvertriebenen Jugend verstehen: 1. Kinder und Jugendliche aus unseren Reihen bis zur Volljährigkeit. 2. Die noch jugendliche Generation, d.h. wohl die 20- bis 40-jährigen. 3. Könnte man zur Not sagen: Männer und Frauen, die als Jugendliche, aber mit einem geschlossenen Heimatbild und Heimerleben die Umsiedlung oder die Flucht angetreten haben. Kurzum: nicht die „Macher“ der Vergangenheit, sondern das Kleintierzeug (das sich in diesem Falle aber sehr wohl auswachsen kann ...).

Bleiben wir bei dieser Frage des Aufwachsens und Auswachsens: Gruppe 1. Kinder und Jugendliche aus unseren Kreisen. Was können wir für sie tun? - Eigentlich ist das eine recht zweitrangige Frage! Trotz ihrer Wichtigkeit! Man kann sie nämlich den Herren Organisatoren und Fachleuten überlassen. Uns interessiert an dieser Sache und besonders an diesem Orte und in einer Kulturtagung: W a r u m sollen wir etwas für sie tun? Was sollen wir ihnen überhaupt zukommen lassen? Haben wir etwas, was sie nicht haben? Was wir aber auch weitergeben können - wir wollen uns kein Armutzeugnis ausstellen. Aber wir wollen uns auch keinen blauen Dunst vormachen. Wenn die Jungen und Mädels von heute aufwachsen, werden sie kein Kleinzeug aus ostdeutschen, zugewanderten Kreisen sein, sondern werden mit Gottes Hilfe bodenständige d e u t s c h e Menschen sein, zwar Neublut, aber doch Westfalen, Bayern und Thüringer, Hannoveraner und Sachsen, Berliner und Holsteiner... Es ist doch sehr zu hoffen, dass sich niemand einbildet, diesen jungen Menschen eine Art „litauendeutschen Bewusstseins“ einimpfen zu können. Studieren Sie es bitte an Ihren eigenen Kindern: sie empfinden anders als Sie selbst. Ihre Welt sieht anders aus. Und wenn Sie ein noch so geschickter Pädagoge sind: wenn Sie Ihren Kindern die Werte des Ostens (angefangen vom Pflichtgefühl bis hin zum gesamtdeutschen Denken) beibringen wollen - dann werden Sie merken: „Die haben ja ganz andere Werte und Auffassungen - es sind ein neuer Menschenschlag und neue Typen hervorgegangen“!

Darum ist allen Ernstes vorzuschlagen, diese Gruppe der heranwachsenden Jugendlichen nicht systematisch zu bearbeiten. Was an ihr zur Erhaltung eines geographischen und eines gefühlsmässigen Deutschland getan werden kann, das geschieht durch Elternhaus, Schule und Zeitschrift. Einer weiteren Pflege bedürfen sie nicht. Das beste, was wir für

diese heimatvertriebene Jugend (Gruppe 1) tun können: wir lassen sie gewähren.

Wenn uns das zu wenig ist - gut - überwachen wir Schulbuch, Zeitung, Radio und Anschauungswelt der Jugend. Bitte: das können wir tun. Das *sollen* wir auch tun! und mir scheint, hier geht es nicht darum, was wir tun *können*, sondern was wir tun *sollen*!

Nehmen wir gleich die nächste Gruppe mit hinein: 2. Die Jugendgeneration, d.h. wohl die 20- bis 40-jährigen. Angesichts der heutigen Führungsschichten in politicis verdienen sie alle den Namen „Jugend“. Was können wir für unsere heimatvertriebene Jugend tun? Und nun höre ich förmlich, wie die Alten mir zurufen: Gas geben!! Die müssen wir kriegen! Wenn die nicht mitmachen, ist unsere Landsmannschaft in Gefahr! - Zugegeben! Die Gefahr, dass die Litauendeutsche Landsmannschaft eines natürlichen und biologischen Todes sterben wird, besteht. Gefahr? Man glaube ja nicht, dass die Jugend darüber sehr trauern wird. Wohl mag ihnen eine Erinnerung damit genommen sein - ihr Leben aber geht schadlos weiter! Wisst Ihr, was ich empfehle? - - Auf die Bremse treten! Lasst das Kleinzeug, das im Scheinwerferlicht eines Vortrages plötzlich als noch lebend entdeckt wird, ruhig laufen - überfahren wir diese Jugend keineswegs mit der sentimental, rührseligen Erinnerung an „jene besseren Zeiten“..

Wie hatte ich zu Anfang gesagt? Nicht unser Scheinwerferlicht-Sektor, sondern die grosse dunkle Alltäglichkeit ist ihr Lebensbereich. Sie brauchen unser künstliches Erinnerungslicht nicht. Sie brauchen ein ganz anderes Licht. Und dieses lässt ihnen Gott der Herr jeden Morgen neu zuteil werden.

3. Männer und Frauen, die als Jugendliche, aber mit einem geschlossenen Heimatbild und Heimerleben die Umsiedlung oder die Flucht angetreten haben. Sie haben dieses

Heimatbild und Heimerleben des Ostens auch vielfach treu und behutsam bis heute aufbewahrt. Ihre Glieder finden wir in Gruppe 2, diese dürften es gewesen sein, die jetzt 25- bis 45-jährig sind.

Haben wir an ihnen eine Aufgabe? Ja. Die Pflege der alten, e c h t e n Bindung - das ist gleichbedeutend mit der Pflege des Wurzelbolens, aus dem man seine Kraft nimmt.

Aber: es muss auch die Gegenfrage gestellt werden: Wie kann man das machen? Wo muss man ansetzen? Worauf kommt es an? - Zusammengefasst lauten diese Fragen folgendermassen: Welches sind die Elemente, die den nichtvorhandenen (!) Nährboden ersetzen? - Wer landwirtschaftlich denken kann oder etwas von Gartenbau versteht, dem müssen jetzt die Haare zu Berge stehen: Nichtvorhandenen Boden mit Kunstmitteln ersetzen? Eine Unmöglichkeit!

Oder - oder - kann man vielleicht Kunstdüngemittel in klares Wasser geben? Auf Flaschen ziehen? Das geht - allerdings sehr bescheiden. Solch Wachstum bringt äusserst selten Frucht und ist kostspielig.

Ergo: es bringt selten Frucht und ist kostspielig, die Jugend des Ostens gesondert zu sammeln. Es gibt Jugendwerke, die es versuchen, vielmehr: versucht haben. Meist führen solche Bünde ein Gespensterdasein. Bei Maskenbällen und Tanzvergnügen lebt hie und da so ein toter Geist auf und gibt eine Vorstellung... Für den Rahmen unserer Landsmannschaft folgende Aufgaben: es ist der Beobachtung zu widersprechen, dass bei bisherigen Treffen Jugendliche nur aus Langeweile gekommen waren und mit Langeweile geblieben sind. Meist kamen sie gar nicht! Sie wollen nicht - sie können nicht mehr verstehen, worum es geht.

Sie haben das gesunde Gefühl, dass hier Dinge verhandelt werden, die sie nicht mehr brauchen. Die Jugend muss Ruhe haben, damit sie erwächst, wo sie jetzt steht! Dann hat sie

kräftigen, natürlichen Nährboden und kann leben. Künstliche Atmung und Ernährung tötet sie. Ihre Aufgabe ist es zu beweisen, dass Neubürger ganze Kerle und tüchtige Menschen sind. Und das tun sie auch.

Kann eine Landsmannschaft oder ähnliches dabei helfen? Es ist nicht anzunehmen.

Man muss sogar noch einen Schritt weitergehen - einen gewagten, leicht misszuverstehenden Schritt:

Haben wir etwas, wovon wir meinen, es wäre von unsern Vätern oder von uns als spezielles Kulturgut aus dem Osten mitgebracht worden? Haben wir etwas, das wir Litauendeutschen vererben müssten - andernfalls wir schuldig würden?

Eine alte Tradition zu wahren - haben wir nicht. Besondere völkische Eigenarten haben wir kaum. Es sind keine lebenswichtigen Elemente zu tradieren vorhanden.

Was sollen wir nun an unserer Jugend tun?

Möglichst aus unserem Scheinwerferlicht herauslassen, damit die Angsthassen und Kaninchen nicht überfahren werden.

Lassen wir sie gesund und frisch und fromm und frei und fröhlich aufwachsen. Und helfe jeder in seinem kleinen Lichtkreis dazu mit: ob „unsere“ oder „andere“ Jugend! Dann haben wir das beste getan, was wir tun konnten.

Jedoch:

audiatur et altera pars!

PASTOR ALFRED FRANZKEIT



DER GÖTTINGER ARBEITSKREIS

Göttingen, Sternstr. 2
(Gartenhaus), Tel.: 4037

Fernschreiber: 043 216
Postscheckkonto: 58 531 Hannover

Der Arbeitskreis, 1946 gegründet, besteht vorwiegend aus ostdeutschen Wissenschaftlern, die von der Bedeutung des deutschen Ostens durchdrungen sind. Er befasst sich mit den Problemen der Vertriebenen und ihrer Heimatgebiete.

Von den Arbeitsergebnissen konnten bisher veröffentlicht werden:

I. Im Verlag des Göttinger Arbeitskreises

1. „Ostpreussen“. Eine Darstellung von Wirtschaft, Verkehr, Geschichte und Kultur der Provinz mit 20 Karten und graphischen Darstellungen (auch in englischer Sprache). (3.- DM).

2. „Ostpreussens Geschichte und Kultur in ihrer europäischen Bedeutung“. (-.50 DM).

3. „Die ostdeutschen Landsmannschaften. Vom landsmannschaftlichen Gedanken“. (-.50 DM).

Die Sprecher der einzelnen Landsmannschaften berichten über Geschichte und Schicksal ihrer Volksgruppen. In einem eingehenden Beitrag von Prof. Dr. K.O. Kurth werden die Grundzüge des landsmannschaftlichen Gedankens erstmalig entwickelt.

4. „Irrwege in Polen“. Von Prof. W. Studnicki. Der Autor schildert seine Erlebnisse in Polen während der deutschen Besetzung und seine vergeblichen Bemühungen, vor und während des Krieges einen Ausgleich zwischen Polen und Deutschland herbeizuführen. (5.70 DM).

5. „Lübisches Kaufmannsrecht“. Vornehmlich nach Lübecker Ratsurteilen des 15./16. Jahrhunderts. Von Prof. Dr. W. Ebel (8.- DM).

6. „Documents of Humanity during the Mass Expulsions“. (Englische Übersetzung der „Dokumente der Menschlichkeit“). Compiled by Prof. Dr. K.O. Kurth. Berichte aus der Zeit der Massenausreibungen. (4,50 DM).

7. „Témoignages 1945/46“. (Französische Übersetzung der „Dokumente der Menschlichkeit“). (4,50 DM).

8. „Münz- und Währungspolitik des Deutschen Ordens in Preussen, ihre historischen Probleme und seltenen Gepräge“. Von Prof. Dr. E. Waschinski.

Dazu kommt ein Anhang von Urkunden und Tabellen über die Münzsysteme, den Silberwert, die Kaufkraft und den Wechselkurs des Ordensgeldes sowie über mittelalterliche Silber- und Goldpreise. 6 Bildtafeln. (10,50 DM)

9. „Das Revaler Ratsurteilsbuch. Register van afsproken dorch den Erssamen Radt van Reval ghedan. 1515-1554.“ Von Prof. Dr. W. Ebel. (15.-DM)

Eine Urkundenedition, wie sie kaum für eine andere Stadt vorliegt und die als Quelle in gleicher Weise für den Rechtshistoriker wichtig ist, wie für den Kirchenhistoriker, den Philologen und Genealogen.

10. „Der Warburg-Plan“. (Übersetzung von „France, Germany and Nato“). Von James P. Warburg, übersetzt von Prof. Dr. K.O.Kurth. Vorschläge zur Deutschlandpolitik der USA. (2,50 DM).
11. „Die Heimatkundgebungen der Vertriebenen während des Sommers 1953 im Spiegel der polnischen Presse“. (5,60 DM).
12. „Nicolaus Copernicus“ (engl.Ausgabe). Von Dr. Hans Schmauch, übersetzt von Helen Taubert. (2.- DM).
13. „Die häufigsten Abkürzungen in der polnischen Presse“. (23,50 DM). Von Dr. Georg W. Strobel.

II. Im Holzner-Verlag, Würzburg:

1. „Kurze Bibliographie zur Geschichte des Deutschen Ordens 1198-1561“. Von Rudolf ten Haaf. (2,80 DM).
2. „Vom Ordensstaat zum Fürstentum. Geistige und politische Wandlungen im Deutschordensstaate Preussen unter den Hochmeistern Friedrich und Albrecht (1498-1525)“. Von Staatsarchivrat Dr.Kurt Forstreuter. (9.- DM)
3. „Stettins Seehandel und Seeschifffahrt im Mittelalter“. Von Dr.phil. habil. Erwin Assmann. (3,50 DM).
4. „Europäische Briefe im Reformationszeitalter“. Von Prof. Dr. W. Kubatsch. 200 Briefe an Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, Herzog in Preussen. (9,80 DM).
5. „Die Oder-Neisse-Linie“. Politische Entwicklung und völkerrechtliche Lage. Von Dr. h.c. Friedrich Lioffmann. (1,50 DM).
6. „Ostdeutschland. Ein Hand- und Nachschlagebuch für alle Gebiete ostwärts von Oder und Neisse“. 3.Aufl. (brosch. 4,50 DM, Leinen 5,50 DM).
7. „Dokumente der Menschlichkeit aus der Zeit der Massenausreibungen“. Eine Sammlung von Berichten deutscher Heimatvertriebener, in denen diese solche Hilfe aus Nächstenliebe schildern, die ihnen während der Massenausreibung von Ausländern gewährt wurde. (Gzl. 4,80 DM).
8. „Ostliteratur“. Schicksal,Probleme und Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen. Ein literarischer Wegweiser (Bibliographie). (0,15 DM).
9. „Sudetenland. Ein Hand- und Nachschlagebuch über die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen“. (6,50 DM).
10. „Prag - die vielgestaltige Stadt“. Ein kurzer Abriss aus seiner Geschichte. Von Prof. Dr. R. Schreiber. (9,80 DM).
- 11-14. „Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.“
Band I, 1951, 165 Seiten (9,50 DM)(vergriffen).- Band II, 1952, 343 Seiten, (9,50 DM). - Band III, 1953, 358 Seiten (10,50 DM). - Band IV, 1954, 397 Seiten (10,50 DM).
- 15-20: *Beihefte* zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr.
I. „Kreiswaldungen und forstliche Jugenderziehung“. Von Landrat a.D. Dr. Victor von Poser. (4,80 DM).
- II. „Heimatvertriebene Jugend. Eine soziologische Studie zum Problem der Sozialtätigkeit des Nachwuchses der heimatvertriebenen Bevölkerung“. Von Prof. Dr. Karl Valentin Müller (vorm.Prag). (9,50 DM).

III. „*Ackerbau und Viehhaltung im vorindustriellen Deutschland*“.

Von Dr. Friedrich-Karl Riemann. (12.- DM).

IV. „*Die Handhabung der Strafgewalt gegen Angehörige des Deutschen Ritterordens*“. Von Dr. Gerhard Schmidt. (12.- DM).

V. „*Kant und die Religionen des Ostens*“. — Von Prof. Dr. H. von Glasenapp. (14.- DM).

VI. „*Die polnisch-pommerellische Grenze 1309-1454*“. Von Dr. Erich Sandow. (4,80 DM).

21. „*Mensch und Staat in Recht und Geschichte*. Festschrift für Herbert Kraus zur Vollendung seines 70. Lebensjahres, dargebracht von seinen Freunden, Schülern und Mitarbeitern“. (24.- DM).

22. „*Marksteine der deutschen Stadt Stolp in Pommern*“. Von H. Hartkopf. Ein kurzer Abriss der Stadtgeschichte sowie eine namentliche Aufstellung der durch die Massenausreibung entstandenen Verluste. (2,40 DM).

23. „*Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft*. Abriss einer Geschichte Ostdeutschlands und seiner Nachbarländer“. Von Dr. F. Gause. (12,80 DM).

24. „*Ostpreussische Gutshäuser*, Bauform und Kulturgehalt“. Von Dr. C. von Lorck. Ein Bildband mit 138 Bildern und 30 Textskizzen sowie einer eingehenden kunsthistorischen Betrachtung. (12,80 DM).

25. „*Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neisse-Linie 1945-1952/53*“. Von H. Marzian. (1,90 DM).

26. „*Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen*“. Von Prof. Dr. K. O. Kurth. Neben einer Übersicht über die rd. 350 Periodika wird die Geschichte der einzelnen Volksgruppen sowie ihrer Presse dargestellt und erstmalig eine kurze Übersicht über die Geschichte der Vertriebenenorganisationen gebracht. (25.- DM).

27. „*Das östliche Polen*“. Von Prof. Dr. W. Studnicki. Eine Darstellung von Geschichte, Volkstum, Landschaft und Wirtschaft sowie Betrachtungen zu einer politischen Neuregelung im europäischen Osten. (8.- DM).

28. „*Die Bilanz des deutschen Ostens*. Zur Frage der Ostodergebiete als Wirtschaftsstandort und Bevölkerungsraum“. (7.- DM).

a) Standort und Krise der ostdeutschen Landwirtschaft.
Von Prof. Dr. Hans Raupach.

b) Die ostdeutsche Bevölkerung in beruflicher und sozialer Schau.
Von Dr. Peter Quante.

29. „*Zwischen Zentralismus und Federalismus*. Die staatsrechtlichen Gestaltungsversuche eines übernationalen Österreichs und die Sudeten-deutschen“. Von Dr. Helmuth Slapnicka. (4.- DM).

30. „*Ostdeutsche Schriftenreihe*“ (siehe gesonderter Prospekt, bisher 44 Hefte).

III. Aus sonstigen Verlagen:

Agricola-Verlag, Hamburg:

„*Vertriebenes Landvolk*“. Eine Liebeserklärung als Dienst an der Heimat.
Von F. K. von Zitzewitz-Muttrin. (3,90 DM).

Verlag Christ-Unterwegs, München

„Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens“. In drei Aufsätzen werden die Grundlagen des landsmannschaftlichen Gedankens dargestellt und zugleich dessen Wirkung auf die Jugend verdeutlicht. (2,70 DM)

Dikreiter-Verlag, Frankfurt:

„Preussenbrevier“. Herausgg. von Prof. Dr. C. von Selle. Durch eine Zusammenstellung von Ausserungen bekannter Persönlichkeiten wird das Wesen des Preussischen Staates und des Staatsbewusstseins seiner Bürger deutlich gemacht. (4,80 DM).

Elwert-Gräfe und Unzer, Marburg:

1. „Im Bannkreis der Ostsee“. Grundriss einer Geschichte der Ostseeländer in ihren gegenseitigen Beziehungen. 15 Karten. Von Prof. Dr. Walther Hubatsch. (1,50 DM).

2. „Deutsches Geistesleben in Ostpreussen“. Von Prof. Dr. C. v. Selle. Ein geschichtlicher Überblick über kulturelle Entwicklung und geistige Strömungen (auch in englischer Sprache). (1,80 DM).

Röhrscheid-Verlag, Bonn:

„Liturgie- und Geschichtsschreibung im Mittelalter“. Von Prof. Dr. L. Arbusow. In ihren Beziehungen erläutert an den Schriften Ottos von Freising (1158), Heinrichs Livlandchronik (1227) und den anderen Missionsgeschichten des Bremischen Erzsprengels: Rimberts, Adams von Bremen, Helmholds. (11,50 DM).

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen:

„Kant und Königsberg“. Von Prof. Dr. K. Stavenhagen. Eine Betrachtung zum Leben des jungen Kant in der Königsberger Gesellschaft seiner Zeit. 8 Abbildungen. (5,80 DM).

Oldenbourg-Verlag, München:

„Baltische Geschichte. Die Ostseelände Livland, Estland, Kurland 1180-1918“. Von Prof. Dr. R. Wittram. (26.- DM).

*

In wöchentlicher Folge werden herausgegeben

- a) „Pressediens der Heimatvertriebenen“
- b) „Archiv“.

Beide Informationen enthalten Nachrichtenmaterial über die jeweilige Lage der Vertriebenen, die Verhältnisse in ihren Heimatgebieten und über den Stand der internationalen Diskussion ostdeutscher Probleme. Daneben erscheinen regelmässig Aufsätze, Kommentare, Feuilleton und Bücherschau.

Beihefte zum Jahrbuch der Albertina

Die Begründung von Beiheften zum Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. ist erforderlich geworden, weil zahlreiche Ausarbeitungen eingehen, die wegen ihres größeren Umfangs eine gesonderte Veröffentlichung notwendig machen. Die Beihefte werden also wie das Jahrbuch selbst Abhandlungen aus allen Wissensgebieten enthalten und bevorzugt solche, die ostdeutsche Themen behandeln. Auf diese Weise wird zusätzlich dem Anliegen gedient, die Albertina trotz Zerstörung ihrer institutionellen Einrichtungen als fortwirkende geistige Größe sichtbar zu machen.

Die Übersicht der bisher erschienenen Beihefte finden Sie auf der Rückseite

I
Dr. Victor von Poser
**Kreiswaldungen und
forstliche Jugenderziehung**
Aus der Lebensarbeit eines ost-
preußischen Landrats
55 Seiten; DM 4,80

III
Dr. Friedrich-Karl Riemann
**Ackerbau und Viehhaltung
im vorindustriellen
Deutschland**
211 Seiten; DM 12,—

V
Prof. Dr.
Helmuth von Glasenapp
**Kant und die Religionen
des Ostens**
221 Seiten; DM 14,—

VII
Reichsgerichtsrat a. D.
Dr. Ernst Sontag
Adalbert(Wojciech)Korfanty
Ein Beitrag zur Geschichte der pol-
nischen Ansprüche auf Oberschlesien
213 Seiten; DM 12,—

IX
Prof. Dr. med. W. Starlinger
Grenzen der Sowjetmacht
im Spiegel einer West-Ostbegegnung hinter Palisaden von 1945-1954
Mit einem Bericht
der deutschen Seuchenkrankenhäuser York und St. Elisabeth über das Leben und
Sterben in Königsberg von 1945-1947; zugleich ein Beitrag zur Kenntnis des Ab-
laufes gekoppelter Großseuchen unter elementaren Bedingungen.
131 Seiten; DM 6,50

X
Theodor Bierschen
Die deutsche Volksgruppe in Polen
1934-1939
405 Seiten; DM 15,—

XII
Emil Popp
**Zur Geschichte des Königs-
berger Studententums**
1900-1945
182 Seiten; DM 9,80

II
Prof. Dr. K. Valentin Müller
Heimatvertriebene Jugend
Eine soziologische Studie zum Pro-
blem der Sozialtätigkeit des Nach-
wuchses der heimatvertriebenen
Bevölkerung
221 Seiten; DM 9,50

IV
Dr. Gerhard Schmidt
**Die Handhabung der Straf-
gewalt gegen Angehörige
des Deutschen Ritterordens**
186 Seiten; DM 12,—

VI
Staatsarchivrat
Dr. Erich Sandow
**Die Polnisch-Pommerellische
Grenze 1309-1454**
71 Seiten; DM 4,80

VIII
Dr. Johannes Müller
**Kantisches Staatsdenken
und
der Preußische Staat**
100 Seiten; DM 4,80

XI
Dr. Inge Meidinger-Geise
Agnes Miegel und Ostpreußen
226 Seiten; DM 12,—